

**Damen und Herren
des Rates
der Gemeinde WELVER**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **32. Sitzung des Rates der Gemeinde WELVER**, die am

Mittwoch, den 13. Dezember 2017,
17.00 Uhr,
im SAAL des RATHAUSES in Welper

stattfindet, lade ich herzlich ein.

Tagesordnung

A. Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 GeschO
- begrenzt auf 15 Minuten –
2. Änderung und Ergänzung der Zuständigkeitsordnung
hier: Ergänzung der Zuständigkeiten des Ausschusses für Gemeindeentwicklung
und Planung und des Ausschusses für Bau und Feuerwehr
Antrag der Fraktionen SPD, Welper 21, Bündnis90 / Die Grünen und FDP
vom 07.11.2017
3. Digitales Zentrum Mittelstand GmbH
hier: Beteiligung, Gesellschaftsvertrag und Entsendung der Vertreter in
der Gesellschafterversammlung

4. 25. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Gemeinde Welver für die Benutzung der Abfallentsorgung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Welver vom 16.04.2013
5. Achte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Welver
6. Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Welver über die Entsorgung von Grundstückentwässerungsanlagen
hier: Kalkulation der Kleineinleiterabgabe 2018
7. Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Welver über die Entsorgung von Grundstückentwässerungsanlagen
8. Gebührenkalkulation 2018 für die Benutzung der Leichenhalle Welver und die Erhebung von Benutzungsgebühren
9. Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)
10. Vierte vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladestraße“, Zentralort Welver
hier: 1. Ergebnis des Beteiligungsverfahrens
2. Satzungsbeschluss
11. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Luisenstraße“, Zentralort Welver
- Bereich der Gärtnerei Hagedorn -
hier: Neufassung des Aufstellungsbeschlusses
12. Erweiterung des Innenbereiches für den Ortsteil Stocklarn
- Ergänzungssatzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB -
hier: Antrag vom 19.07.2017
13. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Gemeinde Welver für den Zeitraum 2018 bis 2023
hier: Beschlussfassung über die wesentlichen Inhalte des Abwasserbeseitigungskonzeptes
14. Aktualisierung der VHS-Satzung
15. Nachbesetzung und Umbesetzung von Ausschüssen
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 29.11.2017
16. Verschmelzung der RLG-Verkehrsdienst GmbH auf die Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH
hier: Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW
17. Anfragen / Mitteilungen

B. Nichtöffentliche Sitzung

1. Neuanschaffung von EDV Hardware und Lizenzen
2. Anfragen / Mitteilungen

Mit freundlichen Grüßen



Schumacher

Damen und Herren des Rates

Bauer, Braun, Buschulte, Daube, Eusterholz, Fahle, Flöing, Haggemüller, Holota, Irmer, Jäschke, Korn, Kosche, Loeser, Lutter, Philipper, Pläßmann, Römer, Rohe, Schulte, Starb, Stehling, Stellmach, Supe, Wagener, Wiemer

Beschlussvorlage

Bereich: Zentrale Dienste

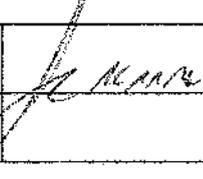
Sachbearbeiter:

Garzen

Az.:

Datum:

16.11.2017

| | | | |
|-----------------------|---|-------------------|---|
| Bürgermeister |  | Allg. Vertreter |  |
| Fachbereichsleiter/in | | Sachbearbeiter/in | |

| Beratungsfolge | Top | oeff/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----|--------------|---------------------|-------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| HFA | 1 | noef | 29.11.2017 | ohne Beschluss | | | |
| Rat | 2 | oeff | 13.12.2017 | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Änderung und Ergänzung der Zuständigkeitsordnung

hier: Ergänzung der Zuständigkeiten des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Planung und des Ausschusses für Bau und Feuerwehr

siehe: Antrag der Fraktionen SPD, Welper 21, Bündnis90 / Die Grünen und FDP vom 07.11.2017

Sachdarstellung zur Sitzung am 29.11.2017:

Die Fraktionen SPD, Welper 21, Bündnis90 / Die Grünen und FDP haben mit ihrem Antrag vom 07.11.2017 eine Änderung und eine Ergänzung der Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Welper beantragt. Die Begründung des Antrags soll mündlich in der Sitzung erfolgen.

Auf Grund des Antrages soll dem Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Planung die neue beratende Zuständigkeit für sämtliche Maßnahmen der Verbesserung der Telekommunikationsinfrastruktur und der Verbesserung der Darstellung der Gemeinde im oder über das Internet übertragen werden. Ferner soll er beratend für sämtliche Maßnahmen der Planung der Wirtschaftsförderung zuständig sein.

Der Ausschuss für Bau und Feuerwehr soll zukünftig beratend für bauliche Auswirkung sämtlicher Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und der Verbesserung der Telekommunikationsinfrastruktur sein.

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass diese Verfahrensweise zu einem erhöhten Koordinations- /Verwaltungsaufwand führt.

Zur Zeit besitzt der Haupt- und Finanzausschuss die allgemein gehaltene beratende Zuständigkeit für Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung (§ 3 Abs.1 Ziff. d GeschO.).

Beschlussvorschlag:

Da zunächst die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss abzuwarten bleibt, erfolgt von Seiten der Verwaltung kein Beschlussvorschlag.

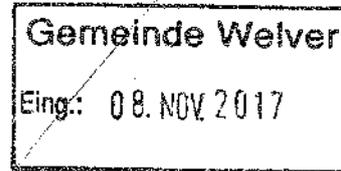
SPD Welper 21 Bündnis 90/ Die Grünen FDP
im Rat der Gemeinde Welper

Welper, den 07.11.2017

An den
Bürgermeister der Gemeinde Welper
Herrn Uwe Schumacher

Am Markt 4

59514 Welper



**Betr.: Sitzungen des Hauptausschusses und des Rates,
Antrag zur Tagesordnung gem. § 48 Abs. 1 Satz 2 und 4 GO NRW
hier: Zuständigkeitsordnung**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die unterzeichnenden Ratsfraktionen beantragen, den Punkt

„Ergänzung der Zuständigkeitsordnung“

in die Tagesordnungen der nächsten Sitzungen des HFA und des Rates aufzunehmen.

Die jüngste Diskussion um die Breitbandverkabelung/Glasfasernetz zeigt vor dem Hintergrund der Allzuständigkeit des Rates die Notwendigkeit der Klarstellung der Zuständigkeiten des Rates bzw. seiner Ausschüsse, da die Zuständigkeitsordnung insoweit keine klaren Regelungen enthält.

Vorgeschlagen und beantragt wird die Ergänzung der beratenden Zuständigkeit

1.) des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Planung in § 4 Absatz 1 Ziffer 1 als neuer Buchstabe d) für

- sämtliche Maßnahmen der Planung der Wirtschaftsförderung,
- sämtliche Maßnahmen der Verbesserung Telekommunikationsinfrastruktur,
- sämtliche Maßnahmen der Verbesserung der Darstellung der Gemeinde im oder über das Internet,

2.) des Ausschusses für Bau und Feuerwehr in § 5 Absatz 1 als neuer Buchstabe f)

- der baulichen Auswirkungen sämtlicher Maßnahmen der Wirtschaftsförderung,
- der baulichen Auswirkungen sämtliche Maßnahmen der Verbesserung Telekommunikationsinfrastruktur,

Die Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Fraktionsvorsitzender
SPD



Fraktionsvorsitzender
Welfer 21



Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/die Grünen



Fraktionsvorsitzende
FDP

Beschlussvorlage

Bereich: Zentrale Dienste

Sachbearbeiter:

Garzen

Az.:

Datum:

16.11.2017

| | | | |
|-----------------------|-----------------------|-------------------|-----------------------|
| Bürgermeister | <i>Schen 16.11.17</i> | Allg. Vertreter | <i>Schen 16.11.17</i> |
| Fachbereichsleiter/in | | Sachbearbeiter/in | |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----|-------------|---------------------|-----------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| HFA | 1 | oef | 29.11.2017 | <i>ohne Beschluss</i> | | | |
| Rat | 3 | oef | 13.12.2017 | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Digitales Zentrum Mittelstand GmbH:

hier: Beteiligung, Gesellschaftsvertrag und Entsendung der Vertreter in die Gesellschafterversammlung

Sachdarstellung zur Sitzung am 29.11.2017:

Der mit der Anlage vorgelegte Gesellschaftsvertrag der Digitales Zentrum Mittelstand GmbH (DZM) wurde auf Basis der Satzung der CARTEC GmbH entwickelt und bereits im Vorfeld mit der Bezirksregierung Arnsberg kommunalrechtlich abgestimmt.

Die wesentlichen Regelungspunkte des Gesellschaftsvertrags sind nachfolgend erläutert.

Präambel

Die Hintergründe der Transformation des ehemaligen Technologiezentrums CARTEC zu einem Zentrum zur Förderung der Digitalisierung von Geschäftsprozessen und -modellen klein- und mittelständischer Unternehmen sind in einer Präambel festgehalten.

Firma und Sitz der Gesellschaft

Die Firmierung der GmbH ändert sich von „CARTEC“ auf „Digitales Zentrum Mittelstand GmbH“.

Sitz der neu ausgerichteten GmbH sind angemietete Büros im CARTEC-Gebäude in Lippstadt.

Gegenstand des Unternehmens

Der öffentliche Zweck des DZM besteht in einer auf die Digitalisierung ausgerichteten Wirtschaftsförderung im Kreis Soest, die - wie in der Präambel erwähnt - zuvor intensiv mit Politik, Bürgermeistern sowie einer Vielzahl relevanter Unternehmen, Verbänden und Organisationen im Kreis Soest diskutiert wurde.

Die aktuelle 4,34 %-Beteiligung am Kompetenzzentrum Fahrzeug Elektronik GmbH (KFE) bleibt bis auf weiteres bestehen ohne sich daraus ergebende Nachschuss- oder weitere Nebenleistungspflichten für die DZM-Gesellschafter.

Geschäftsanteile

Stadt Lippstadt und Kreis Soest bleiben mit 25,000 % bzw. 34,375 % Anteil am Stammkapital (bestehend aus einem Nennbetrag in Höhe von gesamt 61.360 Euro und einem Rücklagenbetrag in Höhe von gesamt 58.798,59 Euro) Hauptgesellschafter der GmbH.

Die weiteren Städte und Gemeinden des Kreises Soest bzw. die Wirtschaft und Marketing Soest GmbH als 100%-Tochtergesellschaft der Stadt Soest übernehmen neu jeweils 3,125 % der Geschäftsanteile.

Die Übertragung der Geschäftsanteile der heutigen CARTEC-GmbH auf die Gesellschafter in der neuen Struktur und Aufteilung des DZM erfolgt zu einem Kaufpreis von 1,00 Euro je Gesellschafter für die jeweils gesamte Anteilsübernahme.

Verfügung über Geschäftsanteile bzw. Kündigung der Gesellschaft

Infolge der notwendigen Anschubfinanzierung über 3 Jahre ist vorgesehen, dass die DZM-Gesellschafter mindestens bis zum 31.12.2020 ihre Geschäftsanteile halten und entsprechend ihrem Anteil eine jährliche Zuführung in die Kapitalrücklage leisten.

Jeder Gesellschafter kann seinen Geschäftsanteil jederzeit ganz oder teilweise im beidseitigen Einvernehmen auf einen Mitgesellschafter übertragen unter der Voraussetzung, dass mit den Geschäftsanteilen auch die Zahlung in die Kapitalrücklage gemäß Zusatzvereinbarung übernommen wird.

Eine Kündigungsoption wird jedem Gesellschafter erstmals zum Ende des Geschäftsjahres 2020 mit einer Frist von einem Jahr gewährt.

Es ist nicht absehbar, dass die GmbH Gewinne erzielt. Als Abfindungsguthaben wird der sog. steuerlich gemeine Wert des Anteils zum Zeitpunkt des Gesellschafterausscheidens vorgeschlagen. Realistisch ist dabei absehbar von einer Abfindung in Höhe von 1,00 Euro auszugehen.

Zusatzvereinbarung zur Zahlung in die Kapitalrücklage

Die jährliche Zahlungspflicht zur Anschubfinanzierung ist befristet auf die Jahre 2018 bis 2020.

Gemäß Geschäftsanteilsverhältnis übernehmen die Gesellschafter bezogen auf den jährlichen DZM-Finanzbedarf in Höhe von insgesamt 160.000 Euro p.a. folgende Zahlungen:

- der Kreis Soest übernimmt in der hier vorgelegten Gesellschafterstruktur unter Beteiligung aller Städte und Gemeinden eine jährliche Zahlung in Höhe von 55.000 Euro;

diese Zahlung kann sich auf maximal 80.000 Euro erhöhen, falls sich einzelne Städte und Gemeinden infolge negativer Ratsbeschlüsse oder aus kommunal- / haushaltsrechtlichen Gründen wider Erwarten nicht an der GmbH beteiligen können,

- die Stadt Lippstadt übernimmt eine jährliche Zahlung von 40.000 Euro,

- jeder weitere Gesellschafter zahlt p.a. 5.000 Euro.

Im Jahr 2020 erfolgt eine Evaluation der DZM-Arbeit unter Festlegung der weiteren Ausrichtung. Über den dann zu beschließenden Wirtschaftsplan 2021 (und Folgejahre) ist eine neue Zusatzvereinbarung auszuhandeln für den Fall, dass sich die GmbH dann (noch) nicht selber wirtschaftlich trägt.

Geschäftsführung

Es sind mit Dr. Ingo Lübben und Volker Ruff zwei Geschäftsführer vorgesehen. Sie sind als Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Lippstadt GmbH und Wirtschaftsförderung Kreis Soest GmbH die Initiatoren des DZM-Aufbaus und werden die DZM-Geschäftsführung nebenamtlich ausüben.

Eine Abberufung bzw. Neubestellung in der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung ist nur mit Zustimmung der Stadt Lippstadt und des Kreises Soest möglich.

Ein Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte ermöglicht der Gesellschafterversammlung bei Auftreten auf materiell bedeutsame Entscheidungen wie z.B. Grundstücksgeschäfte, Kreditaufnahmen und nicht im Wirtschaftsplan konkret veranschlagte Einzelmaßnahmen oberhalb von 25.000 Euro einzuwirken.

Gesellschafterversammlung

Die Räte der Städte und Gemeinden bzw. der Kreistag entsenden ihre Mitglieder nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NRW wie nachfolgend dargestellt in die Gesellschafterversammlung:

- 3 Vertreter für Stadt Lippstadt mit einem Stimmführer
- 4 Vertreter für Kreis Soest mit einem Stimmführer
- 1 Vertreter je weiterer Gesellschafter

Je 1,00 Euro eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme.

Die Beschlussfähigkeit des Gremiums ist bei Anwesenheit von mehr als 50 % des stimmberechtigten Kapitals sichergestellt.

Die gemäß Gemeindeordnung NRW kodifizierten, zwingenden Beschlussfassungen durch die Gesellschafterversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Jede Änderung des Gesellschaftsvertrages und die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft bedingt 85 % der abgegebenen Stimmen.

Es ist damit sichergestellt, dass das Gremium bereits bei Anwesenheit der Stimmführer der Gesellschafter Stadt Lippstadt und Kreis Soest beschlussfähig ist.

Aufsichtsrat

Die Einrichtung eines Aufsichtsrates ist wie bei der CARTEC GmbH nicht vorgesehen.

Beirat

Interessierte Unternehmen, Verbände und Organisationen sollen zur Mitwirkung in einem Beirat eingeladen werden. Der Beirat steht den Organen der Gesellschaft – Geschäftsführung und Gesellschafterversammlung – beratend zu Seite.

Wirtschaftsplan und Jahresabschluss

Es gelten die bekannten Regelungen der Gemeindeordnung NRW.

Nachträgliche Anpassungsnotwendigkeiten

Weitere Änderungen des Gesellschaftsvertrages gelten dann als mitbeschlossen, wenn sie keine wesentlichen Auswirkungen auf das Einwirkungsrecht der einzelnen Gesellschafter auf die GmbH haben.

Im Zuge der politischen Diskussion in den Räten der Kommunen oder aufgrund kommunal- bzw. haushaltsrechtlicher Einlassungen sind gegenüber dieser Vorlage Anpassungsnotwendigkeiten im Gesellschaftsvertrag bzw. der Gesellschafterstruktur denkbar.

Für den Fall der Nicht-Beteiligung einzelner Städte oder Gemeinden erklärt sich der Kreis Soest bereit, weitere Geschäftsanteile zu übernehmen, aber nur bis zu einer Höhe, die einer Zuführung in die Kapitalrücklage von maximal 80.000 Euro p.a. entspricht.

Anzeigeverfahren Bezirksregierung

Die kommunalen Gesellschafter fassen auf Basis dieser Vorlage bis Dezember 2017 gleichlautende Beschlüsse und zeigen diese der zuständigen Kommunalaufsicht nach § 115 Gemeindeordnung NRW an.

Der Beteiligungsmanager des Kreises Soest beabsichtigt, unmittelbar nach der Kreistagssitzung am 19.12.2017 eine Sammelanzeige an die Bezirksregierung Arnsberg zu richten. Die notarielle Umsetzung ist dann zeitnah Anfang 2018 geplant.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat stimmt der Übernahme von Geschäftsanteilen an der Digitales Zentrum Mittelstand GmbH sowie Einzahlungen in die Kapitalrücklage als Anschubfinanzierung im Zeitraum 2018 bis 2020 durch die Gemeinde Welver wie in der Vorlage dargestellt zu.
2. Der Rat stimmt dem Gesellschaftsvertrag und der Zusatzvereinbarung wie mit den Anlagen vorgelegt zu. Nachträglich notwendig werdende Änderungen im Gesellschaftsvertrag bzw. der Gesellschafterstruktur gelten im Rahmen der Ausführungen der Vorlage als mitbeschlossen.
3. Der Rat entsendet nachfolgenden Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Zusatzvereinbarung zur Zahlung in die Kapitalrücklage**gemäß § 10 Absatz 2 Gesellschaftsvertrag der Digitales Zentrum Mittelstand GmbH**

Zur Anschubfinanzierung leisten die Gesellschafter der Digitales Zentrum Mittelstand GmbH für die ersten drei Geschäftsjahre - also den Zeitraum 2018 bis 2020 - Zahlungen in die Kapitalrücklage der GmbH.

Die Zahlungen dienen der Liquiditätssicherung der Geschäftsaktivitäten der Gesellschaft, werden in die Kapitalrücklage eingestellt und zum Ausgleich der Jahresfehlbeträge verwendet.

Die Gesellschafter verpflichten sich zu nachfolgenden jährlichen Zahlungen entsprechend dem Geschäftsanteilsverhältnis:

| Geschäftsanteil | | Anteil | Zuführung |
|------------------------|-------------------------------------|-----------------|---------------------|
| Nr. | Name | in % | in die KapRL |
| 1 | Stadt Lippstadt | 25,000% | 40.000,00 € |
| 2 | Kreis Soest | 34,375% | 55.000,00 € |
| 3 | Gemeinde Anröchte | 3,125% | 5.000,00 € |
| 4 | Gemeinde Bad Sassendorf | 3,125% | 5.000,00 € |
| 5 | Gemeinde Ense | 3,125% | 5.000,00 € |
| 6 | Stadt Erwitte | 3,125% | 5.000,00 € |
| 7 | Stadt Geseke | 3,125% | 5.000,00 € |
| 8 | Gemeinde Lippetal | 3,125% | 5.000,00 € |
| 9 | Gemeinde Möhnesee | 3,125% | 5.000,00 € |
| 10 | Stadt Rüthen | 3,125% | 5.000,00 € |
| 11 | Wirtschaft und Marketing Soest GmbH | 3,125% | 5.000,00 € |
| 12 | Stadt Warstein | 3,125% | 5.000,00 € |
| 13 | Gemeinde Welver | 3,125% | 5.000,00 € |
| 14 | Stadt Werl | 3,125% | 5.000,00 € |
| 15 | Gemeinde Wickede | 3,125% | 5.000,00 € |
| Summe | | 100,000% | 160.000,00 € |

Die Einzahlung in die Kapitalrücklage erfolgt auf Abruf durch die Geschäftsführung.

Diese Vereinbarung ist befristet auf die Geschäftsjahre 2018 bis 2020.

Vor Ablauf dieser Anschubfinanzierungsphase erfolgt eine Evaluation der Gesellschaft mit Empfehlung und Festlegung möglicher weiterer Zahlungen ab dem Geschäftsjahr 2021. Diese sind dann in einer neuen Zusatzvereinbarung zu regeln.

Bei einer Übertragung von Geschäftsanteilen gemäß § 5 Gesellschaftsvertrag innerhalb der Laufzeit dieser Zusatzvereinbarung geht die Zahlungsverpflichtung an den Gesellschafter über, der die Geschäftsanteile übernimmt.

Präambel

Die CARTEC Technologie- und EntwicklungsCentrum Lippstadt GmbH wird nach einer im Jahr 2017 durchgeführten Evaluation mit Wirkung ab 01.01.2018 neu ausgerichtet.

Die privatwirtschaftlichen Gesellschafter scheiden durch Anteilsverkauf an die GmbH aus der Gesellschaft aus und das Vermietungsgeschäft in Bezug auf das CARTEC-Bürogebäude wird an die Wirtschaftsförderung Lippstadt GmbH übertragen.

Nach ausführlicher Vorstellung und Diskussion u.a. in der HVB-Konferenz am 02.05.2017 und im Fachausschuss für Regionalentwicklung am 26.06.2017 unter Beteiligung von Politik, Kommunen, Unternehmen, Verbänden und Organisationen im Kreis Soest, ist durch den Kreistag des Kreises Soest und den Rat der Stadt Lippstadt der Aufbau eines Digitalen Zentrums Mittelstand (DZM) als Neuausrichtung der CARTEC GmbH grundsätzlich beschlossen worden mit einer jährlichen Anschubfinanzierung in Höhe von bis zu 80.000 € p.a. durch den Kreis und bis zu 40.000 € p.a. durch die Stadt Lippstadt befristet für den Zeitraum 2018 bis 2020.

Zahlreiche Unternehmen, Verbände und Organisationen im Kreis Soest unterstützen den beabsichtigten Aufbau eines Digitalen Zentrums in Form entsprechender LOI-Erklärungen und haben zudem den Wunsch geäußert, sich in einem DZM-Beirat engagieren zu wollen.

In der HVB-Konferenz am 05.09.2017 haben alle Städte und Gemeinden des Kreises Soest den geplanten DZM-Aufbau begrüßt und erklärt, sich vorbehaltlich entsprechender Ratsbeschlüsse gesellschaftsrechtlich an der GmbH beteiligen zu wollen.

Der nachfolgende Gesellschaftsvertrag bildet die Transformation CARTEC zu DZM ab insbesondere in Bezug auf Firmierung, Gegenstand des Unternehmens, Gesellschafter und Beirat.

Als CARTEC-Nachfolger behält das DZM die Beteiligung am Kompetenzzentrum Fahrzeug Elektronik GmbH in Lippstadt, das die technologische Entwicklung der Automobilwirtschaft insbesondere im Bereich von Systemen der Fahrzeugelektronik vorantreibt. Aus dieser KFE-Beteiligung ergeben sich keine Nachschuss- oder weitere Nebenleistungspflichten für die DZM GmbH.

Der Anteilskauf der nach dem Ausscheiden der privaten Gesellschafter von der CARTEC-GmbH gehaltenen Geschäftsanteile an die DZM-Gesellschafter erfolgt analog zum Verkauf der Geschäftsanteile der privaten CARTEC-Gesellschafter an die GmbH jeweils zu einem Kaufpreis in Höhe von 1,00 EUR.

Im Jahr 2020 ist eine Evaluation der DZM-Arbeit vorgesehen mit Entscheidungsvorbereitung, in welcher Form und Gesellschafterstruktur das DZM ab 2021 weiter zu betreiben und finanzieren sein soll.

§ 1 Firma und Sitz der Gesellschaft

1. Die Firma der Gesellschaft lautet „Digitales Zentrum Mittelstand GmbH“.
2. Sitz der Gesellschaft ist Lippstadt.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung und Unterstützung der Unternehmen im Kreis Soest sowie deren wirtschaftliche und technologische Entwicklung vor dem Hintergrund der Digitalisierung von Geschäftsprozessen und -modellen.
Ziel ist dabei, neue hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und vorhandene zu sichern.
2. Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb eines „Digitalen Zentrum Mittelstand“ (DZM).

Das DZM setzt bei den Herausforderungen der Digitalisierung für die mittelständische Wirtschaft im Kreis Soest an. Zielgruppe sind nicht nur gewerbliche, sondern auch Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen. Dabei setzt das DZM vor allem auf die Erfolgsfaktoren „Digitale Strukturen“ und „Regionalität“. Es soll den Aufbau und die Pflege des Netzwerkes zwischen der Industrie und der Digitalwirtschaft vorantreiben, um die digitale Transformation im Kreis Soest zu schaffen. Das DZM ist eingebunden in den südwestfälischen Prozess zum Aufbau digitaler Zentren im Rahmen der REGIONALE 2025 und fungiert als erster Meilenstein auf dem Weg, die strategische Lücke zu schließen zwischen der erfolgreichen Realwirtschaft in Südwestfalen und den Chancen, die sich aus der Digitalisierung ergeben.

Das DZM soll Klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) für die Digitalisierung sensibilisieren und entsprechend informieren, interessierte KMU unternehmensindividuell und neutral begleiten und einen Brückenkopf zwischen digitalen Gründungen und Realwirtschaft bilden.

3. Die Gesellschaft darf dazu alle Geschäfte tätigen, die den Gegenstand des Unternehmens fördern.
4. Die Gesellschaft kann sich zur Erreichung ihrer Zwecke an anderen Gesellschaften beteiligen oder Tochtergesellschaften gründen.
5. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

§ 3 Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft

1. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.
2. Das Gesellschaftsverhältnis wird auf unbestimmte Zeit vereinbart.

§ 4 Stammkapital und Gesellschafter

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt:
EUR 61.360,00 (in Worten Einundsechzigtausenddreihundertsechzig Euro).
2. Die auf das Stammkapital der Gesellschaft ausgegebenen Stammeinlagen werden wie folgt gehalten:

| Geschäftsanteil | | Anteil in % | Nenn- Betrag | Rücklagen- Betrag |
|-----------------|-------------------------------------|-----------------|--------------------|----------------------|
| Nr. | Name | | | |
| 1 | Stadt Lippstadt | 25,000% | 15.340,00 € | 14.699,65 € |
| 2 | Kreis Soest | 34,375% | 21.092,50 € | 20.212,02 € |
| 3 | Gemeinde Anröchte | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 4 | Gemeinde Bad Sassendorf | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 5 | Gemeinde Ense | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 6 | Stadt Erwitte | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 7 | Stadt Geseke | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 8 | Gemeinde Lippetal | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 9 | Gemeinde Möhnesee | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 10 | Stadt Rüthen | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 11 | Wirtschaft und Marketing Soest GmbH | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 12 | Stadt Warstein | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 13 | Gemeinde Welver | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 14 | Stadt Werl | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| 15 | Gemeinde Wickede | 3,125% | 1.917,50 € | 1.837,46 € |
| Summe | | 100,000% | 61.360,00 € | 58.798,59 € |

3. Die Stammeinlagen und die Rücklagen sind voll eingezahlt.

§ 5 Verfügungen über Geschäftsanteile

Jeder Gesellschafter kann seinen Geschäftsanteil jederzeit ganz oder teilweise im beidseitigen Einvernehmen auf einen Mitgesellschafter übertragen.

Voraussetzung für eine Zustimmung der Gesellschafterversammlung gemäß § 7 für die damit notwendige Änderung des Gesellschaftsvertrages ist, dass mit den Geschäftsanteilen die Zahlung in die Kapitalrücklage gemäß Zusatzvereinbarung vom Übertragungsempfänger mit übernommen wird.

§ 6 Geschäftsführung und Vertretung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Der Geschäftsführung obliegt die Führung der Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze und dieses Gesellschaftsvertrages.
2. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.
3. Bestellungsorgan ist die Gesellschafterversammlung. Bestellung, Anstellung und Abberufung eines Geschäftsführers erfolgt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und unter Zustimmung der Gesellschafter Stadt Lippstadt und Kreis Soest. Die Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern auch Einzelvertretungsbefugnis erteilen und sie von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.
4. Im Innenverhältnis können Maßnahmen und Handlungen, die über den gewöhnlichen Betrieb der Gesellschaft hinausgehen, nur vorgenommen werden, wenn ein zustimmender Beschluss der Gesellschafterversammlung vorliegt.

Als zustimmungspflichtige Maßnahmen und Handlungen gelten insbesondere:

- a) Veräußerung oder Verpachtung des gesamten Gesellschaftsvermögens oder eines Teiles davon;
- b) Abschluss, Aufhebung und Änderung eines Vertrages über die Verpachtung des Unternehmens im ganzen oder in Teilen sowie über die Abführung des Ergebnisses der Gesellschaft an ein anderes Unternehmen;
- c) Führen von Rechtsstreiten mit einem Streitwert von mehr als € 25.000,00 je Einzelfall;
- d) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten oder Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten;
- e) Errichtung von Gebäuden;
- f) Aufnahme von Bankkrediten, Übernahme von Bürgschaften, Garantieverpflichtungen sowie Wechselverbindlichkeiten.
- g) Bestellung und/oder Abberufung von Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigten.

Die Gesellschafterversammlung ist befugt, den vorstehenden Katalog der zustimmungsbedürftigen Maßnahmen und Handlungen zu ergänzen, ohne dass dies eine Satzungsänderung darstellt.

5. Eines zustimmenden Beschlusses bedarf es nicht für konkret veranschlagte Maßnahmen und Handlungen, denen die Gesellschafterversammlung im Wirtschaftsplan zugestimmt hat. Zustimmungspflichtig sind dagegen alle im Wirtschaftsplan nicht konkret veranschlagten Maßnahmen und Handlungen, die im Einzelfall die Wertgrenze von € 25.000,00 ohne Umsatzsteuer überschreiten.

§ 7 Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung wählt aus ihrer Mitte für jeweils drei Jahre einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter, der den Vorsitzenden im Falle der Verhinderung vertritt. Der Vorsitzende leitet die Gesellschafterversammlung.
2. Gesellschafterversammlungen werden bei Bedarf einberufen, mindestens jedoch einmal im Geschäftsjahr nach Vorlage des Jahresabschlusses.

Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt durch den Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung.

Zu laden ist schriftlich oder auf elektronischem Wege unter Mitteilung der Tagungszeit, des Tagungsortes und der Tagesordnung. Die Einladungsfrist beträgt vierzehn Tage. Der Tag der Absendung und der Tag der Versammlung werden nicht mitgerechnet.

Eine Gesellschafterversammlung ist auch dann einzuberufen, wenn eine Beschlussfassung im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist, und zwar insbesondere dann, wenn Gesellschafter, denen mindestens 15 % des Stammkapitals zustehen, oder wenn ein Geschäftsführer dies verlangt.

Mit Zustimmung aller Gesellschafter können Gesellschafterbeschlüsse auch unter Verzicht auf die vorgenannten Frist- und Formvorschriften gefasst werden.

3. Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung obliegen:
 - a) Änderungen des Gesellschaftsvertrages;
 - b) Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen;
 - c) Auflösung der Gesellschaft bzw. Umwandlung;
 - d) Gründung bzw. Erwerb und Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen;
 - e) Zustimmung zur Veräußerung von Geschäftsanteilen von Gesellschaftern;
 - f) Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen in Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 AktG (Beherrschungs-, Gewinnabführungsvertrag, Gewinngemeinschaft);
 - g) Abschluss langfristiger Miet- und Pachtverträge;
 - h) Festsetzung des Wirtschaftsplans und seiner Nachträge;
 - i) Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses;
 - j) Wahl des Abschlussprüfers (§ 318 Absatz 1 Satz 1 HGB);
 - k) Entlastung der Geschäftsführer;
 - l) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern;
4. Vertreter der Stadt Lippstadt in der Gesellschafterversammlung sind drei vom Rat der Stadt Lippstadt bestellte Mitglieder. Vertreter des Kreises Soest in der Gesellschafterversammlung sind vier vom Kreistag bestellte Mitglieder. Dabei wird vom Rat bzw. Kreistag jeweils eine Person als Stimmführer benannt.

Vertreter der weiteren kommunalen Gesellschafter sind jeweils ein durch den Rat der Stadt oder Gemeinde bestelltes Mitglied.

Die Vertreter der kommunalen Gesellschafter sind an die Beschlüsse ihrer jeweiligen Räte bzw. des Kreistages und seiner Ausschüsse gebunden und haben ihr Amt auf Beschluss des jeweiligen Rates bzw. des Kreistages jederzeit niederzulegen.

5. Die Geschäftsführung nimmt an den Gesellschafterversammlungen mit beratender Stimme teil.
6. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als 50 % des stimmberechtigten Kapitals vertreten sind.

Kommt eine beschlussfähige Versammlung nicht zustande, so ist eine neue Versammlung mit einer Frist von zwei Wochen einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenden Gesellschaftskapitals beschlussfähig ist, wenn in der Einladung auf diese Bestimmung hingewiesen wurde.

7. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit nicht durch diese Satzung oder zwingend durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist, mit einfacher Mehrheit gefasst. Je EUR 1,00 (in Worten: ein Euro) eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Die Mehrheiten werden nach den abgegebenen gültigen Stimmen errechnet. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

8. Einer Mehrheit von 85 % aller abgegebenen Stimmen bedürfen Beschlüsse über
 - a) jede Änderung des Gesellschaftsvertrages;
 - b) die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft;

§ 8 Protokolle über Beschlüsse und Anfechtung von Beschlüssen

1. Über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung, unabhängig ob sie in förmlicher Versammlung oder im Umlaufverfahren gefasst worden sind, ist eine Niederschrift anzufertigen, vom Vorsitzenden und von einem Geschäftsführer zu unterzeichnen, und den Gesellschaftern zuzusenden.
2. Gesellschafterbeschlüsse können nur binnen Monatsfrist angefochten werden. Die Anfechtung ist durch Erhebung einer Klage beim zuständigen Gericht geltend zu machen.

§ 9 Beirat

Die Gesellschaft kann einen Beirat einrichten.

Ein Beirat kann insbesondere durch Vertreter der heimischen Unternehmen, Verbänden und Organisationen besetzt werden und soll den Organen der Gesellschaft beratend zur Seite stehen.

§ 10 Wirtschaftsplan

1. Für jedes Geschäftsjahr ist von der Geschäftsführung ein Wirtschaftsplan aufzustellen und bis zum 31. Dezember des Vorjahres beschließen zu lassen. Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgs- und Finanzplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht.
2. Zur Anschubfinanzierung leisten die Gesellschafter für die ersten drei Geschäftsjahre 2018 bis 2020 Zahlungen in die Kapitalrücklage der GmbH. Näheres hierzu wird in einer Zusatzvereinbarung geregelt. Vor Ablauf dieser drei Jahre erfolgt eine Evaluation der Gesellschaft mit Empfehlung und Festlegung möglicher Zahlungen über das Ende der Anschubfinanzierungsphase hinaus.
3. Die Pflicht der Gesellschafter zur Einzahlung in die Kapitalrücklage ist keine Nachschusspflicht i. S. v. §§ 26 ff. GmbHG, sondern Nebenleistungspflicht i. S. v. § 3 Abs. 2 GmbHG. Im Übrigen bestehen seitens der Gesellschafter keine weiteren Nebenleistungspflichten; die Gesellschafter sind zu Nachschüssen nicht verpflichtet.
4. Der Geschäftsführung ist eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen, die den Gesellschaftern zur Kenntnis zu bringen ist.

§ 11 Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfung

1. Jahresabschluss und Lagebericht der Gesellschaft sind von der Geschäftsführung innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen und dem von der Gesellschaft gewählten Abschlussprüfer vorzulegen.
2. Jahresabschluss und Lagebericht sind von dem Abschlussprüfer entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu prüfen und danach unverzüglich mit dem Prüfungsbericht der Gesellschafterversammlung vorzulegen. Die Prüfung umfasst auch die Prüfungsgegenstände gemäß § 53 HGrG. Die Befugnisse nach §§ 53 und 54 HGrG werden den Gesellschaftern eingeräumt.
3. In dem Lagebericht ist auch zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung Stellung zu nehmen.
4. Die Gesellschafterversammlung hat spätestens bis zum Ablauf der ersten acht Monate des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Ergebnisverwendung zu beschließen.
5. Die Offenlegung des Jahresabschlusses richtet sich nach den handelsrechtlichen Vorschriften. Darüber hinaus gelten die Bekanntmachungs- und Auslegungsvorschriften des § 108 Abs. 3 Nr. 1 c GO NRW.
6. Die Gesellschaft weist im Anhang zum Jahresabschluss die Angaben gemäß § 108 Abs. 1 Satz 1 Ziff. 9 GO NRW aus.

§ 12 Gewinnverwendung

Für die Gewinnverwendung gilt § 29 des GmbH-Gesetzes. Gewinne werden vorgetragen, wenn die Gesellschafterversammlung keine andere Gewinnverwendung beschließt. Die Geschäftsführung hat ein Vorschlagsrecht für die Gewinnverwendung.

§ 13 Kündigung der Gesellschaft

1. Jeder Gesellschafter kann die Gesellschaft unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr zum Ende des Geschäftsjahres kündigen. Eine Kündigung ist unter Berücksichtigung von § 10 Absatz 2 dieser Satzung erstmals zum Ende des Geschäftsjahres 2020 zulässig
2. Kündigt ein Gesellschafter die Gesellschaft, so ist jeder der übrigen Gesellschafter berechtigt, auch seinerseits mittels Anschlusskündigung die Gesellschaft auf denselben Zeitpunkt zu kündigen. Die Anschlusskündigung muss innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang der Kündigung bei der Gesellschaft erklärt werden.
3. Jede Kündigung bedarf der Form des eingeschriebenen Briefes mit Rückschein. Sie ist gegenüber der Gesellschaft zu erklären, die jeden Gesellschafter unverzüglich zu unterrichten hat. Für die Rechtzeitigkeit der Kündigung ist der Eingang des Kündigungsschreibens bei der Gesellschaft maßgebend.
4. Die Kündigung eines Gesellschafters führt nicht zur Auflösung der Gesellschaft. Sie wird mit den verbleibenden Gesellschaftern fortgeführt.
5. Der kündigende Gesellschafter scheidet mit Ablauf der Kündigungsfrist aus der Gesellschaft aus, es sei denn, die Gesellschaft tritt zu diesem Zeitpunkt aus zwingenden gesetzlichen Gründen in Liquidation oder die übrigen Gesellschafter beschließen mit 85 % ihrer Stimmen oder der allein verbleibende Gesellschafter erklärt vor diesem Zeitpunkt, dass die Gesellschaft mit Ablauf der Kündigungsfrist aufgelöst sein soll. In diesem Fall nimmt der kündigende Gesellschafter an der Liquidation teil. Der ausscheidende Gesellschafter ist verpflichtet auf Beschluss der Gesellschafterversammlung seine Geschäftsanteile ganz oder teilweise auf eine oder mehrere Gesellschafter zu übertragen oder die Zustimmung zur Einziehung zu erklären.

§ 14 Abfindungsguthaben

1. Gesellschafter, die, gleich aus welchem Grund, aus der Gesellschaft ausscheiden oder ihren Geschäftsanteil abtreten, erhalten hierfür ein angemessenes Abfindungsguthaben.
2. Soweit zwingende gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen, gilt als angemessenes Abfindungsguthaben der steuerliche gemeine Wert des Anteils zum Zeitpunkt des Ausscheidens des Gesellschafters.

§ 15 Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen, soweit eine öffentliche Bekanntmachung gesetzlich vorgeschrieben ist, ausschließlich im elektronischen Bundesanzeiger.

§ 16 Gesetzliche Bestimmungen, Salvatorische Klausel, Landesgleichstellungsgesetz

1. Es gelten die gesetzlichen Bestimmungen.
2. Sollten sich einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages - ganz oder teilweise - als ungültig erweisen, so wird dadurch die Gültigkeit des übrigen Inhalts nicht berührt. Soweit es sich um Bestimmungen handelt, die wesentlich sind oder sonst ohne Gefährdung des Vertragszweckes nicht wegfallen können, ist der Vertrag so auszulegen, zu berichtigen oder zu ergänzen, dass sein wirtschaftlicher und rechtlicher Zweck möglichst erreicht wird.
3. Entsprechendes gilt, wenn der Vertrag als Ganzes ungültig ist oder sich bei der Durchführung des Vertrages ergänzungsbedürftige Lücken ergeben sollten.
4. Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Vorschriften des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern – Landesgleichstellungsgesetz (LGG NRW) – anzuwenden. Funktionsbezeichnungen dieses Vertrages werden in weiblicher oder männlicher Form geführt.

| | | | |
|--|---|-----------------------------|----------------------------|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | | |
| | Bereich: 1.2 Finanzwirtschaft Az.: 70.20.01 Abfall | Sachbearbeiterin: Datum: | Herr Porsche 15.11.2017 |

| | | | |
|--------------------|----------------------|------------------|-----------------|
| Bürgermeister | <i>Schm 16.11.17</i> | Allg. Vertreter | <i>15.11.17</i> |
| Fachbereichsleiter | | Sachbearbeiterin | <i>15.11.17</i> |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----|-------------|---------------------|-----------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| HFA | 2 | oef | 29.11.2017 | <i>ohne Beschluss</i> | | | |
| Rat | 4 | oef | 13.12.2017 | | | | |
| | | | | | | | |

Betr.: Fünfundzwanzigste Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Gemeinde Welver für die Benutzung der Abfallentsorgung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Welver vom 16.04.2013

Sachdarstellung zur Sitzung am 29.11.2017:

Siehe beigefügte Abfallgebührenkalkulation für das Jahr 2018.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat,

die kostendeckende Abfallentsorgungsgebühr nach der vorgelegten Abfallgebührenkalkulation für das Jahr 2018

zu billigen und

die „Fünfundzwanzigste Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Gemeinde Welver für die Benutzung der Abfallentsorgung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Welver vom 16.04.2013“

zu beschließen.

**Fünfundzwanzigste Satzung
vom XX.12.2017
zur Änderung der Gebührensatzung der Gemeinde Welver
für die Benutzung der Abfallentsorgung
zur Satzung über die Abfallentsorgung in der
Gemeinde Welver vom 16.04.2013**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), der §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712), des § 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz - LAbfG -) vom 21.06.1988 (GV. NRW. S. 250), des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz - KrW-/AbfG) vom 27.09.1994 (BGBl. I S. 2705) und der Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Welver vom 16.04.2013 – in der jeweils gültigen Fassung – hat der Rat der Gemeinde Welver in seiner Sitzung am XX.12.2017 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Welver vom 16.04.2013 wird im Einzelnen wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Die jährliche Abfallentsorgungsgebühr (§ 1 Ziffer 2 dieser Satzung) beträgt bei Entleerung gem. § 14 der Satzung über die Abfallentsorgung in der Gemeinde Welver für ein

| | | |
|--|---|-------------|
| 80 l Restmüllgefäß (1 bis 4 Pers.) | = | 124,13 Euro |
| 120 l Restmüllgefäß (5 bis 8 Pers.) | = | 157,59 Euro |
| 240 l Restmüllgefäß (9 bis 12 Pers.) | = | 258,43 Euro |
| 120 l Bio-Abfallgefäß | = | 65,51 Euro |
| 240 l Bio-Abfallgefäß | = | 101,86 Euro |
| 1100 l Papier-Wertstoffbehälter | = | 62,69 Euro |
| 120 l Sonderleerung fehlbefüllter Behälter Biotonne | = | 17,00 Euro |
| 240 l Sonderleerung fehlbefüllter Behälter Biotonne | = | 24,00 Euro |
| 240 l Sonderleerung fehlbefüllter Behälter Papiertonne | = | 24,00 Euro |

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2018 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde Welver vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

59514 Welver, den
Az.: 70 20.01

Der Bürgermeister

- Schumacher -

Abfallentsorgungsgebühren Gemeinde Welver

Berechnung für das Jahr 2018

(Stand: 12.10.2017)

Inhaltsübersicht

1. Planungsprämissen
 - 1.1. Kostenentwicklung
 - 1.2. Entwicklung der Einwohnerzahlen
 - 1.3. Entwicklung der Mengen
 - 1.4. Entwicklung der Behälterzahl und des Abfuhrvolumens
 - 1.5. Sonderdienste (Zahl der Einzelabfahren, Festlegung Sondergebühr)
 - 1.5.1. Sperrmüll
 - 1.5.2. Kühlgeräte/Haushalts Großgeräte
 - 1.5.3 Restmüllsäcke
 - 1.5.4. Sondergestellung 1.100 l Papiercontainer
 - 1.5.5. Sonderleerung fehlbefüllter Behälter
 - 1.6. Verwaltungskosten
 - 1.7. Einnahmen (Absetzungen)
 - 1.8. Überschüsse / Unterdeckung aus Vorjahren
2. Zusammenfassung der Kosten und Erlöse
3. Verteilung der Kosten / Berechnung der Gebührentarife
4. Gebührenvergleich 2017 - 2018
5. Anhang:

Vorkalkulation Sondergebühren

Verteilungsschlüssel für Über-/Unterdeckung 2014 und 2015

Berechnung des kommunalen Kostenanteils für die Altpapiersammlung

1. Planungsprämissen

1.1. Kostenentwicklung

| | Abweichung % | Kalkulationsjahr 2016 | Kalkulationsjahr 2017 | Kalkulationsjahr 2018 |
|--|-----------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| Abfuhrkosten | | | | |
| 80 l Restmüll | 0,00 | 21,57 €/St. | 21,57 €/St. | 21,57 €/St. |
| 120 l Restmüll | 0,00 | 21,57 €/St. | 21,57 €/St. | 21,57 €/St. |
| 240 l Restmüll | 0,00 | 22,04 €/St. | 22,04 €/St. | 22,04 €/St. |
| 120 l Biomüll | 0,00 | 21,57 €/St. | 21,57 €/St. | 21,57 €/St. |
| 240 l Biomüll | 0,00 | 22,04 €/St. | 22,04 €/St. | 22,04 €/St. |
| Behälterkosten | 0,00 | | 29.750,00 Euro | 29.750,00 Euro |
| Biotonnenkontrollen | 0,00 | | 10.000,00 Euro | 10.000,00 Euro |
| Prüfung Rückfahrverbot | #DIV/0! | | | 10.000,00 Euro |
| Restmüllsäcke | 0,00 | 1,99 €/St. | 1,99 €/St. | 1,99 €/St. |
| Spermmüll | 0,00 | 17,99 €/St. | 17,99 €/St. | 17,99 €/St. |
| Kühlgeräte / Haushaltsgroßgeräte | 0,00 | 13,15 €/St. | 13,15 €/St. | 13,15 €/St. |
| wilder Müll / Straßenpapierkörbe | #DIV/0! | 0,00 Euro | 0,00 Euro | 0,00 Euro |
| PPK (Altpapiersamml.) | 24,00 | 44.559,77 Euro | 43.986,14 Euro | 54.540,97 Euro |
| Entsorgungskosten | | | | |
| Entsorgungsgrundgebühr | 0,00 | 10,70 €/EW | 10,70 €/EW | 10,70 €/EW |
| Restmüll | 0,00 | 123,00 €/t | 123,00 €/t | 123,00 €/t |
| Spermmüll | 0,00 | 123,00 €/t | 123,00 €/t | 123,00 €/t |
| Bioabfall | 0,00 | 71,25 €/t | 75,00 €/t | 75,00 €/t |
| Separate Systeme PPK (Altpapier), Kühlgeräte, Schedstoffe, E-Schrott | #DIV/0! | 0,00 €/EW | 0,00 €/EW | 0,00 €/EW |
| Grün- und Strauchschnitt | 0,00 | 49,00 €/t | 49,00 €/t | 49,00 €/t |
| wilder Müll / Straßenpapierkörbe | 0,00 | 160,00 €/t* | 160,00 €/t* | 160,00 €/t* |

Die für 2018 angesetzten Abfuhrkosten für Bio-, Rest- und Sperrmüll bleiben gegenüber der Vorjahresberechnung unverändert (keine vertragliche Preisanpassung). Weiterhin entsteht bei der Bioabfallsammlung zusätzlicher Aufwand für die hinsichtlich der ordnungsgemäßen Befüllung der Biotonnen durchzuführenden Kontrollen. Entsprechend der Erfahrungswerte des laufenden Jahres (Schwerpunktkontrollen im Frühjahr und im weiteren Jahresverlauf wiederkehrende Stichproben) wird hierfür ein Betrag von 10.000 € angesetzt. Desweiteren muss zur Umsetzung der neuen Branchenregel zur Unfallverhütung bei der Abfallsammlung eine detaillierte Gefährdungsabschätzung für rückwärts zu befahrende Straßen erstellt werden. Hierfür wird ein Kostenaufwand von 10.000 € eingerechnet.

Der für die Gebührenberechnung maßgebliche Kostenanteil für die Papiersammlung berücksichtigt die leicht gestiegenen Behälterzahlen sowie die vertragliche Preisanpassung. Für die laufende Ersatzbeschaffung und Erneuerung des inzwischen 12 Jahre alten Behälterbestandes werden ab 2018 wie bei den Bio- und Restabfallbehältern entsprechende Behältergestellungskosten von ca. 10.000 € anfallen. Der Kostenanteil für Verpackungen, der von der ESG kreisweit direkt mit den 10 dualen Systemen abgerechnet wird, ist von den Kosten der Papiersammlung bereits abgezogen (z.Z. 0,96 €/E*a zzgl. MwSt.; siehe Berechnung des kommunalen Kostenanteils in der Anlage).

Bei den Entsorgungsgebühren des Kreises Soest werden sich nach derzeitigem Kenntnisstand im Jahr 2018 keine Änderungen ergeben.

Die Festlegung der Gebührensätze des Kreises Soest steht noch unter dem Vorbehalt der Beratung und Beschlussfassung durch den Kreistag.

1.2. Entwicklung der Einwohnerzahlen

Bereinigte Einwohnerzahlen nach Landesbetrieb Information und Technik

(IT NRW vormals LDS)

| | 30.06.2015 | 30.06.2016 | Prognose 30.06.2017 | Veränderungen 16 - 17 | |
|--------|------------|------------|------------------------|-----------------------|-------|
| | | | | Zahl | % |
| Anzahl | 11.976 | 12.107 | 12.090 | -17 | -0,14 |

Die von IT NRW für den Stichtag 30.06. des Vorjahres veröffentlichte Einwohnerzahl (neue Datenbasis des Zensus 2011) ist Grundlage für die Abrechnung der einwohnerbezogenen Gebühren des Kreises.

1.3. Entwicklung der Abfallmengen

| | Haushaltsjahr 2016 | | | | Haushaltsjahr 2017 | | | |
|-------------|--------------------|----------|------------|----------|--------------------|----------|---------------------------|----------|
| | Jahresergebnis 16 | | Stand 8/16 | | Stand 8/17 | | Hochrechnung bis 31.12.17 | |
| | kg / EW /a | t | kg / EW | t | kg /EW | t | kg / EW /a | t |
| Restmüll | 146,63 | 1.780,09 | 101,99 | 1.238,20 | 103,20 | 1.247,73 | 154,81 | 1.871,60 |
| Bioabfall | 159,12 | 1.931,75 | 108,96 | 1.322,79 | 105,78 | 1.278,90 | 158,67 | 1.918,35 |
| Strauchsch. | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Sperrmüll | 6,10 | 74,01 | 3,73 | 45,34 | 3,60 | 43,53 | 5,40 | 65,30 |
| PPK | 74,20 | 900,82 | 46,83 | 568,46 | 44,91 | 542,99 | 67,37 | 814,49 |
| LVP | 31,88 | 387,06 | 21,29 | 258,52 | 21,18 | 256,11 | 31,78 | 384,17 |
| Glas | 23,02 | 279,51 | 15,70 | 190,54 | 15,71 | 189,97 | 23,57 | 284,96 |
| wilder Müll | 0,56 | 6,85 | 0,41 | 5,03 | 1,22 | 14,78 | 1,83 | 22,17 |

| | Kalkulationsjahr 2017 | | Kalkulationsjahr 2018 | | Kalkulationsjahr 2018 gegen | | | |
|-------------|-----------------------|----------|-----------------------|----------|-----------------------------|---------|-------|---------|
| | Prognosemengen 2017 | | Mengen 2018 | | Kalkulationsjahr 2017 | | | |
| | kg / EW /a | t | kg / EW /a | t | kg / EW /a | % | t | % |
| Restmüll | 157,15 | 1.900,00 | 158,81 | 1.920,00 | 1,66 | 1,06 | 20,00 | 1,05 |
| Bioabfall | 169,56 | 2.050,00 | 169,56 | 2.050,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Strauchsch. | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | #DIV/0! | 0,00 | #DIV/0! |
| Sperrmüll | 8,27 | 100,00 | 8,27 | 100,00 | 0,00 | 0,02 | 0,00 | 0,00 |
| PPK | 78,58 | 950,00 | 78,58 | 950,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| LVP | 30,60 | 370,00 | 31,43 | 380,00 | 0,83 | 2,72 | 10,00 | 2,70 |
| Glas | 24,81 | 300,00 | 24,81 | 300,00 | 0,00 | 0,02 | 0,00 | 0,00 |
| wilder Müll | 0,83 | 10,00 | 2,07 | 25,00 | 1,24 | 149,14 | 15,00 | 150,00 |

Die für die Kalkulation anzusetzenden Abfallmengen wurden entsprechend dem Mengenverlauf der Jahre 2016/2017 unter Berücksichtigung der üblichen Schwankungen fortgeschrieben bzw. leicht angepasst.

1.4. Entwicklung der Behälterzahl und des Abfuhrvolumens

| | Haushaltsjahr 2016 | | Haushaltsjahr 2017 | | | | Kalkulationsjahr 2018 | | | | |
|------------------|--------------------|------------|--------------------|------------|---------------|------------|-----------------------|------------|-------------------------|-----------|--|
| | Stand 12 / 16 | | Kalkulation 2017 | | Stand 08 / 17 | | Kalkulation 2018 | | Veränderungen gegenüber | | |
| | Gefäße | Volumen * | Gefäße | Volumen * | Gefäße | Volumen * | Gefäße | Volumen * | Kalkulation 2017 | | |
| | Stück | Litem | Stück | Litem | Stück | Litem | Stück | Litem | Gefäße | Volumen * | |
| | | | | | | | | | % | % | |
| Restmüll | | | | | | | | | | | |
| 80 l | 2.588 | 5.383.040 | 2.590 | 5.387.200 | 2.585 | 5.376.800 | 2.605 | 5.418.400 | 0,58 | 0,58 | |
| Füllgrad % | | | | | | | | | | | |
| 120 l | 983 | 3.066.960 | 970 | 3.026.400 | 989 | 3.085.680 | 985 | 3.073.200 | 1,55 | 1,55 | |
| Füllgrad % | | | | | | | | | | | |
| 240 l | 423 | 2.639.520 | 420 | 2.620.800 | 436 | 2.720.640 | 420 | 2.620.800 | 0,00 | 0,00 | |
| Füllgrad % | | | | | | | 100% | 2.620.800 | | | |
| Summe | 3.994 | 11.089.520 | 3.980 | 11.034.400 | 4.010 | 11.183.120 | 4.010 | 11.112.400 | 0,75 | 0,71 | |
| Summe Füllgrad | | | | | | | | 11.112.400 | | | |
| Bioabfall | | | | | | | | | | | |
| 120 l | 2.161 | 6.742.320 | 2.170 | 6.770.400 | 2.177 | 6.792.240 | 2.200 | 6.864.000 | 1,38 | 1,38 | |
| Füllgrad % | | | | | | | 100% | 6.864.000 | | | |
| 240 l | 982 | 6.127.680 | 955 | 5.959.200 | 1.004 | 6.264.960 | 980 | 6.115.200 | 2,62 | 2,62 | |
| Füllgrad % | | | | | | | 100% | 6.115.200 | | | |
| Summe | 3.143 | 12.870.000 | 3.125 | 12.729.600 | 3.181 | 13.057.200 | 3.180 | 12.979.200 | 1,76 | 1,96 | |
| Summe Füllgrad | | | | | | | | 12.979.200 | | | |

Der Behälterbestand wird unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Entwicklung fortgeschrieben.

1.5. Sonderdienste (Entwicklung der Anzahl an Anmeldungen / Abfahren; Festlegung der Sondergebühren)

1.5.1. Sperrmüll

| | Haushaltsjahr 16 | Haushaltsjahr 2017 | | | Kalkulationsjahr 2018 | |
|---------------|------------------|--------------------|-------------|-----------------|-----------------------|------------------------|
| | Stück | Kalkulation | Stand 08/17 | Hochrechnung 17 | Kalkulation | Abweichungen gegenüber |
| | | Stück | Stück | Stück | Stück | Kalkulation 17 in % |
| Anzahl | | | | | | |
| Anmeldungen | 174 | 150 | 125 | 188 | 150 | 0,00 |
| Abfahren | | | | | | |

Alle im Zusammenhang mit dem Sperrmüll entstehenden Kosten werden in die Gebührenrechnung für die Einheitsgebühr (Kostenträger Restmüllbehälter) einbezogen.

Für die Festlegung einer Sondergebühr für die Anmeldung des Sperrmülls wurden in der beigefügten Vorkalkulation (siehe Anlage) alle zuordenbaren Kosten dargestellt. Im Interesse einer geordneten Abfallentsorgung wird abweichend von dem Vorkalkulationsbetrag ein nicht kostendeckender Sondergebührensatz festgelegt, der als Erlös in die Gebührenrechnung für die Hauptkostenträger eingestellt wird. Hierdurch ist sichergestellt, dass die Gebührensätze für die Restmüllbehälter zumindest um diesen Teilbetrag entlastet werden.

Vorkalkulationsbetrag : € 114,68

Festgelegter Gebührensatz: € 35,00

1.5.2. Kühlgeräte/Haushaltsgroßgeräte

| | Haushaltsjahr 16 | Haushaltsjahr 2017 | | | Kalkulationsjahr 2018 | |
|--------------|------------------|--------------------|------------|-----------------|-----------------------|----------------------|
| | Stück | Kalkulation | Stand 8/17 | Hochrechnung 17 | Kalkulation | Abweichung gegenüber |
| | | Stück | Stück | Stück | Stück | Kalkulation 17 in % |
| Menge | | | | | | |
| in | 2 | 3 | 2 | 3 | 3 | 0,00 |
| Stück | | | | | | |

Alle im Zusammenhang mit den Kühlgeräten und Haushaltsgroßgeräten entstehenden Kosten werden in die Gebührenrechnung für die Einheitsgebühr (Kostenträger Restmüllbehälter) einbezogen.

Für die Festlegung einer Sondergebühr für die Anmeldung der Kühlgeräte und Haushaltsgroßgeräte wurden in der beigefügten Vorkalkulation (siehe Anlage) alle zuordenbaren Kosten dargestellt. Im Interesse einer geordneten Abfallentsorgung wird abweichend von dem Vorkalkulationsbetrag ein nicht kostendeckender Sondergebührensatz festgelegt, der als Erlös in die Gebührenrechnung für die Hauptkostenträger eingestellt wird. Hierdurch ist sichergestellt, dass die Gebührensätze für die Restmüllbehälter zumindest um diesen Teilbetrag entlastet werden.

Vorkalkulationsbetrag : € 99,04

Festgelegter Gebührensatz: € 10,00

Aufgrund der verschwindend geringen Zahl an Anmeldungen ist nicht auszuschließen, dass neben der kostenlosen Abgabemöglichkeit am AWZ Werl und der Rücknahme durch den Handel auch illegale Wege genutzt werden (fahrende Schrottsammler).

1.5.3. Restmüllsäcke

| | Haushaltsjahr 16 | Haushaltsjahr 2017 | | | Kalkulationsjahr 2018 | |
|--------------|------------------|--------------------|------------|-----------------|-----------------------|----------------------|
| | | Kalkulation | Stand 8/17 | Hochrechnung 17 | Kalkulation | Abweichung gegenüber |
| | Stück | Stück | Stück | Stück | Stück | Kalkulation 17 in % |
| Menge | | | | | | |
| in | 75 | 100 | 65 | 98 | 90 | -10,00 |
| Stück | | | | | | |

Alle im Zusammenhang mit den Beistellsäcken entstehenden Kosten werden in die Gebührenrechnung für die Einheitsgebühr (Kostenträger Restmüllbehälter) einbezogen.

Zur Festlegung einer verursachergerechten Sondergebühr für die Benutzung von 60l Beistellsäcken (Restmüll) wurde eine Vorkalkulation (siehe Anlage) vorgenom-

men. Der sich dabei ergebende Betrag wird zur Verwaltungsvereinfachung auf einen vollen EURO-Betrag abgerundet. Der so festgesetzte Gebührensatz ist weitgehend kostendeckend und wird als Erlös in die Gebührenrechnung für die Hauptkostenträger eingestellt. Hierdurch ist sichergestellt, dass die Gebührensätze für die Restmüllbehälter um diese Erlöse entlastet werden.

Vorkalkulationsbetrag : € 4,38

Festgelegter Gebührensatz: € 4,00

1.5.4. Sondergestellung 1.100 Papiercontainer

| | Haushaltsjahr 16 | Haushaltsjahr 2017 | | | Kalkulationsjahr 2018 | |
|----------------------|------------------|--------------------|------------|-----------------|-----------------------|----------------------|
| | | Kalkulation | Stand 8/17 | Hochrechnung 17 | Kalkulation | Abweichung gegenüber |
| | Stück | Stück | Stück | Stück | Stück | Kalkulation 17 in % |
| Menge in Stück | 28 | 28 | 29 | 28 | 28 | 0,00 |

Die Gestellung einer 240 l Papiertonne ist Bestandteil der Gebühren für die Restmüllbehälter. Die für die Sondergestellung eines 1.100 l Papiercontainers entstehenden Kosten und die danach festzusetzende Sondergebühr werden über die Vorkalkulation ermittelt (siehe Anlage).

Der sich daraus ergebende Gebührensatz wird als Erlös in die Gebührenrechnung für die Hauptkostenträger eingestellt, hierdurch ist sichergestellt, dass die Gebührensätze für die Restmüllbehälter vollständig um den durch 1.100 l Papiercontainer verursachten Kostenbeitrag entlastet werden.

Der so vorkalkulierte Sondergebührensatz für die 1.100 l Papiercontainer ist als kostendeckend anzunehmen:

Festgelegter Gebührensatz: € 62,69

1.5.5. Sonderleerung fehlbefüllter Behälter (Biotonne, Papiertonne)

Die an den Kompostierungsanlagen in den Bioabfallanlieferungen festgestellten hohen Verunreinigungen mit Störstoffen (insbesondere mit Kunststofftüten) erfordern flächendeckende Kontrollen bei der Abfuhr. Beanstandete Behälter sind, soweit ein Nachsortieren nicht möglich/zumutbar ist, zur Sonderleerung bei der nächsten Restmüllabfuhr bereitzustellen. Entsprechendes gilt auch für nicht ordnungsgemäß befüllte Papiertonnen.

Für den mit der Sonderleerung einer fehlbefüllten Bio- oder Papiertonne verbundenen Aufwand wird eine verursachergerechte Sondergebühr vorkalkuliert, die bei Abgabe der benötigten Gebühren-Banderole (zur Kennzeichnung der Sonderleerungsberechtigten Behälter) erhoben wird:

| | | 120 l | 240 l |
|-----------------------|---|---------|---------|
| Entsorgung/Verwertung | | | |
| | Kalkulation Beistellsack 70 l | 4,38 € | |
| | Kosten pro l Restmüll | 0,06 € | |
| | gem. Kalkulation Beistellsäcke ca. 0,10 € * entsprechende l | 7,51 € | 15,02 € |
| Banderole | € pro Stück | 0,50 € | 0,50 € |
| Verwaltung | | | |
| | zusätzlicher Verwaltungsaufwand 10 min bei 56,85 € pro Std. | 9,48 € | 9,48 € |
| | Summe | 17,48 € | 24,99 € |
| | Gebühr gerundet | 17,00 € | 24,00 € |

Alle im Zusammenhang mit den Sonderleerungen entstehenden Kosten sind in die Gebührenrechnung für die Einheitsgebühr (Kostenträger Restmüllbehälter) einbezogen. Der kalkulierte Sonder-Gebührensatz wird als Erlös in die Gebührenrechnung für die Hauptkostenträger eingestellt. Hierdurch ist sichergestellt, dass die Gebührensätze für die Restmüllbehälter vollständig um den durch die Sonderleerung verursachten Kostenbetrag entlastet werden.

1.6. Verwaltungs- / Bauhofkosten

| | Haushalt | Kalkulation | Kalkulation | Veränderungen |
|-----------------------------------|-------------|-------------|-------------|---------------|
| | 2016 | 2017 | 2018 | zum Vorjahr |
| | € | € | € | in % |
| Verwaltung | | | | |
| Personalkosten | 34.237,25 € | 38.190,00 € | 35.949,11 € | -5,87 |
| Innere Verrechnung | | | | |
| Verwaltungsgemeinkosten | 6.847,45 € | 7.730,00 € | 7.189,82 € | -6,99 |
| EDV-Kosten | 5.135,59 € | 5.335,00 € | 5.392,37 € | 1,08 |
| Sonstiges | | 3.000,00 € | 3.000,00 € | 0,00 |
| Bauhofleistungen | 13.812,00 € | 16.758,11 € | 21.881,65 € | 30,57 |
| (Straßenpapierkörbe, wilder Müll) | | | | |
| Containerstandplatzreinigung | | | | |
| Summe | 60.032,29 € | 71.013,11 € | 73.412,95 € | 3,38 |

Die Kostenansätze werden aufgrund der aktualisierten Kostenanteile angepasst. Dabei wird zwischen reinen Verwaltungskosten und dem operativen Aufwand des Bauhofes differenziert. Die Bauhofkosten werden im Vergleich zu dem Ansatz 2017 nach oben angepasst, da sich der im laufenden Jahr für diesen Bereich beim Bauhof verzeichnete Aufwand erhöht hat (wilde Müllentsorgung).

1.7. Einnahmen (Absetzungen)

| | Haushaltsjahr 2017 | | | | Kalkulationsjahr 2018 | | |
|---|--------------------|-------------|---------------|--------------|-----------------------|-------------|-------------------------|
| | Kalkulation | Kalkulation | Ist bis 08/17 | Hochrechnung | Kalkulation | Kalkulation | Veränderungen gegenüber |
| | netto € | brutto € | € | € | netto € | brutto € | Kalkulation 2017 in % |
| Erlöse | | | | | | | |
| DSD | | | | | | | |
| Nebentgelt DSD (Standplatzreinigung) | 11.001,90 | 13.092,26 | | | 11.001,90 | 13.092,26 | 0,00 |
| Zwischensumme | 11.001,90 | 13.092,26 | | | 11.001,90 | 13.092,26 | 0,00 |
| Einnahmen aus Sondergebühren | | | | | | | |
| Restmüllsäcke | | 400,00 | 260,00 | 390,00 | | 360,00 | -10,00 |
| Sperrmüll | | 5.250,00 | 4.375,00 | 6.562,50 | | 5.250,00 | 0,00 |
| Kühl-/Haushaltsgroßgeräte | | 30,00 | 20,00 | 30,00 | | 30,00 | 0,00 |
| 1.100 l Papiercontainer | | 1.419,76 | | 1.419,76 | | 1.755,42 | 23,64 |
| Zwischensumme | 0,00 | 7.099,76 | 4.655,00 | 8.402,26 | 0,00 | 7.395,42 | 4,16 |
| Summe | 11.001,90 | 20.192,02 | 4.655,00 | 8.402,26 | 11.001,90 | 20.487,68 | 1,46 |

DSD:

Das Nebentgelt für die Reinigung von Containerstandplätzen kann entsprechend dem Vorjahresbetrag von 0,91 €/EW*a zzgl. MwSt. auch für 2018 eingeplant werden. Die Zahlungen der dualen Rücknahmesysteme für Verpackungen sind allerdings weiterhin dem latenten Risiko einer Zahlungsverweigerung bzw. einer Zahlungsunfähigkeit der Systeme ausgesetzt. Ab 2019 ist aufgrund des dann geltenden neuen Verpackungsgesetzes völlig offen, in welcher Höhe die dualen Systeme noch Zahlungen leisten werden.

Einnahmen aus Sondergebühren:

Die dargestellten Erlöse aus dem Bereich, für den Sondergebühren erhoben werden, ergeben sich aus den zuvor prognostizierten Mengen / Stückzahlen multipliziert mit den vorkalkulierten bzw. zuvor festgelegten Gebührensätzen (vgl. 1.5.).

1.8 Überschüsse / Unterdeckung aus Vorjahren

Nach den kommunal-abgabenrechtlichen Vorgaben sind Überschüsse bzw. Unterdeckungen aus Vorjahren spätestens innerhalb von 4 Jahren auszugleichen. Der Kalkulation für 2018 wird der Jahresüberschuss 2014 von +514,08 € und aus dem Überschuss des Jahr 2015 ein Teilbetrag von 21.973,24 € gebührenmindernd zugeführt.

2. Zusammenfassung der Kosten und Erlöse

Die Kosten im Bereich Sammlung und Transport steigen im kommenden Jahr um etwa 9 % an. Ursache hierfür sind im Wesentlichen der etwas höhere Behälterbestand und der Sonderaufwand zur Prüfung des Rückwärtsfahrverbots sowie die Ersatzbeschaffung von ausgedienten Papiertonnen.

Die Kosten für Entsorgung und Verwertung verändern sich aufgrund der Gebührenstabilität auf Seiten des Kreises insgesamt nur in geringem Umfang (+0,92 %).

Die Kostenansätze im Bereich Verwaltung und Bauhof liegen entsprechend der aktualisierten Plankosten und Aufwandsverteilung um +3,38% % höher als in der Vorjahresberechnung.

Die Summe aller Kosten liegt 3,5 % über der Vorjahressumme. Unter Berücksichtigung der von den Kosten abgesetzten Erlösen und Erträgen sowie dem Ausgleichsbetrages aus Gebührenüberschüssen ergibt sich schließlich eine geringfügige Erhöhung des Gesamt-Gebührenbedarfes gegenüber dem Vorjahr um 1,24 %.

| Kennzeichnung | Haushaltsjahr 2017 | | | | Kalkulationsjahr 2017 | | | |
|--|-----------------------|-----------------|------------------|-------------------|-----------------------|-----------------|------------------|-------------------|
| | Behälterzahl Stück | Menge t | Einzelpreis € | Kalkulation € | Behälterzahl Stück | Menge t | Einzelpreis € | Kalkulation € |
| Kosten | | | | | | | | |
| 2.1. Sammlung und Transport | | | | | | | | |
| 2.1.1. Restmüll | | | | | | | | |
| 80 l | 2.585 | | 21,57 | 55.770,60 | 2.590 | | 21,57 | 55.878,47 |
| 120 l | 989 | | 21,57 | 21.337,38 | 970 | | 21,57 | 20.927,46 |
| 240 l | 436 | | 22,04 | 9.608,92 | 420 | | 22,04 | 9.256,30 |
| 2.1.2. Bioabfall | | | | | | | | |
| 120 l | 2.177 | | 21,57 | 46.968,12 | 2.170 | | 21,57 | 46.817,10 |
| 240 l | 1.004 | | 22,04 | 22.126,96 | 955 | | 22,04 | 21.047,05 |
| Biotonnenkontrollen | | | | | | | | |
| | | | | 10.000,00 | | | | 10.000,00 |
| 2.1.3. Behälterkosten | | | | | | | | |
| | | | | 29.750,00 | | | | 29.750,00 |
| 2.1.3. Papier | | | | | | | | |
| | | | | 43.986,14 | | | | 43.986,14 |
| Summe | 7.191 | | | 239.548 | 7.105 | | | 237.662,52 |
| 2.1.3. Sonderdienste | | | | | | | | |
| Restmüllsäcke | 98 | | 1,99 | 194,03 | 100 | | 1,99 | 199,00 |
| Sperrmüll | 188 | | 17,99 | 3.373,65 | 150 | | 17,99 | 2.698,92 |
| Kühlggeräte/Haushaltsgroßgeräte | 3 | | 13,15 | 39,45 | 3 | | 13,15 | 39,45 |
| wilder Müll / Straßenpapierk. | | | 0,00 | 0,00 | | | 10.000,00 | 0,00 |
| Summe | | | | 3.607,12 | | | | 2.937,37 |
| Summe | | | | 243.155,24 | | | | 240.599,89 |
| 2.2. Entsorgung / Verwertung | | | | | | | | |
| Entsorgungsgrundgebühr | | | | | | | | |
| | | | 10,70 | 126.143,20 | | | 10,70 | 129.363,00 |
| Entsorgung Restmüll | | | | | | | | |
| | | 1.871,60 | 123,00 | 230.208,19 | | 1.900,00 | 123,00 | 233.700,00 |
| Entsorgung Sperrmüll | | | | | | | | |
| | | 66,30 | 123,00 | 8.031,29 | | 100,00 | 123,00 | 12.300,00 |
| Verwertung Bioabfall | | | | | | | | |
| | | 1.918,35 | 75,00 | 143.876,25 | | 2.050,00 | 75,00 | 153.750,00 |
| Verwertung Strauchschnitt | | | | | | | | |
| | | 0,00 | 49,00 | 0,00 | | 0,00 | 49,00 | 0,00 |
| Separate Systeme | | | | | | | | |
| Verwertung PPK, E - Schrott | | | | | | | | |
| | | | 0,00 | 0,00 | | | 0,00 | 0,00 |
| Ents. Schadstoffe, Kühlggeräte | | | | | | | | |
| | | | | | | | | |
| wilder Müll / Straßenpapierk. * | | 22,17 | 160,00 | 3.547,20 | | 10,00 | 160,00 | 1.600,00 |
| Summe | | | | 513.804,12 | | | | 530.713,00 |
| 2.3. Verwaltungskosten | | | | | | | | |
| Verwaltung | | | | | | | | |
| Personalkosten | | | | | | | | |
| | | | | 38.190,00 | | | | 38.190,00 |
| Verwaltungsgemeinkosten | | | | | | | | |
| | | | | 7.730,00 | | | | 7.730,00 |
| EDV - Kosten | | | | | | | | |
| | | | | 5.335,00 | | | | 5.335,00 |
| Sonstiges | | | | | | | | |
| | | | | 3.000,00 | | | | 3.000,00 |
| Bauhofleistungen | | | | | | | | |
| | | | | 16.758,11 | | | | 16.758,11 |
| Summe | | | | 71.013,11 | | | | 71.013,11 |
| 2.4. Mehrwertsteuer | | | | | | | | |
| Nebentgelt DSD | | | | | | | | |
| | | | | 2.090,36 | | | | 2.090,36 |
| Summe | | | | 2.090,36 | | | | 2.090,36 |
| Summe Kosten | | | | 830.052,83 | | | | 844.416,36 |
| Erlöse | | | | | | | | |
| DSD | | | | | | | | |
| Nebentgelt DSD | | | | | | | | |
| | | | | 13.092,26 | | | | 13.092,26 |
| Einnahmen aus Sondergeb. | | | | | | | | |
| Restmüllsäcke | 98 | | 4,00 | 390,00 | 100 | | 4,00 | 400,00 |
| Sperrmüll | 188 | | 35,00 | 6.562,50 | 150 | | 35,00 | 5.250,00 |
| Kühlggeräte/Haushaltsgroßgeräte | 3 | | 10,00 | 30,00 | 3 | | 10,00 | 30,00 |
| 1.100 l Papiercontainer | 28 | | 50,71 | 1.419,76 | 28 | | 50,71 | 1.419,76 |
| Summe Erlöse | | | | 21.494,62 | | | | 20.192,62 |
| Summe Kosten - Erlöse | | | | 808.568,31 | | | | 824.224,34 |
| Ausgleich Überdeckung 2013 | | | | | | | | |
| | | | | 3.353,66 | | | | 3.353,66 |
| Summe Kosten - Erlöse | | | | 805.214,65 | | | | 820.870,68 |

| Kennzeichnung | Kalkulationsjahr 2018 | | | | Veränderungen 17 - 18 in % | Veränderungen 17 - 18 in Euro |
|--|-----------------------|------------|--------------------|--------------------|----------------------------------|-------------------------------------|
| | Behälterzahl Stück | Menge t | Einzelpreis Eur | Kalkulation Eur | | |
| Kosten | | | | | | |
| 2.1. Sammlung und Transport | | | | | | |
| 2.1.1. Restmüll | | | | | | |
| 80 l | 2.605 | | 21,57 | 56.202,09 | 0,58 | 323,62 |
| 120 l | 985 | | 21,57 | 21.251,08 | 1,55 | 323,62 |
| 240 l | 420 | | 22,04 | 9.256,30 | 0,00 | 0,00 |
| 2.1.2. Bioabfall | | | | | | |
| 120 l | 2.200 | | 21,57 | 47.464,34 | 1,38 | 647,24 |
| 240 l | 980 | | 22,04 | 21.598,02 | 2,62 | 550,97 |
| Biotonnenkontrollen | | | | 10.000,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2.1.3. Behälterkosten | | | | 29.750,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2.1.3. Papier | | | | 54.540,97 | 24,00 | 10.554,83 |
| 2.1.4. Prüfung Rückfahrverbot | | | | 10.000,00 | | |
| Summe | 7.190 | | | 260.062,80 | 9,43 | 22.400,28 |
| 2.1.3. Sonderdienste | | | | | | |
| Restmüllsäcke | 90 | | 1,99 | 179,10 | -10,00 | -19,90 |
| Sperrmüll | 150 | | 17,99 | 2.698,92 | 0,00 | 0,00 |
| Kühlgeräte/Haushaltsgroßgeräte | 3 | | 13,15 | 39,45 | 0,00 | 0,00 |
| wilder Müll / Straßenpapierk. | | | | | | |
| Summe | | | | 2.917,47 | -0,68 | -19,90 |
| Summe | | | | 262.980,27 | 9,30 | 22.380,38 |
| 2.2. Entsorgung / Verwertung | | | | | | |
| Entsorgungsgrundgebühr | | | 10,70 | 129.363,00 | -0,00 | -0,00 |
| Entsorgung Restmüll | | 1.920,00 | 123,00 | 236.160,00 | 1,05 | 2.460,00 |
| Entsorgung Sperrmüll | | 100,00 | 123,00 | 12.300,00 | 0,00 | 0,00 |
| Verwertung Bioabfall | | 2.050,00 | 75,00 | 153.750,00 | 0,00 | 0,00 |
| Verwertung Strauchschnitt | | 0,00 | 49,00 | 0,00 | #DIV/0! | 0,00 |
| Seperate Systeme | | | 0,00 | 0,00 | #DIV/0! | 0,00 |
| Verwertung PPK, E - Schrott Ents. Schadstoffe, Kühlgeräte | | | | | | |
| wilder Müll / Straßenpapierk.* | | 25,00 | 160,00 | 4.000,00 | 150,00 | 2.400,00 |
| Summe | | | | 535.573,00 | 0,92 | 4.860,00 |
| 2.3. Verwaltungskosten | | | | | | |
| Verwaltung | | | | | | |
| Personalkosten | | | | 35.949,11 | -5,87 | -2.240,89 |
| Verwaltungsgemeinkosten | | | | 7.189,82 | -6,99 | -540,18 |
| EDV - Kosten | | | | 5.392,37 | 1,08 | 57,37 |
| Sonstiges | | | | 3.000,00 | 0,00 | 0,00 |
| Bauhofleistungen | | | | 21.881,65 | 30,57 | 5.123,54 |
| Summe | | | | 73.412,95 | 3,38 | 2.399,84 |
| 2.4. Mehrwertsteuer | | | | | | |
| Nebentgelt DSD | | | | 2.090,36 | 0,00 | 0,00 |
| Summe | | | | 2.090,36 | 0,00 | 0,00 |
| Summe Kosten | | | | 874.056,58 | 3,51 | 29.640,22 |
| Erlöse | | | | | | |
| DSD | | | | | | |
| Nebentgelt DSD | | | | 13.092,26 | 0,00 | 0,00 |
| Einnahmen aus Sondergeb. | | | | | | |
| Restmüllsäcke | 90 | | 4,00 | 360,00 | -10,00 | -40,00 |
| Sperrmüll | 150 | | 35,00 | 5.250,00 | 0,00 | 0,00 |
| Kühlgeräte/Haushaltsgroßgeräte | 3 | | 10,00 | 30,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.100 l Papiercontainer | 28 | | 62,69 | 1.755,42 | 23,64 | 335,66 |
| Summe Erlöse | | | | 20.487,68 | 1,46 | 295,66 |
| Summe Kosten - Erlöse | | | | 853.568,90 | 3,56 | 29.344,56 |
| Ausgleich Überdeckung 2014 | | | | 514,08 | | |
| Ausgleich Überdeckung 2015 | | | | 21.973,24 | 570,53 | 19.133,66 |
| Summe Kosten - Erlöse | | | | 831.081,58 | 1,24 | 10.210,90 |

3. Verteilung der Kosten / Berechnung der Gebühren

Das bisherige Umrechnungsmodell wird bei der folgenden Berechnung der Gebührensätze für das Jahr 2018 in Grundzügen beibehalten. Im Einzelnen werden folgende Gebührenmaßstäbe angewandt:

Der Sockelbetrag je Behälter enthält

- die tatsächlich nach dem Abfuhrvertrag je Behälter anfallenden Kosten sowie die Kosten für die Ersatzbeschaffung der Behälter (Bio- und Restabfallbehälter)
- die Kosten für die Durchführung von Störstoff-Kontrollen (nur Biotonne)
- sowie die Prüfung des Rückfahrverbots (Bio- und Restabfallbehälter)
- die Verwaltungs- und Bauhofkosten, die für jedes an die Abfallentsorgung der Gemeinde angeschlossene Grundstück anfallen (nur Restabfallbehälter)
- die für die Papiertonne anfallenden Kosten (nur Restabfallbehälter)

Der Volumen-Betrag enthält die in einem Verhältnis zum Umfang des genutzten Behältervolumens stehenden Kosten:

- Entsorgungskosten für Restmüll und Bioabfall
- Kosten der zusätzlichen Entsorgungs- und Verwertungsangebote, die in der Entsorgungsgrundgebühr des Kreises enthalten sind (einschließlich verrechneter Verwertungserlöse) und für die keine kostendeckenden Sondergebühren erhoben werden (nur Restabfallbehälter)

Der Gebührensatz für den jeweils angemeldeten Abfallbehälter errechnet sich aus dem Behältersockelbetrag und dem volumenbezogenen Betrag.

Die Verteilung des Ausgleichsbetrages aus dem Jahr 2014 und 2015 erfolgt entsprechend der bei der Gebührenberechnung für das Jahr 2014/15 verwendeten Maßstäbe (siehe Anlage zur Verteilung der Überschuss-/Unterdeckungsbeträge 2014 und 2015).

Die dargestellte Umrechnung der Kosten und Erlöse sowie des Ausgleichsbetrages auf die einzelnen Gebührentarife führt zu geringfügigen Anpassungen gegenüber den bisher gültigen Gebührensätzen. Bei den Restabfallbehältern ergibt sich eine Veränderung zwischen +1,50 % und -0,24 %. Die Gebührensätze der Biotonnen verringern sich um -1,28 % und -2,37 %.

Umrechnung der Kosten / Erlöse 2018 (Füllgrad: Restmüll 240 l - 100%, Biomüll, 240 l - 100%)

| Kostenarten | Ges.-Gebühr € | Restmülltonne | | | | | | Biotonne | | | | €/Grundstck. |
|----------------------------------|-------------------|---------------|--------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--------------|--------------|---------------|--------------|--------------|
| | | 80 l | | 120 l | | 240 l | | 120 l | | 240 l | | |
| | | €/St. | €/Vol. | €/St. | €/Vol. | €/St. | €/Vol. | €/St. | €/Vol. | €/St. | €/Vol. | |
| Kostenarten | | | | | | | | | | | | |
| Transport / Sammlung | | | | | | | | | | | | |
| Restmüll | 86.709,47 | 21,57 | | 21,57 | | 22,04 | | | | | | |
| Bioabfall | 69.062,36 | | | | | | | 21,57 | | 22,04 | | |
| Behälterkosten | 29.750,00 | 4,14 | | 4,14 | | 4,14 | | 4,14 | | 4,14 | | |
| Biotonnenkontrollen | 10.000,00 | | | | | | | 3,14 | | 3,14 | | |
| Prüfung Rückfahrverbot | 10.000,00 | 1,39 | | 1,39 | | 1,39 | | 1,39 | | 1,39 | | |
| Papier | 54.540,97 | 13,60 | | 13,60 | | 13,60 | | | | | | |
| Spermmüll | 2.698,92 | | 0,51 | | 0,76 | | 1,52 | | | | | |
| wilder Müll / Straßenpapierk. | 0,00 | | 0,00 | | 0,00 | | 0,00 | | | | | |
| Kühlergeräte/Haushaltsgroßgeräte | 39,45 | | 0,01 | | 0,01 | | 0,02 | | | | | |
| Restmüllsäcke | 179,10 | | 0,03 | | 0,05 | | 0,10 | | | | | |
| Summe | 262.980,27 | 40,70 | 0,55 | 40,70 | 0,82 | 41,17 | 1,64 | 30,25 | 0,00 | 30,71 | 0,00 | 0,00 |
| Entsorgung / Verwertung | | | | | | | | | | | | |
| Entsorgungsgrundgebühr | 129.363,00 | 0,00 | 24,21 | 0,00 | 36,32 | 0,00 | 72,64 | | | | | |
| Restmüll | 236.180,00 | | 44,20 | | 66,31 | | 132,61 | | | | | |
| Spermmüll | 12.300,00 | | 2,30 | | 3,45 | | 6,91 | | | | | |
| Bioabfall | 153.750,00 | | | | | | | 36,96 | | 73,92 | | |
| Grün- und Strauchschnitt | 0,00 | | 0,00 | | 0,00 | | 0,00 | | | | | |
| Separate Systeme | 0,00 | | 0,00 | | 0,00 | | 0,00 | | | | | |
| Schadstoffe, Kühlergeräte | | | | | | | | | | | | |
| PPK, E - Schrott | | | | | | | | | | | | |
| wilder Müll / Straßenpapierk. | 4.000,00 | | 0,75 | | 1,12 | | 2,25 | | | | | |
| Summe | 635.673,00 | 0,00 | 71,47 | 0,00 | 107,20 | 0,00 | 214,41 | 0,00 | 36,96 | 0,00 | 73,92 | 0,00 |
| Verwaltung | | | | | | | | | | | | |
| Personalkosten | 35.949,11 | 8,96 | | 8,96 | | 8,96 | | | | | | |
| Verwaltungsgemeinkosten | 7.189,82 | 1,79 | | 1,79 | | 1,79 | | | | | | |
| EDV - Kosten | 5.392,37 | 1,34 | | 1,34 | | 1,34 | | | | | | |
| Sonstiges | 3.000,00 | 0,75 | | 0,75 | | 0,75 | | | | | | |
| Bauhofleistungen | 21.881,65 | 5,46 | | 5,46 | | 5,46 | | | | | | |
| Summe | 73.412,95 | 18,31 | 0,00 | 18,31 | 0,00 | 18,31 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Sonstiges | | | | | | | | | | | | |
| Mehrwertsteuern | | | | | | | | | | | | |
| Nebentgelt DSD | 2.090,36 | | 0,39 | | 0,59 | | 1,17 | | | | | |
| Summe | 2.090,36 | 0,00 | 0,39 | 0,00 | 0,59 | 0,00 | 1,17 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Summe Kosten | 874.056,58 | 59,01 | 72,41 | 59,01 | 108,61 | 59,48 | 217,22 | 30,25 | 36,96 | 30,71 | 73,92 | |
| Erlösarten | | | | | | | | | | | | |
| Nebentgelte DSD | 13.092,26 | | 2,45 | | 3,68 | | 7,35 | | | | | |
| Restmüllsäcke | 360,00 | | 0,07 | | 0,10 | | 0,20 | | | | | |
| Spermmüll | 5.250,00 | | 0,98 | | 1,47 | | 2,95 | | | | | |
| Kühlergeräte/Haushaltsgroßgeräte | 30,00 | | 0,01 | | 0,01 | | 0,02 | | | | | |
| 1.100 l Papiercontainer | 1.755,42 | 0,44 | | 0,44 | | 0,44 | | | | | | |
| Summe | 20.487,68 | 0,44 | 3,51 | 0,44 | 5,28 | 0,44 | 10,52 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Gebühr (Kosten - Erlöse) | 853.568,90 | 58,57 | 68,90 | 58,57 | 103,35 | 59,04 | 206,70 | 30,25 | 36,96 | 30,71 | 73,92 | 0,00 |
| Überdeckung 2014 | 514,08 | 0,02 | 0,05 | 0,02 | 0,08 | 0,02 | 0,15 | 0,02 | 0,02 | 0,02 | 0,05 | |
| Überdeckung 2015 | 21.973,24 | 1,34 | 1,93 | 1,34 | 2,90 | 1,34 | 5,80 | 0,61 | 1,05 | 0,61 | 2,10 | |
| Gebühr 2017 | 831.081,58 | 124,13 | | 157,59 | | 258,43 | | 85,51 | | 101,86 | | |

4. Gebührenvergleich 2017 - 2018

| | | | | | | Grundstücks- gebühr |
|----------------------------------|---------------|----------|----------|----------|----------|------------------------|
| | Restmülltonne | | | Biotonne | | |
| | 80 | 120 | 240 | 120 | 240 | |
| 2017 | | | | | | |
| | 122,30 € | 156,37 € | 259,05 € | 66,36 € | 104,33 € | 0,00 € |
| 2018 | | | | | | |
| | 124,13 € | 157,59 € | 258,43 € | 65,51 € | 101,86 € | 0,00 € |
| Vergleich 2017 - 2018 | | | | | | |
| | 1,83 € | 1,22 € | -0,62 € | -0,85 € | -2,47 € | 0,00 € |
| | 1,50% | 0,78% | -0,24% | -1,28% | -2,37% | 0,00% |

Vorkalkulation

| Kostenarten | € | Restmüllsacke | | | | Sperrmüll | | | | Kühlergeräte/Haushaltsgroßgeräte | | | | 1.100 l Papiercontainer | | | |
|-----------------------------------|-------------------|---------------|-------------------|-----------------------|-------------|------------------|------------|-----------------------|-----|----------------------------------|----------|---------------------|-----|-------------------------|----------------|---------------------|-----|
| | | Anteil | Summe | Umrechnung Volumen | €/Sack | Anteil | Summe | Umrechnung Volumen | €/l | Anteil | Summe | Umrechnung Stück | €/l | Anteil | Summe | Umrechnung Stück | €/l |
| Transport / Sammlung | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Restmüll | 86.709,47 | 100 | 86.709,47 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Bioabfall | 69.062,36 | 100 | 69.062,36 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Behälterkosten | 29.750,00 | 0 | 0,00 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Biotonnenkontrollen | 10.000,00 | 0 | 0,00 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Papier | 54.540,97 | 100 | 54.540,97 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | 100 | 54.540,97 | | | |
| Sperrmüll | 2.698,92 | 100 | 2.698,92 | | 100 | 2.698,92 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Kühlergeräte, Haushaltsgroßgeräte | 39,45 | 100 | 39,45 | | | 0,00 | | | | 100 | 39,45 | | | 0,00 | | | |
| Restmüllsacke | 179,10 | 100 | 179,10 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| wilder Müll / Straßenpapierk. | 0,00 | 100 | 0,00 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Summe | 252.980,27 | | 213.230,27 | | | 2.698,92 | | | | 39,46 | | | | 54.540,97 | | | |
| Entsorgung / Verwertung | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Entsorgungsgrundgebühr | 129.363,00 | 100 | 129.363,00 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Restmüll | 236.160,00 | 100 | 236.160,00 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Sperrmüll | 12.300,00 | 100 | 12.300,00 | | 100 | 12.300,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Bioabfall | 153.750,00 | 100 | 153.750,00 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Separate Systeme | 0,00 | 100 | 0,00 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| PPK, E - Schrott | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Schadstoffe, Kühlergeräte | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| wilder Müll / Straßenpapierk. | 4.000,00 | 100 | 4.000,00 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Summe | 535.573,00 | | 535.573,00 | | | 12.300,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Verwaltung | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Personalkosten | 35.949,11 | 100 | 35.949,11 | | 3 | 1.076,47 | | | | 0,5 | 179,75 | | | 1 | 359,49 | | |
| Verwaltungsgemeinkosten | 7.169,82 | 100 | 7.169,82 | | 3 | 215,69 | | | | 0,5 | 35,85 | | | 1 | 71,90 | | |
| EDV-Kosten | 5.392,37 | 100 | 5.392,37 | | 3 | 161,77 | | | | 0,5 | 26,96 | | | 1 | 53,92 | | |
| Sonstiges | 3.000,00 | 100 | 3.000,00 | | 3 | 90,00 | | | | 0,5 | 15,00 | | | 1 | 30,00 | | |
| Bauhofleistungen | 21.881,65 | 100 | 21.881,65 | | 3 | 656,45 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Summe | 73.412,95 | | 73.412,95 | | | 2.202,39 | | | | 257,86 | | | | 615,31 | | | |
| Sonstiges | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Mehrwertsteuern | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Nebenergelt DSD | 2.090,36 | 100 | 2.090,36 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Summe | 2.090,36 | | 2.090,36 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Erlösarten | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Nebenergelt DSD | 13.092,26 | 100 | 13.092,26 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Summe | 13.092,26 | | 13.092,26 | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | | 0,00 | | | |
| Summe (Kosten) | 850.964,32 | | 811.214,32 | 11.112,400 | 4,38 | 17.201,31 | 150 | 114,68 | | 297,11 | 3 | 99,04 | | 55.056,28 | 968.000 | 0,06 | |

Verteilungsschlüssel für Über-/Unterdeckungsbetrag nach Umrechnung der Kosten / Erlöse 2014

(Gesamtanteil der Kosten je Kostenträgerbereich und Gebührenmaßstab)

| Kostenarten | Ges. Gebühr € | Restmüll | | | Biomüll | | | Grundstücke | |
|--------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|------------------|-------------------|-------------|-------------|
| | | € ges. | €/ St. | €/Vol. | € ges. | €/ St. | €/Vol. | € ges. | €/ St. |
| Transport / Sammlung | | | | | | | | | |
| Restmüll | 84.963,60 | 84.963,60 | 84.963,60 | | | | | | |
| Bioabfall | 66.138,20 | | | 66.138,20 | 66.138,20 | | | | |
| Papier | 54.932,02 | 54.932,02 | 27.466,01 | 27.466,01 | | | | | |
| Sperrmüll | 3.034,50 | 3.034,50 | | 3.034,50 | | | | | |
| Schadstoffe | 0,00 | 0,00 | | 0,00 | | | | | |
| Kühlggeräte/Haushaltsgrößgeräte | 13,04 | 13,04 | | 13,04 | | | | | |
| Restmüllsäcke | 895,50 | 895,50 | 895,50 | | | | | | |
| Weihnachtsbäume | 0,00 | 0,00 | | 0,00 | | | | | |
| Summe | 208.976,66 | 143.838,66 | 113.325,11 | 30.513,55 | 66.138,20 | 66.138,20 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Entsorgung / Verwertung | | | | | | | | | |
| Entsorgungsgrundgebühr | 129.544,90 | 129.544,90 | | 129.544,90 | | | | | |
| Restmüll | 231.215,40 | 231.215,40 | | 231.215,40 | | | | | |
| Sperrmüll | 13.525,08 | 13.525,08 | | 13.525,08 | | | | | |
| Bioabfall | 147.768,75 | | | 147.768,75 | 147.768,75 | | 147.768,75 | | |
| Entsorgung Strauchschnitt | 0,00 | 0,00 | | 0,00 | | | | | |
| seperate Systeme | 0,00 | 0,00 | | 0,00 | | | | | |
| PPK | | | | | | | | | |
| Schadstoffe | | | | | | | | | |
| Kühlggeräte | | | | | | | | | |
| E-Schrott | | | | | | | | | |
| wilder Müll / Straßenpapierkörbe | 1.345,60 | 1.345,60 | | 1.345,60 | | | | | |
| Summe | 623.399,73 | 375.630,98 | 0,00 | 375.630,98 | 147.768,75 | 0,00 | 147.768,75 | 0,00 | 0,00 |
| Verwaltungskosten | | | | | | | | | |
| Personalkosten | 40.547,00 | 22.833,43 | 22.833,43 | | 17.713,57 | 17.713,57 | | | |
| Verwaltungsgemeinkosten | 7.891,00 | 4.443,70 | 4.443,70 | | 3.447,30 | 3.447,30 | | | |
| EDV - Sachkosten | 5.629,00 | 3.169,89 | 3.169,89 | | 2.459,11 | 2.459,11 | | | |
| Öffentlichkeitsarbeit | 3.830,00 | 2.156,81 | 2.156,81 | | 1.673,19 | 1.673,19 | | | |
| Bauhofleistungen | | | | | | | | | |
| (Straßenpapierkörbe, wilder Müll) | 0,00 | | | | | | | | |
| Summe | 57.897,00 | 32.603,83 | 32.603,83 | 0,00 | 25.293,17 | 25.293,17 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Mehrwertsteuern | | | | | | | | | |
| Nebenerntgelte DSD | 3.614,81 | 2.035,63 | 2.035,63 | | 1.579,18 | 1.579,18 | | | |
| Erlösarten | | | | | | | | | |
| Nebenerntgelte DSD | 22.640,09 | 12.749,43 | 12.749,43 | | 9.890,66 | 9.890,66 | | | |
| Restmüllsäcke | 1.125,00 | 633,53 | 633,53 | | 491,47 | 491,47 | | | |
| Sperrmüll | 5.950,00 | 3.350,65 | 3.350,65 | | 2.599,35 | 2.599,35 | | | |
| HH-Großgeräte / Kühlggeräte | 15,00 | 8,45 | 8,45 | | 6,55 | 6,55 | | | |
| Vermischte Einnahmen | 8.770,66 | 8.770,66 | | 8.770,66 | | | | | |
| Summe | 38.500,75 | 25.512,71 | 16.742,05 | 8.770,66 | 12.988,04 | 12.988,04 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Gebühr (Kosten - Erlöse) 2014 | 756.387,65 | 528.596,38 | 131.222,51 | 397.373,87 | 227.791,27 | 80.022,52 | 147.768,75 | 0,00 | 0,00 |
| | 100,00 | 69,88 | 17,35 | 52,54 | 30,12 | 10,58 | 19,54 | 0,00 | 0,00 |

Verteilungsschlüssel für Über-/Unterdeckungsbetrag nach Umrechnung der Kosten / Erlöse 2015

(Gesamtanteil der Kosten je Kostenträgerbereich und Gebührenmaßstab)

| | Ges. Gebühr € | Restmüll | | | Biomüll | | | Grundstücke | |
|--------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|------------------|-------------------|-------------|-------------|
| | | € ges. | €/ St. | €/Vol. | € ges. | €/ St. | €/Vol. | € ges. | €/ St. |
| Kostenarten | | | | | | | | | |
| Transport / Sammlung | | | | | | | | | |
| Restmüll | 84.535,76 | 84.535,76 | 84.535,76 | | | | | | |
| Bioabfall | 66.661,30 | | | | 66.661,30 | 66.661,30 | | | |
| Papier | 43.277,85 | 43.277,85 | 43.277,85 | | | | | | |
| Spermmüll | 2.698,92 | 2.698,92 | | 2.698,92 | | | | | |
| Schadstoffe | 0,00 | 0,00 | | 0,00 | | | | | |
| Kühlgeräte/Haushaltsgroßgeräte | 65,75 | 65,75 | | 65,75 | | | | | |
| Restmüllsäcke | 696,50 | 696,50 | | 696,50 | | | | | |
| Weihnachtsbäume | 0,00 | 0,00 | | 0,00 | | | | | |
| Summe | 197.935,08 | 131.274,78 | 127.813,61 | 3.461,17 | 66.661,30 | 66.661,30 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Entsorgung / Verwertung | | | | | | | | | |
| Entsorgungsgrundgebühr | 129.256,00 | 129.256,00 | | 129.256,00 | | | | | |
| Restmüll | 233.700,00 | 233.700,00 | | 233.700,00 | | | | | |
| Spermmüll | 14.760,00 | 14.760,00 | | 14.760,00 | | | | | |
| Bioabfall | 153.750,00 | | | | 153.750,00 | 153.750,00 | | | |
| Entsorgung Strauchschutt | 0,00 | 0,00 | | 0,00 | | | | | |
| seperate Systeme | 0,00 | 0,00 | | 0,00 | | | | | |
| PPK | | | | | | | | | |
| Schadstoffe | | | | | | | | | |
| Kühlgeräte | | | | | | | | | |
| E-Schrott | | | | | | | | | |
| wilder Müll / Straßenpapierkörbe | 1.600,00 | 1.600,00 | | 1.600,00 | | | | | |
| Summe | 533.066,00 | 379.316,00 | 0,00 | 379.316,00 | 153.750,00 | 0,00 | 153.750,00 | 0,00 | 0,00 |
| Verwaltungskosten | | | | | | | | | |
| Personalkosten | 33.610,00 | 33.610,00 | 33.610,00 | | | | | | |
| Verwaltungsgemeinkosten | 6.810,00 | 6.810,00 | 6.810,00 | | | | | | |
| EDV - Sachkosten | 5.335,00 | 5.335,00 | 5.335,00 | | | | | | |
| Öffentlichkeitsarbeit | 3.000,00 | 1.680,52 | 1.680,52 | | 1.319,48 | 1.319,48 | | | |
| Bauhofleistungen | | | | | | | | | |
| (Straßenpapierkörbe, wilder Müll) | 13.812,00 | 13.812,00 | 13.812,00 | | | | | | |
| Summe | 62.567,00 | 61.247,52 | 61.247,52 | 0,00 | 1.319,48 | 1.319,48 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Mehrwertsteuern | | | | | | | | | |
| Nebenergebte DSD | 2.088,63 | 2.088,63 | | 2.088,63 | | | | | |
| Erlösarten | | | | | | | | | |
| Nebenergebte DSD | 13.081,43 | 13.081,43 | | 13.081,43 | | | | | |
| Restmüllsäcke | 1.400,00 | 1.400,00 | | 1.400,00 | | | | | |
| Spermmüll | 5.250,00 | 5.250,00 | | 5.250,00 | | | | | |
| HH-Großgeräte / Kühlgeräte | 50,00 | 50,00 | | 50,00 | | | | | |
| 1.100 l Papiercontainer | 996,73 | 996,73 | | 996,73 | | | | | |
| Summe | 20.778,16 | 20.778,16 | 0,00 | 20.778,16 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Gebühr (Kosten - Erlöse) 2015 | 774.879,55 | 553.148,77 | 189.061,13 | 364.087,64 | 221.730,78 | 67.980,78 | 153.750,00 | 0,00 | 0,00 |
| | 100,00 | 71,39 | 24,40 | 46,99 | 28,61 | 8,77 | 19,84 | 0,00 | 0,00 |

Berechnung Papierabfuhr für 2018

| Behälter | Anzahl 2017 | Preis in € | MwST 19% | Summe Preis | Ges. Preis |
|--------------------------|-------------|------------|----------|-------------|------------|
| 240 | 4.107,00 | 11,44 | 2,17 | 13,61 | 13.977,76 |
| 1100 | 29,00 | 45,76 | 8,69 | 54,45 | 394,79 |
| 240 | 4.107,00 | 11,67 | 2,22 | 13,89 | 42.771,96 |
| 1100 | 29,00 | 46,68 | 8,87 | 55,54 | 1.208,07 |
| Ersatz Papierbehälter | | | | | 10.000,00 |
| | | | | | 68.352,59 |

| | Kostenanteil | EW | Preis in € | MwST 19% | Ges. Preis |
|------------|--------------|-----------|------------|----------|------------|
| Verpackung | 0,96 | 12.090,00 | 11.606,40 | 2.205,22 | 13.811,62 |

| | | | | | |
|---------------------------------|--|--|--|--|------------------|
| Gesamtsumme Papierabfuhr | | | | | 54.540,97 |
|---------------------------------|--|--|--|--|------------------|

| | | | |
|--|---|-----------------------------|----------------------------|
| Gemeinde Welper Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | | |
| | Bereich: 1.2 Finanzwirtschaft Az.: 66.26.01 Abwasser | Sachbearbeiterin: Datum: | Herr Porsche 15.11.2017 |

| | | | |
|--------------------|----------------|-----------------|----------------------|
| Bürgermeister | <i>Schmitt</i> | Allg. Vertreter | <i>15.11.17</i> |
| Fachbereichsleiter | | Sachbearbeiter | <i>Por. 15.11.17</i> |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|----------|-------------|---------------------|-----------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| HFA | <i>3</i> | oef | 29.11.2017 | <i>ohne Beschluss</i> | | | |
| Rat | <i>5</i> | oef | 13.12.2017 | | | | |
| | | | | | | | |

Betr.: Achte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Welper

Sachdarstellung zur Sitzung am 29.11.2017:

Für die Inanspruchnahme öffentlicher Abwassereinrichtungen sind Gebühren zu erheben. Nach § 6 Abs. 1 KAG NW soll das Gebührenaufkommen die voraussichtlichen, nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken.

Die Kalkulation der Abwassergebühren kann der beigelegten **Anlage 1** entnommen werden.

Erläuterungen:

Pos. 30-32 – kalkulatorische Abschreibungen

Die Abschreibungen aus der Vermögensfortschreibung für das Jahr 2018 belaufen sich auf insgesamt 621.771,00 € und wurden den jeweiligen Kostenträgern nach dem Anlagespiegel 2018 entsprechend zugeordnet.

Pos 33-35 – kalkulatorische Zinsen

Die Ermittlung der kalkulatorischen Zinsen erfolgt auf Basis der um die Abschreibungen gekürzten Anschaffungswerte (Restbuchwerte). Hierbei wird ebenso das Abzugskapital anteilig um den Anteil der Restbuchwerte an den Anschaffungswerten gemindert, so dass das Abzugskapital sich sukzessiv vermindert. Die Minderung des Abzugskapitals ergibt sich also durch das Verhältnis von kumulierten Abschreibungen und dem Anschaffungswert.

Für das Wirtschaftsjahr 2018 ergibt sich danach ein bereinigtes **Abzugskapital von 4.085.863,00 €**, das nicht verzinst werden darf (siehe hierzu „Berechnung der kalkulatorischen Kosten für das Kanalvermögen 2017“: **Anlage 2**).

Der kalkulatorische Zinssatz wurde auf **6.50 %** festgesetzt. Er wird mit dem bereinigten Restbuchwert multipliziert. Die Gesamthöhe der kalkulatorischen Zinsen beläuft sich gerundet auf insgesamt 656.581,72 €, die wiederum den jeweiligen Produkten nach dem Anlagespiegel 2018 zugeordnet wurden.

Pos. 8,9 und 27, 28 – Umlage des LV – Abwasserabgabe (SW / RW)

Die Umlage und Abgabewerte wurden der aktuellen Beitragsliste des Lippeverbandes für das Wirtschaftsjahr 2018 entnommen.

Der Lippeverbandsbeitrag beläuft sich danach auf insgesamt 516.042,00 €. Die Abwasserabgabe beträgt insgesamt 20.357,00 €.

Die Abwasserabgabe, die an das Land für das Niederschlagswasser (Pos. 29) abzuführen ist, wurde auf den Abgabewert für das Veranlagungsjahr 2017 zurückgeschrieben.

Anteil des Produkts 1120 - Klärschlamm Entsorgung

Das Verwaltungsgericht Arnsberg hat mit seinem rechtskräftigen Urteil vom 30.11.2004 – 11 K 512/04 – hierzu entschieden, dass die Art und Weise, wie die Gemeinde Welver den Lippeverbandsbeitrag auf die beiden Nutzergruppen (Kanal und Kleinkläranlagen) aufgeteilt hat, nicht dem Grundsatz der Kostenverursachung entspricht. Vielmehr hätte auf Grundlage der Gesamtheit der jährlichen Kosten für Abwasserbehandlungsanlagen und Klärschlamm beseitigung, die auf der Grundlage der Veranlagungsgrundsätze des Lippeverbandes auf die Verbandsmitglieder umgelegt werden, eine Verteilung des Verbandsbeitrags und der Schmutzwasserabgabe auf die Nutzergruppen erfolgen müssen.

Unter Anwendung der v. g. Veranlagungs- bzw. Verteilungsgrundsätze beläuft sich der Anteil des Produkts 1120 – Klärschlamm Entsorgung an den Kosten des Lippeverbandes (Beitrag, Umlage) danach auf 19.029,06 € bzw. 3.996,05 € und damit auf insgesamt 23.025,11 €.

Pos. 4 und 36 – Personalkosten, Sach- und Gemeinkosten (interne Leistungsbeziehungen)

Die Personalkosten wurden auf Basis der geplanten IST-Personalkosten des Vorjahres berechnet. Dabei wurden die Zeitanteile durch Stundenaufzeichnungen ermittelt und entsprechende Stundenverrechnungssätze gebildet.

Da die Personalkosten den jeweiligen Produkten (Schmutz- und Regenwasser) nicht eindeutig zugeordnet werden können, wurde die Verteilung der Personal-, Sach- und Gemeinkosten nach einem Verteilungsschlüssel vorgenommen, der sich aus der Zuordnung aller anderen Kosten (kalkulatorische Kosten, Betriebskosten, Abwasserabgabe in Gesamtsumme) ergibt.

Pos. 5-7 und 10-26 – Unterhaltungs- und Betriebskosten

Folgende Kosten wurden hier als Betriebs- und Unterhaltungskosten für die Kalkulation der Abwassergebühren erfasst und in den aufgeführten Einzelpositionen den jeweiligen Kostenträgern (SW und RW) zugeordnet.

- Unterhaltung von Betriebs- und Verwaltungsgebäuden incl. Instandhaltung, Erneuerung, Instandsetzung (ohne aktivierungsfähige Vermögensanteile).
- Bewirtschaftungskosten inkl. Strom, Wasser, Heizung, Abwasser, Reinigung, Versicherungen, Grundbesitzabgaben etc.
- Fahrzeug- und Unterhaltungskosten inkl. Benzin, Reparatur, Wartung, Steuer und Versicherungen
- Verwaltungskosten incl. Betriebskosten. Hierzu zählen auch die Kosten, die durch die Gebührenerhebung entstehen.

Die Einzelpositionen wurden den jeweiligen Produkthaushalten entnommen und entsprechen dem Urbudget für das Haushaltsjahr 2018. Damit ist sichergestellt, dass in die vorgenannten Kosten nur jene Betriebs- und Verwaltungskosten eingeflossen sind, die tatsächlich für die Ableitung und Reinigung des Abwassers entstehen werden.

Pos. 43 – Frischwasserverbrauch

Es wurde ein Durchschnittswert der letzten 3 Verbrauchsjahre gebildet und folglich mit **383.914 m³** kalkuliert, um die entsprechenden Entwicklungen der letzten Jahre vollumfänglich zu berücksichtigen.

Pos. 44 – abflusswirksame Fläche

Nach abgeschlossenem Selbstauskunftsverfahren und einer kompletten Einarbeitung der von den Gebührenpflichtigen vorgetragenen Flächenkorrekturen sowie der Abstimmung der abflusswirksamen Straßenflächen mit den jeweiligen Straßenbaulastträgern (Land und Kreis) beläuft sich die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende abflusswirksame Gesamtfläche auf insgesamt **1.228.942 m²**.

Kostenanteile der Mischwasserkanäle an den Kostenträgern Schmutz- und Regenwasser

Bei der getrennten Entwässerungsgebühr ist zwingend zwischen den Produkten Schmutzwasser und Regenwasser zu differenzieren. Dabei ist sicherzustellen, dass jeder dieser Leistungsbereiche nur mit solchen Kosten bzw. Kostenteilen belastet wird, die gerade mit der Ableitung und Klärung des häuslichen Schmutzwassers bzw. des Niederschlagswassers verbunden sind. Sofern Anlagen der Abwasserbeseitigung sowohl der Schmutzwasserbeseitigung als auch der Niederschlagswasserbeseitigung dienen, sind die anfallenden Anlagen- und Betriebskosten nach den Grundsätzen der Kostenverursachung auf beide Bereiche zu verteilen.

Die Verteilung der Herstellkosten der Mischwasserkanäle auf die Kostenträger Schmutzwasser- und Regenwasser ist dabei über die Berechnung einer „fiktiven Trennkanalisation“ vorzunehmen.

Die von der Rechtsprechung anerkannte Methode zur Ermittlung der anlagenbezogenen Kostenanteile von Mischwasserkanälen – die Berechnung eines sog. fiktiven Trennsystems - berechnet fiktiv für Bereiche mit Mischkanalisation, was jeweils ein Schmutz- und ein Niederschlagswasserkanal gekostet hätten und setzt diese beiden Kostenpositionen zueinander ins Verhältnis (vgl. z.B. VG Arnsberg, Urteil vom 01.10.2002, Az: 11 K 3302/00). Das ermittelte Werteverhältnis dient dann dazu, die tatsächlichen Kosten der Mischwasserkanalisation auf die Kostenpositionen Schmutz- und Niederschlagswasser zu verteilen (Lohmann in: Driehaus, Loseblatt-Kommentar zum Kommunalabgabenrecht, § 6, Rn. 692c).

Als Grundlage zur Berechnung des fiktiven Trennsystems dienen Informationen über die tatsächlich vorhandenen Mischwasserkanäle aus denen ein fiktiver Regenwasserkanal für die Straßen- und Grundstücksentwässerung und ein fiktiver Schmutzwasserkanal zur Ableitung des Schmutzwassers der bebauten Grundstücke abgeleitet wird. Da die Tiefenlage von Mischwasserkanälen im Wesentlichen durch die Kellersohle der zu entwässernden Gebäude bestimmt ist, wird für die fiktiven Schmutzwasserkanäle die Sohlhöhe der vorhandenen Mischwasserkanäle übernommen. Weil die Mischwasserkanäle für die Beseitigung großer Regenwassermengen dimensioniert wurden, wird bei der Berechnung der fiktiven Schmutzwasserkanäle eine Reduzierung der Rohrdurchmesser vorgenommen. Die fiktiven Regenwasserkanäle erhalten die gleichen Gefälle und Rohrdurchmesser wie die vorhandenen Mischwasserkanäle, so dass auf eine hydraulische Berechnung verzichtet werden kann. Ggfs. werden die vorhandenen Profile der Mischwasserkanäle für den fiktiven Regenwasser-

kanal überprüft. Schließlich wird die Höhenlage der Regenwasserkanäle überprüft und die Regenwasserkanäle ggfs. angehoben.

Das Ergebnis der Berechnung des fiktiven Trennsystems ist dann ein Kostenverhältnis von anteiligen Schmutzwasserkosten zu anteiligen Regenwasserkosten, mit dem die tatsächlichen Kosten des Kanalnetzes auf die Kostenträger verteilt werden.

Das Ing.-Büro APS aus Schwerte wurde im Frühjahr 2011 mit der Begutachtung zur Ermittlung eines Verteilerschlüssels für die Schmutz- und Regenwasserbaukostenanteile der Mischwasserkanalisation nach den v. g. Vorgaben beauftragt. Nach dem Gutachten vom 02.03.2011 verteilen sich die Baukostenanteile der vorhandenen Mischwasserkanäle auf das fiktive Trennsystem mit 44,80 % auf das Schmutzwasser und mit 55,20 % auf das Regenwasser.

Bei der Kalkulation wurde das v. g. prozentuale Verteilungsverhältnis auf die Zuordnung der Herstellungskosten der Mischwasserkanäle auf die Kostenträger Schmutzwasser- und Regenwasser angewandt.

Pos. 39-40 – Über- und Unterdeckung aus Betriebsergebnis 2014

Nach § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG NRW stehen nach Ablauf der betreffenden Kalkulationsperiode vier Jahre zum Ausgleich von Über- bzw. Unterdeckungen aus der festgestellten Betriebsabrechnung zur Verfügung.

Danach hat sich in dem Betriebsergebnis 2014 eine Überdeckung von insgesamt 119.874,05 € ergeben. Nach Abwägung der zukünftigen Entwicklung des Gebührenhaushalts und unter der Maßgabe einer Vermeidung von Gebührensprüngen sowie unter Abwägung der finanzwirtschaftlichen Situation der Gemeinde Welver wird vorgeschlagen, den Überschuss aus dem Betriebsergebnis 2014 i. H. v. 119.874,05 Euro (SW 62.674,46 Euro und RW 57.403,59 Euro) vollumfänglich in die Gebührenkalkulation 2018 einzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat,

1. die Berechnungsgrundlagen der vorliegenden Abwassergebührenkalkulation zu billigen und für das Haushaltsjahr 2018
 - a) die **Schmutzwassergebühr** auf **3,35 €/m³** Abwasser und
 - b) die **Niederschlagswassergebühr** auf **0,87 €/m²** bebauter (bzw. überbauter) und/oder befestigter sowie abflusswirksamer Fläche festzusetzen.
2. Die Achte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Welver zu beschließen.

Kalkulation der Abwassergebühren 2018

| Pos. | Konto-Nr. | Bezeichnung | insgesamt [EUR] | SW [EUR] | RW [EUR] |
|------|-----------|--|----------------------|---------------------|---------------------|
| | | Erträge | | | |
| 1 | 4811 | Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (Anteil LV aus Produkt 1120) | -23.025,11 | -23.025,11 | - |
| 2 | | Gesamterträge | -23.025,11 | -23.025,11 | - |
| | | Aufwendungen | | | |
| 3 | | | | | |
| 4 | 5011-5032 | Personalkosten | 200.194,00 | 111.007,57 | 89.186,43 |
| 5 | 5211 | Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (RW) | 20.000,00 | - | 20.000,00 |
| 6 | 5211 | Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SW) | 20.000,00 | 20.000,00 | - |
| 7 | 5211 | Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (MW) | 180.000,00 | 80.640,00 | 99.360,00 |
| 8 | 523302 | Lippeverbandsbeitrag SW | 461.737,00 | 461.737,00 | - |
| 9 | 523302 | Lippeverbandsbeitrag RW | 54.305,00 | - | 54.305,00 |
| 10 | 524102 | Versicherungsaufwendungen für Grundstücke und bauliche Anlagen (SW) | 500,00 | 500,00 | - |
| 12 | 524104 | Stromaufwendungen (SW) | 36.000,00 | 36.000,00 | - |
| 13 | 524104 | Stromaufwendungen (MW) | 100.000,00 | 44.800,00 | 55.200,00 |
| 14 | 524105 | Wasseraufwendungen (Frischwasser) (SW) | 600,00 | 600,00 | - |
| 15 | 524105 | Wasseraufwendungen (Frischwasser) (MW) | 1.200,00 | 537,60 | 662,40 |
| 16 | 524109 | Wartungsaufwendungen für Brandmelde-, Blitzschutz-, Alarmanlagen etc. | 10.600,00 | 10.600,00 | - |
| 17 | 524199 | Sonstige Bewirtschaftungsaufwendungen (MW) | 3.200,00 | 1.433,60 | 1.766,40 |
| 18 | 525102 | Instandsetzungsaufwendungen, Materialaufwendungen, Ersatzteile etc. (MW) | 2.000,00 | 896,00 | 1.104,00 |
| 20 | 525103 | Kfz.-Versicherungen, Kfz.-Steuer (MW) | 1.000,00 | 448,00 | 552,00 |
| 21 | 543102 | Fermmeldeaufwendungen (SW) | 600,00 | 600,00 | - |
| 22 | 543108 | Mitgliedsbeiträge (MW) | 300,00 | 134,40 | 165,60 |
| 23 | 543108 | Mitgliedsbeiträge (SW) | 2.700,00 | 2.700,00 | - |
| 24 | 5441 | Steuern, Versicherungen, Schadenfälle (SW) | 3.400,00 | 3.400,00 | - |
| 25 | 5441 | Steuern, Versicherungen, Schadenfälle (RW) | 1.000,00 | - | 1.000,00 |
| 26 | 5441 | Steuern, Versicherungen, Schadenfälle (MW) | 7.500,00 | 3.360,00 | 4.140,00 |
| 27 | 544101 | Abwasserabgabe SW (Umlage LV) | 18.243,94 | 18.243,94 | - |
| 28 | 544101 | Abwasserabgabe RW (Umlage LV) | 2.113,06 | - | 2.113,06 |
| 29 | 544101 | Abwasserabgabe an das Land (RW) | 26.300,00 | - | 26.300,00 |
| 30 | 5711 | kalkulatorische Abschreibungen (SW) | 144.195,00 | 144.195,00 | - |
| 31 | 5711 | kalkulatorische Abschreibungen (RW) | 190.034,00 | - | 190.034,00 |
| 32 | 5711 | kalkulatorische Abschreibungen (MW) | 287.542,00 | 126.818,82 | 158.723,18 |
| 33 | 5711 | kalkulatorische Zinsen (SW) | 107.734,98 | 107.734,98 | - |
| 34 | 5711 | kalkulatorische Zinsen (RW) | 193.385,30 | - | 193.385,30 |
| 35 | 5711 | kalkulatorische Zinsen (MW) | 355.461,44 | 159.246,73 | 196.214,72 |
| 36 | 5811 | Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | 62.074,00 | 34.420,03 | 27.653,97 |
| 37 | | Gesamtaufwendungen | 2.470.894,61 | 1.349.028,56 | 1.121.866,05 |
| 38 | | Gebührenbedarf | | 1.349.028,56 | 1.121.866,05 |
| 39 | | Überdeckung aus Betriebsergebnis 2014 hier von 70% | | -62.470,46 | - |
| 40 | | Unterdeckung aus Betriebsergebnis 2014 100% | | - | -57.403,59 |
| 42 | | bereinigter Gebührenbedarf | | 1.286.558,10 | 1.064.462,46 |
| 43 | | Frischwasserverbrauch (cbm) | | 383.914,00 | |
| 44 | | abflusswirksame Fläche (qm) | | | 1.228.942,00 |
| 45 | | Abwassergebühr je cbm Frischwasserverbrauch | | 3,35 | |
| 46 | | Abwassergebühr je qm abflusswirksamer Fläche | | | 0,87 |

Berechnung der kalkulatorischen Kosten für das Kanalvermögen 2018

Anlage 2

| Jahr | Anschaffungswerte | Abschreibungswerte | Restbuchwerte | bereinigtes Abzugskapital | bereinigter RBW | Abschreibungen im Wirtschaftsjahr | Kalkulatorische Zinsen | Kalkulat. Zinssatz |
|------|-------------------|--------------------|-----------------|---------------------------|-----------------|-----------------------------------|------------------------|--------------------|
| 2018 | 34.103.802,18 € | 19.916.681,91 € | 14.187.120,27 € | 4.085.863,00 € | 10.101.257,27 € | 621.771,00 € | 656.581,72 € | 6,50% |

| | | | | | | | | | |
|------|-----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------------|--------------|-------|----|
| 2018 | 10.503.260,17 € | 6.360.334,66 € | 4.142.925,51 € | 1.167.767,00 € | 2.975.158,51 € | 190.034,00 € | 193.385,30 € | 6,50% | RW |
| 2018 | 8.395.135,50 € | 6.040.967,34 € | 2.354.168,16 € | 696.707,00 € | 1.657.461,16 € | 144.195,00 € | 107.734,98 € | 6,50% | SW |
| 2018 | 15.205.406,51 € | 7.515.379,91 € | 7.690.026,60 € | 2.221.389,00 € | 5.468.637,60 € | 287.542,00 € | 355.461,44 € | 6,50% | MW |

**Achte Satzung
zur Änderung der
Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
der Gemeinde Welver
vom XX.12.2017**

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zurzeit gültigen Fassung, der § 1, 2, 4, 6 bis 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), in der zurzeit gültigen Fassung und des § 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), in der zurzeit gültigen Fassung, in Verbindung mit der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Gemeinde Welver vom 28.10.1997, in der zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Gemeinde Welver in seiner Sitzung am XX.12.2017 die folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Welver vom 20.10.2011 wird im Einzelnen wie folgt geändert:

§ 4 Abs. 11 erhält folgende Fassung:

(11) Die Gebühr beträgt je m³ Schmutzwasser **3,35 €**.

§ 5 Abs. 9 erhält folgende Fassung:

(9) Die Gebühr beträgt für jeden Quadratmeter bebauter (bzw. überbauter) und/oder befestigter sowie abflusswirksamer Fläche i.S.d. Abs. 1 **0,87 €**.

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2018 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder

- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde Welper vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

59514 Welper, den
Az.: 1.2 - 66 26.03/3

Der Bürgermeister

- Schumacher -

| | | |
|--|----------------------------|---|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | |
| | Bereich: 3 Az.:66-26-24 | Sachbearbeiterin: Frau Heß Datum: 14.11.2017 |

| | | | |
|------------------------|---------------|--------------------|---------------|
| Bürgermeister | <i>S. Heß</i> | Allg. Vertreter | <i>J. Heß</i> |
| Fachbereichsleiter/ in | <i>H. Heß</i> | Sachbearbeiter/ in | <i>H. Heß</i> |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----|-------------|---------------------|-----------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| HFA | 4 | oef | 29.11.2017 | <i>ohne Beschluss</i> | | | |
| RAT | 6 | oef | 13.12.17 | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Welver über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen

hier: Kalkulation der Kleininleiterabgabe 2018

Sachdarstellung zur Sitzung am 29.11.2017:

-Siehe beigefügte Kalkulation der Kleininleiterabgabe für das Haushaltsjahr 2018!-

Im Jahr 2017 betrug die Kleininleiterabgabe 42,02 EUR pro Person.

Im Jahr 2018 erhöht sich die Kleininleiterabgabe um 0,59 EUR auf 42,61 EUR. Die geringfügige Steigerung begründet sich durch allgemeine Kostensteigerungen. Bei der Kalkulation wurde angenommen, dass die Anzahl der betreffenden Personen mit voraussichtlich 28 Kleininleitern bis zum Stichtag 30.06.2018 annähernd konstant bleiben wird.

Die Dokumentation der Arbeitszeit zeigte auf, dass der Zeitaufwand für die Erhebung der Kleininleiterabgabe 1,0 % einer Vollzeitstelle ausmacht. Da in 2018 von keinem Rückgang der Anzahl der Kleininleiter ausgegangen wird, wird der entsprechende Zeitaufwand für 2018 gleichbleibend mit 1,0 % angesetzt.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Kalkulation zu billigen und die Kleininleiterabgabe für das Haushaltsjahr 2018 auf **42,61 Euro** pro Person festzusetzen.

Gemeinde Welper

Der Bürgermeister

Az.: 66-26-24

59514 Welper, 14.11.2017

KALKULATION
der Kleineinleiterabgabe 2018
(UA 703)

I. Abwasserabgabe für Kleineinleitungen

Im Gemeindegebiet Welper entwässern voraussichtlich im Jahr 2018 ca. 29 Einwohner über eine **nicht** DIN-gerechte Kleinkläranlage ihr häusliches Abwasser. Diese Anlagen leiten auch nicht durch einen Bürgermeisterkanal ein.

Nach § 1 AbwAG ist für das Einleiten von Abwasser in ein Gewässer eine Abgabe zu entrichten. Die Abwasserabgabe für das Einleiten von Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnlichem Schmutzwasser (Kleineinleitungen) wird gem. § 8 Abs. 1 AbwAG ermittelt. Danach beträgt die Zahl der Schadeinheiten die Hälfte der Zahl der nicht an die Kanalisation angeschlossenen Einwohner. Die Einleitung wäre gem. § 8 Abs. 2 AbwAG abgabefrei, wenn der Bau der Abwasserbehandlungsanlage mindestens den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht und die ordnungsgemäße Schlammabfuhr sichergestellt ist.

Der Abgabesatz beträgt gem. § 9 Abs. 4 AbwAG 35,79 € pro Schadeinheit (SE).

Gemäß den Bestimmungen des Landeswassergesetzes NRW wälzt die Gemeinde Welper die Abgabe im Rahmen der Erhebung von Gebühren auf die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der Grundstücke ab.

Berechnung:

28 Einwohner : 2 = 14 SE x 35,79 € = 501,06 €

II. Abwasserabgabe insgesamt:

| | | |
|-------------------------------------|---|------------|
| Abwasserabgabe f. Kleineinleitungen | + | 501,06 € |
| Personalkosten | + | 495,91 € |
| Gemeinkosten | + | 97,00 € |
| Sachkosten | + | 99,18 € |
| | | ----- |
| | | 1.193,15 € |
| | | ===== |

III. Berechnung der Kleineinleiterabgabe:

1.193,15 € Kleineinleiter Gesamtkosten : 28 Einwohner = 42,61 €

Für das Jahr 2018 entfallen **42,61 €** pro Einwohner an Kleineinleiterabgabe.

| | | |
|--|-----------------------------|---|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | |
| | Bereich: 3 Az.: 66-24-00 | Sachbearbeiterin: Frau Heß Datum: 14.11.2017 |

| | | | |
|------------------------|------------------------|--------------------|---------------|
| Bürgermeister | <i>Schm 16.11.17</i> | Allg. Vertreter | <i>J. Heß</i> |
| Fachbereichsleiter/ in | <i>H. Heß 16.11.17</i> | Sachbearbeiter/ in | <i>J. Heß</i> |

| Beratungsfolge | Top | oeff/ noe | Sitzungs-termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|----------|------------|-------------------|-----------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| HFA | <i>5</i> | oef | 29.11.2017 | <i>ohne Beschluss</i> | | | |
| RAT | <i>7</i> | <i>oef</i> | <i>13.12.2017</i> | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Welver über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen

Sachdarstellung zur Sitzung am 29.11.2017:

-Siehe beigefügte Kalkulation der Benutzungsgebühr für die Haushaltsjahre 2018 bis 2020!-

Mit der Einführung des 3-Jahres-Rhythmus für die Entleerung DIN-gerechter Kleinkläranlagen im Jahr 2012 änderten sich auch die jährlich aufkommenden Abfuhrmengen, die eine wesentliche Kalkulationsgrundlage für die Benutzungsgebühr darstellen. Mittlerweile zeichnet sich auch bei den Abfuhrmengen ein gut erkennbares 3-Jahres-Intervall ab. So war 2012 ein schwaches, 2013 ein mittleres und 2014 ein starkes Abfuhrjahr. Tendenziell wiederholte sich dieses Intervall gleichermaßen für den Zeitraum 2015 bis 2017. Somit ist zu erwarten, dass erst die Betrachtung der folgenden Jahre 2018 bis 2020 zu einem belastbaren Abfuhrmittelwert führen wird. Aus diesem Grunde wird verwaltungsseitig vorgeschlagen, die Kalkulation grundsätzlich auf einen 3-Jahres-Rhythmus umzustellen und bei der anstehenden Kalkulation den Zeitraum 2018 bis 2020 zu berücksichtigen.

In den Jahren 2016 und 2017 betrug die Benutzungsgebühr 43,89 EUR je cbm abgefahrener Grubeninhalts.

Im Jahr 2018 erhöht sich die Gebühr gemäß der beigefügten 3-Jahres-Kalkulation um 5,98 EUR auf 49,87 EUR je cbm. Dies begründet sich im Wesentlichen aus der Ermittlung der schwankenden Abfuhrmengen des alten Kalkulationszeitraumes (2015 = schwach; 2016 = mittel; 2017 = stark), aus leicht gestiegenen Personal- und Lippeverbandskosten, sowie aus der anzurechnenden Unterdeckung der Nachkalkulationen aus den Vorjahren.

Sollte hingegen bei der 2-Jahres-Kalkulation geblieben werden, könnte mit 2018 und 2019 „nur“ mit einem schwachen und einem mittleren Jahr hinsichtlich der Abfuhrmengen gerechnet werden. Das würde bei ansonsten gleichen Parametern zu einer weiteren Steigerung um 4,53 € (54,40 €) führen.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat,

1. zu beschließen, dass die Kalkulation der Benutzungsgebühr für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen zukünftig grundsätzlich auf einen 3-Jahres-Zeitraum gerichtet ist,
2. die beigefügte Kalkulation zu billigen und die Benutzungsgebühr für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen für die Haushaltsjahre 2018 bis 2020
 - a.) bei Kleinkläranlagen auf **49,87 EUR** je cbm abgefahrenen Grubeninhalts festzusetzen
 - b.) die Kleineinleiterabgabe für das Haushaltsjahr 2018 auf **42,61 EUR** pro Person festzusetzen und
3. die zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen in der Gemeinde Weiver zu beschließen.

**Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung
der Satzung der Gemeinde Welver
über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen
vom**

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. S. 666), des § 18 a des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.11.1996 (BGBl. I S. 1695), der §§ 51, 53, 65, 73 und 161 a des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV. NW. S. 926), des § 15 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz - KrW-/AbfG) vom 27.09.1994 (BGBl. I S. 2705) der §§ 2, 4, 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV. NW. S. 712) – in der jeweils gültigen Fassung – hat der Rat der Gemeinde Welver in seiner Sitzung am 13.12.2017 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Satzung der Gemeinde Welver über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen vom 12.12.1996 wird im Einzelnen wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

- (1) Die Benutzungsgebühr für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen beträgt bei Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben **49,87 €** je Kubikmeter abgefahrenen Grubeninhaltes.

§ 11 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

- (4) Die Kleineinleiterabgabe beträgt je Einwohner **42,61 €** im Jahr.

§ 2

Diese Änderungsatzung tritt **zum 01.01.2018** in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde Welver vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

59514 Welver, den

GEMEINDE WELVER
Der Bürgermeister

-Schumacher-

Kalkulation der Benutzungsgebühr

| Zeile | | 2018 | 2019 | 2020 |
|-------|--|--------------|--------------|--------------|
| 1 | Schlammaufkommen aus Din-gerechten KK-Anlagen m³ | 700 m³ | 990 m³ | 1.300 m³ |
| 2 | Schlammaufkommen aus nicht Din-gerechten KK-Anlagen m³ | 80 m³ | 80 m³ | 80 m³ |
| 3 | Schlammaufkommen aus abflusslosen Gruben m³ | 415 m³ | 415 m³ | 415 m³ |
| 4 | Gesamtsummen Schlammanteil zur Grundstücksentwässerung m³ | 4.475 m³ | | |
| 5 | Anteil Lippeverbandskosten pro Jahr in € | 23.025,11 € | 24.176,00 € | 25.389,00 € |
| 6 | Anteilige Lippeverbandskosten pro Kalkulationszeitraum | 72.590,11 € | | |
| 7 | Anteilige Lippeverbandskosten pro m³ Schlammreinigung €/m³ | 16,2213 €/m³ | | |
| 8 | Gesamtpersonalkosten (100 %) | 69.209,00 € | 70.593,00 € | 72.005,00 € |
| 9 | Prozentualer Verwaltungs-kostenanteil in % | 31 % | 31 % | 31 % |
| 10 | Anteilige Verwaltungskosten pro Jahr | 21.454,79 € | 21.883,83 € | 22.321,55 € |
| 11 | Anteilige Verwaltungskosten pro Kalkulationszeitraum | 65.660,17 € | | |
| 12 | Anteilige Verwaltungskosten pro m³ Schlammreinigung | 14,6727 €/m³ | | |
| 13 | Abfuhrkosten pro m³ Schlammreinigung pro Jahr €/m³ | 16,5400 €/m³ | 16,5400 €/m³ | 16,5400 €/m³ |
| 14 | Abfuhrkosten pro m³ Schlammreinigung pro Kalkulationszeitraum | 16,5400 €/m³ | | |
| 15 | Über- und Unterdeckungsbetrag aus dem Kalkulationszeitraum 2012/2013 und 2014/2015 | 10.920,92 € | | |
| 16 | Anteiliger Unterdeckungsbetrag pro m³ Schlammreinigung €/m³ | 2,4404 €/m³ | | |
| 17 | Gebührensatz pro m³ Schlammreinigung | 49,87 €/m³ | | |

Kalkulationen der Benutzungsgebühr für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen

Erläuterungen

Die Entsorgung der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben betreibt die Gemeinde Welver seit dem 01.01.1990 als öffentliche Einrichtung.

Als Grundlage für die Gebührenerhebung hat jede Gemeinde die betriebswirtschaftlichen Kosten ihrer öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zu ermitteln. Es ist eine Kalkulation aufzustellen, die die Kosten der zu betreibenden Anlage beinhaltet und die Höhe der zu erhebenden Benutzungsgebühren nachweist.

In der Sitzung vom 19.10.2011 wurde vom Rat der Gemeinde Welver entschieden, die Entsorgung des Grubeninhaltes aus Grundstücksentwässerungsanlagen für Kleinkläranlagen die nach dem Stand der Technik betrieben werden, erfolgt nach Bedarf, jedoch mindestens alle drei Jahre. Diese Regelung unterlag zunächst einer zweijährigen erfolgreichen Testphase und wurde durch Beschluss des Rates am 16.12.2013 dauerhaft eingeführt.

Abflusslose Gruben und Anlagen, die nicht nach dem Stand der Technik betrieben werden, sind weiterhin nach Bedarf, jedoch mindestens einmal jährlich zu entleeren.

Auf schriftlichem Antrag des Grundstückseigentümers kann die Gemeinde im Einzelfall größere regelmäßige Entleerungsabstände festlegen, falls die Grundstücksentwässerungseinrichtung nach der Zahl der angeschlossenen Einwohner oder Einwohnerwerte oder nach der Benutzungsdauer erheblich unterbelastet ist. Dieses gilt nur für Kleinkläranlagen, die nach dem Stand der Technik betrieben werden.

Die Umstellung auf den mehrjährigen Abfuhrhythmus (3-jährig seit 2012) hat sich erfahrungsgemäß bewährt. Bei den meisten Grundstücksentwässerungsanlagen passt das Verhältnis Abfuhrhythmus zum Anlagenvolumen. Mittlerweile lässt sich auch anhand der Jahresabfuhrmengen ein wiederkehrender Trend erkennen. So lag die Jahresabfuhrmenge mit Einführung des 3-jährigen Abfuhrhythmus im Jahr 2012 besonders gering, stieg im Folgejahr an und erreichte ein Maximum im Jahr 2014. Dieses 3-Jahres-Intervall „schwach – mittel – stark“ wiederholte sich dann im Zeitraum 2015 bis 2017. Folglich kann mit einer 2-jährigen Kalkulation nicht mehr ein adäquater Mittelwert für das regelmäßig schwankende Klärschlammaufkommen erzielt werden sondern nur noch mit einem Kalkulationszeitraum von 3 Jahren.

Bei der Kalkulation der Benutzungsgebühr für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungseinrichtungen wurde deshalb im Einzelnen wie folgt vorgegangen:

Zeile 1-4: Schlammaufkommen

Zurzeit werden in der Gemeinde Welver 650 DIN-gerechte Anlagen, 11 nicht-DIN-gerechte Anlagen und 73 abflusslose Gruben betrieben.

Die Anzahl der zu entleerenden Anlagen im Gemeindegebiet Welver stellt sich somit im Vergleich zum Jahr 2015 (Vorjahr des letzten Kalkulationszeitraumes) mittlerweile annähernd konstant dar:

| | 2013 | 2015 | 2017 |
|----------------------------|------------|------------|------------|
| DIN-gerechte Anlagen | 679 | 648 | 650 |
| Nicht-DIN-gerechte Anlagen | 30 | 18 | 11 |
| Abflusslose Gruben | 77 | 75 | 73 |
| Gesamt | 786 | 741 | 734 |

Die bis dahin durchgeführten und ausgewerteten Entleerungen geben für den vergangenen Betrachtungszeitraum das folgende Bild:

| | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|----------------------------|--------------------------------|----------------------------|----------------------------|--------------------------------|----------------------------|----------------------------|
| DIN-gerechte Anlagen | 439 m ³ | 982 m ³ | 1283 m ³ | 685 m ³ | 962 m ³ | 1293 m ³ |
| Nicht-DIN-gerechte Anlagen | 182 m ³ | 146 m ³ | 97 m ³ | 99 m ³ | 94 m ³ | 75 m ³ |
| Abflusslose Gruben | 489 m ³ | 406 m ³ | 358 m ³ | 364 m ³ | 394 m ³ | 468 m ³ |
| Gesamt | 1.110 m³ | 1.534 m³ | 1.740 m³ | 1.142 m³ | 1.450 m³ | 1.836 m³ |
| Durchschnitt | Ø 1.461 m³/a | | | Ø 1.476 m³/a | | |

So zeigt sich im 3-Jahres-Rhythmus ein stabiler Mittelwert mit einer Abweichung von lediglich 1,0 %. Somit lässt sich das zukünftige Gesamtaufkommen wie folgt abschätzen:

| | 2018 | 2019 | 2020 |
|----------------------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| DIN-gerechte Anlagen | 700 m ³ | 990 m ³ | 1.300 m ³ |
| Nicht-DIN-gerechte Anlagen | 80 m ³ | 80 m ³ | 80 m ³ |
| Abflusslose Gruben | 415 m ³ | 415 m ³ | 415 m ³ |
| Gesamt | 1.195 m³ | 1.485 m³ | 1.795 m³ |

Zeile 5-7: Anteilige Lippeverbandskosten

Der vom Lippeverband prognostizierte Verbandsbeitrag für Schmutzwasser ist entsprechend dessen Veranlagungsgrundsätzen anteilig nach Einwohnergleichwerten zu ermitteln, wobei die Anzahl der nicht-kanalisierten Einwohner zu 20 % anzurechnen sind. Der Schmutzwasseranteil der Abwasserabgabe infolge des Zentralkläranlagenbetriebes ist hingegen gemäß dem Verhältnis der nicht-kanalisierten Einwohner zur Gesamtheit der Einwohnergleichwerte zu ermitteln.

Für das Jahr 2018 beträgt der Anteil des Verbandsbeitrages 19.029,06 € und der Anteil für die Abwasserabgabe 3.996,05 €, gesamt also 23.025,11 € anteilige Lippeverbandskosten (siehe Anlage).

Für die Jahre 2019 und 2020 liegen noch keine Daten vom Lippeverband vor. Es wird jeweils ein mittlerer Kostenanstieg von 5 % geschätzt, so dass für 2019 von anteiligen Lippeverbandskosten von rd. 24.176 € und für 2020 von 25.389 € ausgegangen wird.

Zeile 8-12: Anteilige Verwaltungskosten

Für die Inanspruchnahme von Einrichtungen und Bediensteten der allgemeinen Verwaltung haben die Kosten rechnenden Einrichtungen Verwaltungskostenbeiträge zu leisten.

Die anteiligen Verwaltungskosten werden anhand der geführten Stundennachweise in Verbindung mit dem geschätzten Aufwand pro Jahr auf der Grundlage der Gesamtpersonalkosten des zuständigen Sachbearbeiters, bestehend aus Bruttopersonalkosten, Gemeinkostenanteil und EDV-Kostenanteil ermittelt.

Im Einzelnen zeigten die Stundennachweise zuletzt einen prozentualen Anteil einer Vollzeitstelle von 31 % auf.

Auch für die nächsten Jahre wird von einem prozentualen Aufwandsanteil von rd. 31 % geschätzt. Die Kostensteigerung für die Verwaltungskosten wird für die Jahre 2019 und 2020 mit jeweils 2 % abgeschätzt.

Zeile 13-14: Abfuhrkosten

Die Kosten der Klärschlammabfuhr durch den beauftragten Fremdunternehmer sind gemäß dem Ausschreibungsergebnis aus November 2016 mit 16,54 €/m³ einschließlich aller Nebenkosten gleichbleibend stabil geblieben.

Diese Bestimmung hat seine Gültigkeit bis Ende 2020 und bedarf somit erst für das Jahr 2021 der Neuausschreibung.

Zeile 15-16: Anteiliger Unter-/Überdeckungsbetrag

Aus dem Betriebsergebnis für den Kalkulationszeitraum 2012/2013 ergab sich ein Unterdeckungsbetrag von 20.258,64 €. Dieser wurde auf die Jahre 2016, 2017 und 2018 aufgeteilt, so dass für den Kalkulationszeitraum 2018/2019 ein 1/3-Anteil, somit also 6.752,88 € belastend anzurechnen sind.

Das Betriebsergebnis aus dem Jahr 2015 weist aufgrund des schwachen Aufkommens der abgefahrenen Klärschlammmenge im Verhältnis zu den höheren Lippeverbandskosten abermals eine Unterdeckung in Höhe von 8.336,07 € aus. Dieser Betrag wird zu einem 1/2-Anteil auf den Kalkulationszeitraum 2018 bis 2020 angerechnet, also in Höhe von 4.168,04 €.

Es ergibt sich ein anzurechnender Unterdeckungsbetrag von insgesamt 6.752,88 € + 4.168,04 € = 10.920,92 €.

Ermittlung der Anteile der Lippeverbandskosten an den Entsorgungskosten für Grundstücksentwässerungsanlagen

| | | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
|----|--|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| 1 | Verbandsbeitrag Welver ohne Abwasserabgabe | 531.378,00 € | 508.617,00 € | 525.042,00 € | 480.930,00 € | 509.247,00 € | 519.475,00 € | 532.866,00 € | 535.743,00 € | 516.042,00 € |
| 2 | davon für Schmutzwasser | 485.681,00 € | 462.725,00 € | 471.451,00 € | 428.078,00 € | 455.823,00 € | 465.222,00 € | 478.782,00 € | 481.535,00 € | 461.737,00 € |
| 3 | Einwohner Welver | 12.895 | 12.721 | 12.662 | 12.540 | 12.676 | 12.590 | 12.379 | 12.572 | 12.455 |
| 4 | davon in kanalisierten Gebieten | 10.109 | 10.012 | 9.970 | 9.878 | 9.937 | 9.915 | 10.011 | 10.184 | 10.097 |
| 5 | davon in nicht-kanalisierten Gebieten | 2.786 | 2.709 | 2.692 | 2.662 | 2.739 | 2.675 | 2.368 | 2.388 | 2.358 |
| 6 | Berücksichtigungsfaktor für nicht-kanalisierte Einwohner | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,2 |
| 7 | Berücksichtigte nicht-kanalisierte Einwohner | 557 | 542 | 538 | 532 | 548 | 535 | 474 | 478 | 472 |
| 8 | zzgl. Einwohnergleichwerte aus Gewerbe in Welver | 2.743 | 1.315 | 1.837 | 431 | 744 | 815 | 1.147 | 1.869 | 884 |
| 9 | Summe der berücksichtigten Einw. u. Einwohnergleichwerte | 13.409 | 11.869 | 12.345 | 10.841 | 11.229 | 11.265 | 11.732 | 12.531 | 11.453 |
| 10 | Summe aller Einw. u. Einwohnergleichwerte | 15.638 | 14.036 | 14.499 | 12.971 | 13.420 | 13.405 | 13.526 | 14.442 | 13.339 |
| 11 | Anteil Verbandsbeitrag Schmutzwasser für nicht-kanalisierte Einwohner | 20.174,83 € | 21.130,42 € | 20.548,02 € | 21.007,08 € | 22.245,17 € | 22.094,43 € | 19.843,30 € | 18.358,34 € | 19.029,06 € |
| 12 | Abwasserabgabe Welver auf Schmutz- u. Regenwasser | 52.198,00 € | 59.502,00 € | 58.924,00 € | 52.430,00 € | 47.566,00 € | 34.261,00 € | 22.255,00 € | 55.414,00 € | 13.117,00 € |
| 13 | davon für die Allgemeinheit | 53.298,00 € | 47.382,00 € | 46.634,00 € | 40.284,00 € | 35.871,00 € | 35.540,00 € | 22.230,00 € | 19.525,00 € | 20.357,00 € |
| 14 | Abwasserabgabe gesamt Lippeverband für die Allgemeinheit | 6.220.476,00 € | 5.522.183,00 € | 5.152.407,00 € | 4.756.032,00 € | 4.168.845,00 € | 4.146.333,00 € | 2.624.042,00 € | 2.256.871,00 € | 2.256.871,00 € |
| 15 | davon für Schmutzwasser | 4.848.084,00 € | 4.722.341,00 € | 4.724.752,00 € | 4.685.712,00 € | 4.721.441,00 € | 4.473.640,00 € | 2.588.898,00 € | 2.501.911,00 € | 2.506.126,00 € |
| 16 | Anteil Abwasserabgabe Welver SW für die Allgemeinheit | 41.539,13 € | 40.519,11 € | 42.763,33 € | 39.688,38 € | 40.625,84 € | 38.345,49 € | 21.932,27 € | 21.644,93 € | 22.605,28 € |
| 17 | Anteil Abwasserabgabe Welver SW für nicht-kanalisierte Einwohner | 7.400,44 € | 7.620,34 € | 7.939,78 € | 8.746,13 € | 8.291,67 € | 7.651,93 € | 5.829,69 € | 3.579,01 € | 3.994,05 € |
| 18 | Anteil Lippeverbandskosten Welver für nicht-kanalisierte Einwohner | 27.575,27 € | 21.950,76 € | 28.486,80 € | 29.752,13 € | 30.536,84 € | 29.746,36 € | 23.183,69 € | 21.947,35 € | 23.023,11 € |

| | | | |
|--|---|-----------------------------|--------------------------|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | | |
| | Bereich: 3 Gemeindeentwicklung Az.: 67-40-00 | Sachbearbeiterin: Datum: | Frau Fuest 13.11.2017 |

| | | | |
|-----------------------|--------------------|-------------------|--------------------|
| Bürgermeister | <i>[Signature]</i> | Allg. Vertreter | <i>[Signature]</i> |
| Fachbereichsleiter/in | <i>[Signature]</i> | Sachbearbeiter/in | <i>[Signature]</i> |

| Beratungsfolge | Top | oeff/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----|-----------|------------------|-------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| HFA | 6 | oef | 29.11.2017 | ohne Beschluss | | | |
| RFT | 8 | oef | 13.12.2017 | | | | |

Gebührenkalkulation 2018 für die Benutzung der Leichenhalle Welver und die Erhebung von Benutzungsgebühren

Sachdarstellung zur Sitzung am 29.11.2017:

Siehe beigefügte Gebührenkalkulation für das Haushaltsjahr 2018!

Im Jahr 2017 betrug die Benutzungsgebühr für die Leichenhalle und den Bestattungswagen 185,00 €.

Für das Jahr 2018 kann die Benutzungsgebühr für die Leichenhalle und des Bestattungswagens auf 170,00 € herabgesetzt werden. Dies begründet sich im Wesentlichen mit der stabilen Anzahl an Beerdigungen und den Überdeckungen aus den Betriebsergebnissen der vergangenen Jahre.

Beschlussvorschlag:

- Der Rat billigt die Kalkulation für das Haushaltsjahr 2018 und beschließt, die Benutzungsgebühr für die Leichenhalle und den Bestattungswagen auf 170,00 € festzusetzen.
- Der Rat beschließt die Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Leichenhalle Welver.

**Siebzehnte Satzung zur Änderung
der Satzung über die Benutzung der Leichenhalle Welper
und die Erhebung von Benutzungsgebühren
vom**

Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NW S. 712/SGV NW 610) – in der jeweils gültigen Fassung-, hat der Rat der Gemeinde Welper in seiner Sitzung am 13.12.2017 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

§ 5 Buchstabe a der Satzung über die Benutzung der Leichenhalle in Welper und die Erhebung von Benutzungsgebühren vom 13.11.1975 erhält folgende Fassung:

Die Gebühren betragen:

- a) für die Benutzung der Leichenhalle und des Bestattungswagens auf dem Friedhof 170,00 €

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt zum 01.01.2018 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

59514 Welper, den

Der Bürgermeister

- Schumacher -

Als Grundlage für die Gebührenerhebung hat jede Gemeinde die betriebswirtschaftlichen Kosten ihrer öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zu ermitteln. Es ist eine Kalkulation aufzustellen, die die Kosten der zu betreibenden Anlagen beinhaltet und die Höhe der zu erhebenden Benutzungsgebühr nachweist. Auf dieser Grundlage wird für das Haushaltsjahr 2018 folgende

Gebührenbedarfsberechnung

durchgeführt:

A. Ermittlung der Kosten:

| | | |
|--------------------------------------|------------|------------|
| 1. Gebäudeunterhaltung | | 425,00 € |
| -kleinere Instandhaltungen- | | |
| 2. Steuern, Abgaben und Versicherung | | 320,00 € |
| 3. Bewirtschaftungskosten | | |
| a) Stromkosten | 1.300,00 € | } |
| b) Wassergeld | 300,00 € | |
| c) Reinigungskosten | 1.330,00 € | |
| | | 2.930,00 € |
| 4. Vermischte Ausgaben u.ä. | | 100,00 € |
| -Desinfektionsmittel u.a.- | | |
| 5. Kalkulatorische Abschreibung | | |
| a) Neubau 1958 | 75,00 € | } |
| b) Erweiterung 1969 | 38,00 € | |
| c) Erweiterung 1998 | 1.161,00 € | |
| d) Kühlzellen 1998 | 205,00 € | |
| e) Inneneinrichtung 1998 | 98,00 € | |
| | | 1.577,00 € |
| 6. Kalkulatorische Zinsen | | |
| a) Neubau 1958 | 113,00 € | } |
| b) Erweiterung 1969 | 58,00 € | |
| c) Erweiterung 1998 | 5.490,00 € | |
| d) Kühlzellen 1998 | 243,00 € | |
| e) Inneneinrichtung 1998 | 46,00 € | |
| | | 5.950,00 € |
| 7. Verwaltungskosten | | |
| Produkt 1330 | | |
| Personalkosten-Erstattung mit | | |
| Technikunterstützung | 1.496,00 € | } |
| Produkt 1330 | | |
| Sachkosten-Erstattung mit | | |
| Technikunterstützung | 265,00 € | 2.060,00 € |
| Produkt 1330 | | |
| Gemeinkostenerstattungen | 299,00 € | |

Summe der voraussichtlichen Kosten:

13.362,00 €

Bei der Ermittlung des **Betriebsergebnisses von 2015** ergab sich eine Überdeckung i. H. v. 433,00 €. Diese Überdeckung wird auf die Haushaltsjahre 2017, 2018 und 2019 aufgeteilt. 2017: 144,00 € (erledigt); **2018: 144,00 € (aktuell mit eingearbeitet)**; 2019: 145,00 €

Bei der Ermittlung des **Betriebsergebnisses von 2016** ergab sich eine Überdeckung i. H. v. 1.916,00 €. Diese Überdeckung wird auf die Haushaltsjahre 2017, 2018 und 2019 aufgeteilt. **2018: 638,00 € (aktuell mit eingearbeitet)**; 2019: 638,00,00 €; 2020: 640,00 €

Somit ergibt sich folgende Berechnung:

| | |
|--|--------------------|
| Summe der ermittelten Kosten: | 13.362,00 € |
| abzüglich Überdeckung aus dem Betriebsergebnis 2015: | 144,00 € |
| abzüglich Überdeckung aus dem Betriebsergebnis 2016: | 638,00 € |
| | 12.580,00 € |

B. Ermittlung des Gebührensatz:

Im Kalkulationszeitraum werden ca. 74 Beerdigungen mit Benutzung der Leichenhalle und des Leichenwagens prognostiziert.

12.580,00 € / 74 Benutzungen = **170,00 € / Benutzung**

| | | | |
|--|---|-----------------------------|----------------------------|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | | |
| | Bereich: 1.2 Finanzen Az.: EÜs 2017-2018 | Sachbearbeiterin: Datum: | Herr Porsche 15.11.2017 |

| | | | |
|--------------------|--------------------|------------------|--------------------|
| Bürgermeister | <i>[Signature]</i> | Allg. Vertreter | <i>[Signature]</i> |
| Fachbereichsleiter | | Sachbearbeiterin | <i>[Signature]</i> |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----|-------------|---------------------|-----------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| HFA | 7 | oef | 29.11.2017 | <i>ohne Beschluss</i> | | | |
| Rat | 9 | oef | 13.12.2017 | | | | |
| | | | | | | | |

Betr.: Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)

Sachdarstellung zur Sitzung am 29.11.2017:

Gemäß § 22 Abs. 4 GemHVO NRW ist dem Rat eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen.

Investitionen

Investive Auszahlungsermächtigungen können übertragen werden. Die Übertragung der investiven Auszahlungsermächtigungen haben die Auswirkung, dass der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in der Finanzrechnung des abgelaufenen Haushaltsjahres entlastet, während die Finanzrechnung des Folgejahres in entsprechender Höhe zusätzlich belastet wird.

Aufwendungen

Ermächtigungen für Aufwendungen und konsumtive Auszahlungen sind übertragbar. Werden diese übertragen, entlasten sie grundsätzlich den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in der Ergebnis- und Finanzrechnung des abgelaufenen Haushaltsjahres, während sie das Ergebnis des Folgejahres zusätzlich belasten. Sofern Rückstellungen gebildet werden bzw. zu bilden sind, müssen lediglich konsumtive Auszahlungen übertragen werden.

Nach § 22 Abs. 4 GemHVO NRW sind die Ermächtigungsübertragungen zur Kenntnis anzuzeigen. Ein Beschluss hierüber ist nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Kein Beschlussvorschlag.

Aufwendungen

| Mittelbindung | Belegtext | Produkt | Kostenstelle |
|---------------|--------------------------------|---------|--------------|
| 6500718 | Bodenbelag Klasse GS Welper | 0312 | 03200 |
| 6500826 | ZAP Welper Nord + Süd | 1110 | 11100 |
| 6500813 | Erneuer. Wasserleitung Eilmsen | 0530 | 05100 |
| 6500827 | Pflasterarbeiten GS Welper | 0312 | 03200 |
| 6500828 | Brandschutztüren GS Welper | 0312 | 03200 |
| 6500829 | Bodenbelag erneuern GS Borgeln | 0310 | 03100 |
| 6500831 | Bodenbelag ern. KITA Lindenstr | 0610 | 06200 |
| 6500832 | Beleuchtung mit Abhangdecken | 0170 | 01400 |
| 6500833 | Kanalbef. nach Süw-Kan Flerke | 1110 | 11100 |
| 6500834 | Pl. Erw. Gewerbeg. Scheidigen | 0910 | 00500 |
| 6500835 | Städt. Entwickl. Bahnhofsumfel | 0910 | 00500 |
| 6500836 | Beratung Neuab. Konzession | 0160 | 00200 |
| 6500873 | GS Welper Reparatur Schultafel | 0312 | 03200 |
| 6500879 | GS Borgeln Rep.Überd.Schulhof | 0310 | 03100 |
| 6500880 | GS Borgeln Rep. Schultafeln | 0310 | 03100 |
| 6500888 | Kita Lindenstr. Fußbodenbelag | 0610 | 06200 |
| 6500900 | Gefährdungsbeurteilung | 0220 | 02100 |
| 6500907 | Ausrüstung Jugendfeuerwehr | 0220 | 02100 |
| 6500914 | FW Führerscheinprüfungen | 0220 | 02100 |
| 6500915 | FW Impfkosten | 0220 | 02100 |
| 6500917 | Wiederkehrende Brückenprüfung | 1210 | 12100 |
| 6500918 | Sanierung von Brücken | 1210 | 12100 |
| 6500923 | ABK Kanalbefahrung Illingen | 1110 | 11100 |
| 6500924 | ABK Emissionsbetrachtungen | 1110 | 11100 |
| 6500931 | Fortschreibung ABK 2018-2023 | 1110 | 11100 |
| 6500932 | Instandhaltung Wirtschaftswege | 1210 | 12100 |
| 6500934 | Bankettfräsarb. Wirtschaftsweg | 1210 | 12100 |
| 6500939 | Beb.Pl. Gewerbepark Scheid. | 1210 | 12100 |
| 6500847 | Gleichstellung Budget 2017 | 0111 | 01120 |
| 6500945 | LEADER-Projekte | 0910 | 00500 |
| 6500946 | Infrastrukturmaßnahmen | 0910 | 00500 |
| 6500949 | Klage Ordnungsverfügung | 1110 | 11100 |
| 6500950 | Umsetzung nach SüWV | 1110 | 11100 |
| 6500951 | Einleitungserl. BGMKanäle | 1112 | 11100 |
| 6500952 | ZAP Scheidigen | 1110 | 11100 |
| 6500955 | Gute Schule "Schulmöbel BHS" | 0312 | 03200 |
| 6500956 | Gute Schule GS Borgeln Dämmung | 0310 | 03100 |
| 6500958 | Gute Schule GS Borgeln Urinalb | 0310 | 03100 |
| 6500959 | Gute Schule Chlordosieranlage | 0820 | 08600 |
| 6500960 | Gute Schule LSB Ausstattung | 0820 | 08600 |

Investitionen

| Mittelbindung | Belegtext | Produkt | Kostenstelle |
|---------------|--------------------------------|------------|--------------|
| 6500679 | Kan. Borgeln, Bahnkreuzung | IV-1110014 | 11100 |
| 6500758 | FW Atemschutzausrüstung | IV-0220000 | 02100 |
| 6500773 | DRL-SW Sägemühlenweg 11 | IV-1111015 | 11100 |
| 6500775 | DRL-SW Bördestr 25, 27, 29a | IV-1111017 | 11100 |
| 6500776 | DRL-SW Dornenkamp 5 | IV-1111018 | 11100 |
| 6500777 | RKB, RÜB Dinker | IV-1112007 | 11100 |
| 6500805 | Neubau FWGH Dinker 3. Auftrag | IV-0220002 | 02200 |
| 6500807 | Verlängerung Kanalisation FWGH | IV-1110020 | 11100 |
| 6500803 | Sanierung RW-Kanal Eichenstr. | IV-1112008 | 11100 |
| 6500839 | Sanierung Kanalnetz Borgeln | IV-1110018 | 11100 |
| 6500841 | OD Ausbau Schwefe | IV-1210009 | 12100 |
| 6500845 | "Aufrüstung/Funk" ELW 1 | IV-0220000 | 02100 |
| 6500866 | Kanal Borgeln Bahnkreuzung | IV-1110014 | 11100 |
| 6500867 | Systementflechtung Schwefe | IV-1112005 | 11100 |
| 6500872 | Server Rathaus | IV-0140000 | 01400 |
| 6500878 | GS Borgeln Laptop für Beamer | IV-0310000 | 03100 |
| 6500891 | Rathaus PC's | IV-0140000 | 01400 |
| 6500892 | Rathaus Büroausstattung | IV-0120000 | 01400 |
| 6500893 | MTF für die LG Dinker | IV-0220000 | 02100 |
| 6500898 | Rückflussverhinderer | IV-0220000 | 02100 |
| 6500899 | Gefährungsbeurteilung | IV-0220000 | 02100 |
| 6500903 | 50 tragb. Mess- u. Warngeräte | IV-0220000 | 02100 |
| 6500904 | Software-Paket MP Feuer | IV-0220000 | 02100 |
| 6500905 | 90 Garderobenschränke | IV-0220000 | 02100 |
| 6500916 | FWGH Dinker Restfinanzierung | IV-0220002 | 02200 |
| 6500919 | ABK RKB/RRB Dinker (Planung) | IV-1112007 | 11100 |
| 6500921 | ABK Umsetzung ZAP Borgeln | IV-1110018 | 11100 |
| 6500922 | ABK Umsetzung ZAP Borgeln | IV-1110018 | 11100 |
| 6500925 | ABK Klotingen (Planung) | IV-1111019 | 11100 |
| 6500926 | ABK Einecke (Planung) | IV-1111020 | 11100 |
| 6500927 | ABK Stocklarn (Planung) | IV-1111021 | 11100 |
| 6500928 | ABK Berwicke (Planung) | IV-1111022 | 11100 |
| 6500929 | Hochwasserschutzkonz. Einecke | IV-1110021 | 11100 |
| 6500930 | Pumpst. Sägem.-Weg Schwefe | IV-1110019 | 11100 |
| 6500933 | Instandhaltung Wirtschaftswege | IV-1210013 | 12100 |
| 6500935 | Gehweganlage Aulflucht | IV-1210015 | 12100 |
| 6500936 | Ausbau der L 747 OD Schwefe | IV-1210009 | 12100 |
| 6500937 | Gehweg Buchenwald/Hundeteich | IV-1210017 | 12100 |
| 6500938 | Straßenbegradigung Reekstraße | IV-1210016 | 12100 |
| 6500943 | Gewässerverrohrung Vellinghs. | IV-1320001 | 13100 |
| 6500944 | ISEK Bahnhofumfeld Welver | IV-1210018 | 12100 |
| 6500947 | Spielgeräte für Spielplätze | IV-0630000 | 06800 |
| 6500868 | Inv. Instandh. Wirtschaftswege | IV-1210013 | 12100 |
| 6500962 | Gr.-Kauf Schönau - Grunderwerb | IV-1210022 | 12100 |

| | | | |
|--|--|------------------------------|--------------------------|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | | |
| | Fachbereich 3 Gemeindeentwicklung Az.: 61-26-21/23-04 | Sachbearbeiter/in: Datum: | Herr Große 19.09.2017 |

| | | | |
|-----------------------|----------------------|-------------------|-----------------|
| Bürgermeister | <i>Solm 21.09.17</i> | Allg. Vertreter | <i>22.09.17</i> |
| Fachbereichsleiter/in | <i>21.09.17</i> | Sachbearbeiter/in | <i>19.09.17</i> |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----|-------------|---------------------|-----------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| GPNU | 5 | oef | 04.10.17 | <i>einheitlich</i> | | | |
| HFA | 8 | oef | <i>29.11.17</i> | <i>ohne Beschluss</i> | | | |
| Rat | 10 | oef | <i>13.12.17</i> | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Vierte vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladestraße“, Zentralort Welver

- hier: 1. Ergebnis des Beteiligungsverfahrens
2. Satzungsbeschluss**

Sachdarstellung zur Sitzung am 04.10.2017:

Im Rahmen der 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladestraße“ erfolgt die Festsetzung einer erweiterten überbaubaren Grundstücksfläche mit dem Ziel der gewerblichen Entwicklung. Dies bedeutet gleichzeitig eine Erweiterung des Geltungsbereiches des ursprünglichen Bebauungsplanes in östliche Richtung bis zur Straße „Pferdekamp“. Bei einer maximal zulässigen zweigeschossigen Bebauung beträgt das Höchstmaß der baulichen Nutzung 10,0 m (entsprechend der 2. Änderung des B-Planes). Am neuen östlichen Planungsrand erfolgt die Festsetzung einer Grünfläche.

Im Zuge des Änderungsverfahrens wurde die Beteiligung gem. § 13 BauGB in der Zeit vom 14.08.2017 – 18.09.2017 durchgeführt. Die eingegangenen Stellungnahmen sind als Anlage beigefügt. Grundsätzliche Bedenken wurden nicht vorgetragen, so dass zum Abschluss des Verfahrens der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

Beschlussvorschlag:

1. Siehe beigefügte Einzelbeschlüsse zu den eingegangenen Stellungnahmen!
2. Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Planung, Naturschutz und Umwelt empfiehlt dem Rat, die 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladestraße“, Zentralort Welver, gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung zu beschließen.

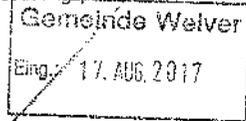
Der Bürgermeister wird beauftragt, die Bebauungsplanänderung durch öffentliche Bekanntmachung in Kraft zu setzen.

Grosse, Dirk

Von:
Gesendet:
An:
Betreff:
Signiert von:



Vidal Blanco, Bärbel <baerbel.vidal@amprion.net>
Donnerstag, 17. August 2017 10:30
Grosse, Dirk
Leitungsauskunft - 4. Änderung Bepauungsplan Nr. 23 Ladestraße
baerbel.vidal@amprion.net



Sehr geehrte Damen und Herren,

im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.

Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.

Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Bärbel Vidal Blanco

Amprion GmbH
Betrieb / Projektierung
Leitungen Bestandssicherung
Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund
T intern 15711
T extern +49 231 5849-15711
mailto: baerbel.vidal@amprion.net
www.amprion.net

Aufsichtsrat: Heinz-Werner Ufer (Vorsitzender)
Geschäftsführung: Dr. Hans-Jürgen Brück, Dr. Klaus Krenelotte
Stitz der Gesellschaft: Dortmund - eingetragen beim Amtsgericht Dortmund - Handelsregister-Nr. HR B 15940 - USt-IdNr. DE 8137 61 356

Zu T 01 – Amprion -

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die zuständigen Versorgungsunternehmen bezüglich weiterer Versorgungsleitungen wurden beteiligt.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.



Bezirksregierung
Arnsberg



Zu T 02 – Bezirksregierung Arnsberg, Dez. 33 – Landeskultur/Agrarstruktur -

Anregungen wurden nicht vorgetragen. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

Bezirksregierung Arnsberg • Postfach 1152 • 59471 Soest
Gemeinde Welver
Postfach 47
59511 Welver

Datum: 07. September 2017
Seite 1 von 1

Aktenzeichen:
33 SO 520 7
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:
Herr Heller
roff.heller@bezreg-
arnsberg.nrw.de
Telefon: 02931/82-5118
Fax: 02931/82-5190

Dienstgebäude:
StRstraße 53
59494 Soest

**Vierte vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23
„Ladestraße“, Zentralort Welver
hier: Beteiligung der Behörden und anderen Träger öffentlicher
Belange gem. § 13 Abs. 2 BauGB**

Schreiben vom 14.08.2017 – 61-26-21/23-04

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht der allgemeinen Landeskultur/Agrarstruktur und integrierter
Landentwicklung bestehen für die o.g. Maßnahme keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Heller)

Hauptsitz:
Seibertstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr
13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

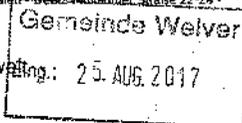
Landeskasse Düsseldorf bei
der Helaba:
IBAN:
DE27 3005 0090 0004 0080 17
BIC: WELADED3

Umsatzsteuer ID:
DE123878675



Deutsche Bahn AG • DB Immobilien • Deutz-Mülheimer Straße 22-24 •
50679 Köln

Gemeinde Welver
Bau / Planung / Umweltschutz
Herr Große
Postfach 47



59511 Welver

Deutsche Bahn AG
DB Immobilien
Region West
Kompetenzteam Baurecht
Deutz-Mülheimer Straße 22-24
50679 Köln
www.deutschebahn.com

Thorsten Schwark
Tel.: 0221 141-3475
Fax: 069 265-49333
thorsten.schwark@deutschebahn.com
Zeichen: GS.R-W-L-(A) Sh TöB-KöL-17-11941
(20569)

Zu T 03 – Deutsche Bahn AG

Anregungen wurden nicht vorgetragen. Der Hinweis zu den Immissionen wird zur Kenntnis genommen.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

18.08.2017

Ihr Zeichen 61-26-21/23-04 / Ihre Nachricht vom 14.08.17

**Vierte vereinfachte Änderung des B-Planes Nr. 23 "Ladestraße", Zentralort Welver
hier: Beteiligung der Behörden und anderen TöB gem. § 13 Abs. 2 BauGB**

Sehr geehrter Herr Große,

die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange zum o. a. Verfahren.

Die im Thema genannte Änderung des Bebauungsplanes liegt abseits der DB Strecke 2930 (Soest - Hamm (Westf.)).

Berührungspunkte mit unseren Eisenbahninfrastrukturanlagen können wir nicht erkennen.

Evtl. Ansprüche, die sich durch Immissionen aus dem bestehenden Eisenbahnbetrieb einschließlich einer höheren Streckenauslastung begründen, weisen wir bereits im Vorfeld zurück.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Deutsche Bahn AG

i. V.
Bonner

i. A.
Schwark



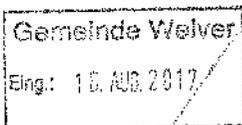
Zu T 04 – Gelsenwasser

Anregungen wurden nicht vorgetragen.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

GELSENWASSER AG Postfach 14 52 45894 Uerdingen

Gemeinde Welver
Gemeindeentwicklung
Bau / Planung / Umwelt
Postfach 47
59511 Welver



Ihr Zeichen: 61-28-2100/04
Ihre Nachricht vom: 04.08.2017
Unser Zeichen: 61-28-04
Unsere Nachricht vom:

Name: Bernhard Bodon
Telefon: 02303 204 217
Telefax: 02303 204 244
E-Mail: bernhard.bodon@gelsenwasser.de

Datum: 10.08.2017

4. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladestraße“, Zentralort Welver

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Benachrichtigung über o. g. Planungen danken wir.

Anregungen dazu haben wir nicht.

Freundliche Grüße

GELSENWASSER AG

GELSENWASSER AG

Ethikbeauftragter
Mickelstraße 74
45894 Uerdingen
Postfach 2303 204 0
Fax: 02303 204 244
mailto:gelsenwasser.de
www.gelsenwasser.de

Stitz der Hausverwaltung
Gelsenwasser
Anspruch:
Gelsenwasser AG
US: IdNr.: DE 104978719
Gütergüter
DE45 1000 0001 0281 44

SparKasse Gelsenkirchen
IBAN: DE55 4205 0001 0101 0070 50
BIC: WELADED3333

Commerzbank Gelsenkirchen
IBAN: DE51 4204 0040 0004 0170 00
BIC: COBADE33

Aufsichtsvorstand
Thomas E. Schmidt

Vorstand
Henning R. Deters,
Vorstandsvorsitzender
Dr. Dirk Walder

Grosse, Dirk

Von:
Gesendet:
An:
Betreff:

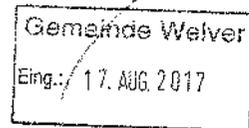


Rieman, Siegfried <Siegfried.Rieman@hwk-do.de>
Donnerstag, 17. August 2017 09:29
Grosse, Dirk
AW: 4. Änderung B-Plan Nr. 23, Beteiligung Behörden und TöB gem. § 13
BauGB

Sehr geehrter Herr Große,

gegen die beabsichtigte Änderung des B-Plans Nr. 23 bestehen seitens der Handwerkskammer Dortmund keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen



Siegfried Rieman
Diplom-Ingenieur

Unternehmensberatung

Handwerkskammer Dortmund
Ardeystraße 93
44139 Dortmund

Tel.: +49(231)5493-426
Fax: +49(231)5493-95426

E-Mail: siegfried.rieman@hwk-do.de
Internet: www.hwk-do.de



Zu T_05 – Handwerkskammer Dortmund

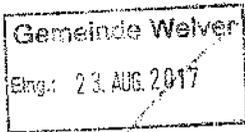
Anregungen wurden nicht vorgetragen.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.



IHK Arnsberg | Postfach 5345 | 59618 Arnsberg

Gemeinde Welver
Herr Große
Am Markt 4
59514 Welver



Ihr Ansprechpartner
Vanessa Gloth

E-Mail
gloth@arnsberg.ihk.de

Tel.
(02931) 878 161

Fax.
(02931) 878 285

Datum
23.08.2017

Zu T 06 – Industrie- und Handelskammer

Anregungen wurden nicht vorgefragt.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladestraße“

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegenüber der oben genannten Planung haben wir keine Anregungen oder Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen

Vanessa Gloth
Referentin im Geschäftsbereich Standort,
Innovation und Umwelt

mittelpunkt • unternehmen

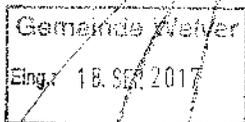


**KREIS
SOEST**

Die Landrätin

Kreis Soest · Postfach 1752 · 59491 Soest

Gemeinde Welver
Am Markt 4
59514 Welver



Koordinierungsstelle Regionalentwicklung

Gebäude Niederbergheimer Str. 24a · 59494 Soest

Name Herr Gerling
Durchwahl 02921 30-2268
Zentrale 02921 30-0
Telefax 02921 30-2951
Zimmer 1.02
E-Mail paul.gerling@kreis-soest.de
Internet www.kreis-soest.de

Soest, 14.09.2017

Bei Schriftwechsel und Fragen bitte stets angeben:

Geschäftszeichen
61.26.12

**Vierte vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladestraße“
gem. § 13 BauGB der Gemeinde Welver**

Trägerbeteiligung gem. § 13 Abs. 2 BauGB

Ihr Schreiben vom 14.08.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

die o. g. Planung wurde hier mit den zuständigen Dienststellen und Abteilungen der Verwaltung besprochen. Im Einvernehmen mit diesen gebe ich folgende Stellungnahme ab:

Grundsätzlich bestehen keine Immissionsschutzrechtlichen Bedenken gegen die Planung.

In unmittelbarer Nähe zum geplanten Vorhaben, befindet sich Wohnbebauung und weitere immissionsschutzrechtlich relevante gewerbliche Nutzung (Discount- und Vollsortimenter an der Ladestraße). Die Einhaltung der an diesen Wohnhäusern anzusetzenden Immissionsrichtwerte ist spätestens im Baugenehmigungsverfahren gutachterlich nachzuweisen. In diesem Verfahren können dann ggf. ergänzenden immissionsschutzrechtlichen Gutachten gefordert werden.

Aus naturschutzfachlicher Sicht ergeben sich zur o.g. Planung folgende Hinweise:

Mit der 4. Änderung erfolgt eine Vergrößerung der Versiegelung um 215 m². Es sollen hier ca. 700m² Wiese in Gewerbefläche umgewandelt werden. Relevant ist die zunehmende Bodenversiegelung und die geplante „Grünlandanspruchnahme“, die in der Erweiterung einer vorhandenen Fläche schlüssig erscheint.

Schutzgebiete sind durch die Planung nicht direkt betroffen.

Der Landschaftsplan IV sieht Siedlungsraum vor und steht nicht entgegen.

Zu T 07 – Kreis Soest

a) Immissionssituation

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Prüfung hinsichtlich der Einhaltung von Immissionsrichtwerten erfolgt im Baugenehmigungsverfahren; somit zu einem Zeitpunkt, wo auf der Grundlage des Bebauungsplanes ein konkretes Vorhaben realisiert wird und aufgrund der dann vorliegenden betriebsbedingten Werte eine genaue Einschätzung der immissionsrechtlichen Situation möglich ist.

b) Naturschutz

In der Begründung ist bereits eine Aussage zur Bewertung des Eingriffs in Natur und Landschaft getroffen worden. Die weiteren Hinweise aus naturschutzfachlicher Sicht werden beachtet. Die Begründung wird entsprechend der Hinweise ergänzt. Dies betrifft insbesondere den Schutz von Gehölzbeständen vor Beeinträchtigungen durch Bautätigkeiten.

c) Artenschutz

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und beachtet. In der Begründung sind bereits Aussagen zur Umweltverträglichkeit und zum Artenschutz getroffen worden. Die Begründung wird entsprechend der Ausführungen des Kreises Soest ergänzt. Damit es zu keinen erheblichen und nachhaltigen Auswirkungen im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG auf die planungsrelevanten Tierarten kommt, wird zur Vermeidung der Verbotstatbestände eine Begrenzung der Inanspruchnahme von Vegetationsbeständen auf Zeiten außerhalb der Brutzeit (01. März bis 30. September) festgelegt. Rodungs- und Räumungsmaßnahmen von Vegetationsflächen sind danach nur zwischen dem 01. Oktober und dem 28. Februar durchzuführen.

| |
|-----------------------------|
| Abstimmung: |
| GPNU: <u> Einstimmig </u> |
| HFA: _____ |
| Rat: _____ |



Das Vorhaben führt zu erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes und ist daher als Eingriff in Natur und Landschaft gemäß den §§ 30 ff. LNatSchG NRW zu bewerten.

Nach § 8 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG ist der Verursacher eines Eingriffs dazu verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen bzw. so gering wie möglich zu halten (Vermeidungs- und Minimierungsgebot). Deshalb sind im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Festsetzungen zur Vermeidung und zum Ausgleich von Schäden an Natur und Landschaft getroffen. So ist der Erhalt des vorhandenen Baumbestandes auf der Grünfläche festgesetzt. Hier ist insbesondere noch der Schutz von Gehölzbeständen vor Beeinträchtigungen durch die Bautätigkeit vorzusehen.

Zusätzlich sollte in die Begründung des Bebauungsplans der Hinweis aufgenommen werden, dass durch Nebenbestimmung zur Baugenehmigung sichergestellt werden muss, dass „Der vorhandene Baum- und Gehölzbestand unter Beachtung und Einhaltung der DIN 18920 (Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) zu sichern und zu erhalten ist.“

Artenschutz:

Die Vorschriften des § 44 BNatSchG erfordern eine Prüfung, inwieweit durch den Bebauungsplan Beeinträchtigungen besonders bzw. streng geschützter Tier- und Pflanzenarten vorbereitet werden. Bezogen auf den Regelungsumfang des Bebauungsplans ist zu bewerten, ob durch die ermöglichten Bauvorhaben Lebensstätten (Standorte, Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten) besonders bzw. streng geschützter Tier- und Pflanzenarten beschädigt oder zerstört werden können. Bei den streng geschützten Arten und den europäischen Vogelarten ist darüber hinaus zu prüfen, inwieweit die Festsetzungen des Bebauungsplans Störungen von Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten verursachen können.

Damit es zu keinen erheblichen und nachhaltigen Auswirkungen im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG auf die planungsrelevanten Tierarten kommt, ist zur Vermeidung der Verbotstatbestände eine Begrenzung der Inanspruchnahme von Vegetationsbeständen auf Zeiten außerhalb der Brutzeit (01. März bis 30. September) erforderlich. Rodungs- und Räumungsmaßnahmen von Vegetationsflächen sind danach nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar durchzuführen. Damit ist dann nicht ersichtlich, dass bei der Realisierung der beantragten Maßnahme die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände für geschützte Tier- und Pflanzenarten nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz berührt werden.

Diese, anhand der Antragsunterlagen gewonnene vorläufige Einschätzung entbindet jedoch nicht von der Verpflichtung, bei der Bauausführung etwaigen Hinweisen auf vorkommende geschützte Tier- und Pflanzenarten nachzugehen und in diesem Fall unverzüglich die Untere Landschaftsbehörde des Kreises Soest als die für den Artenschutz zuständige Behörde zu informieren.

Diese Stellungnahme wird zugleich abgegeben für die Landrätin als Untere Staatliche Verwaltungsbehörde – Planungsaufsicht.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Gefling



LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

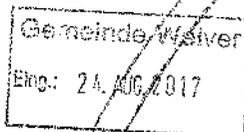
Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30 - 12:30 Uhr, 14:00 - 15:30 Uhr
Freitag 08:30 - 12:30 Uhr

Gemeinde Welver
Fachbereich 3
Gemeindeentwicklung
Am Markt 4

Ansprechpartnerin:
Melanie Röring B.A.

Tel.: 02761 9375-42
Fax: 02761 937520
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

59514 Welver



Az.: 2353r017.emf

Olpe, 23.08.2017

Zu T 08 -- LWL-Archäologie für Westfalen

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet. In der Begründung ist bereits eine Aussage zu Bodeneingriffen bzw. zu der Verfahrensweise bei entsprechenden naturgeschichtlichen Bodenfunden getroffen worden.

Weitergehende Baggersondagen sind nach Rücksprache beim LWL zu diesem Zeitpunkt des Bauleitplanverfahrens noch nicht erforderlich. Bei Beginn von Bodenarbeiten im Zuge der Realisierung von konkreten Vorhaben werden die Sondagen dann unter Mitwirkung des LWL durchgeführt.

Abstimmung:

GPNU: Einstimmig

HFA: _____

Rat: _____

Vierte vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladenstraße“

Ihr Schreiben vom 14.08.2017 / Ihr Zeichen 61-26-21/23-04

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.

In unmittelbarer Nähe zum Plangebiet liegt eine neolithische Lesefundstelle, die das Vorhandensein eines Siedlungs- und/oder Bestattungsplatzes vermuten lässt (vgl. beigegebene Kartierung). Siedlungs- und Bestattungsplätze dieser Epoche haben meist eine Ausdehnung von mehreren Hektar. Dies lässt das Vorhandensein von Siedlungsspuren und/oder Bestattungen im Plangebiet vermuten.

Somit liegen im Plangebiet nach dem DSchG NW Vermutete Bodendenkmäler.

Der Begriff der "Vermuteten Bodendenkmäler" ist im Rahmen der Gesetzesänderung im Sommer 2013 in das DSchG NW aufgenommen worden. Gem. § 3 Abs. 1 Satz 4 DSchG NW sind diese bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen (§ 1 Abs. 3 Satz 1 DSchG NW) genauso zu behandeln wie eingetragene Bodendenkmäler.

Somit ist der Vorhabenbereich, dort wo Bodeneingriffe im Rahmen des Vorhabens geplant sind, durch Baggersondagen näher zu überprüfen, um Erhaltung und Ausdehnung bzw. Abgrenzung der zunächst vermuteten Bodendenkmäler – und damit auch die Relevanz für das weitere Verfahren zu klären. Diese Baggersondagen gehen aufgrund des in das DSchG NW aufgenommenen „Veranlasserprinzips“ zu Lasten des Vorhabenträgers und müssen von einer archäologischen Fachfirma durchgeführt werden. Diese Sondagen bedürfen zudem einer Grabungserlaubnis der Oberen Denkmalbehörde (vgl. § 13 DSchG NW).



LWL
Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Die Ausarbeitung einer Leistungsbeschreibung für die zu beauftragende Fachfirma würden wir in Absprache mit dem Vorhabenträger leisten. Eine Liste von archäologischen Fachfirmen geben wir im Anhang bei.

Zudem ist im Zuge der Bearbeitung der aktuellen Änderung des Bebauungsplanes 23 aufgefallen, dass wir bzgl. des Bebauungsplanes 23 nicht beteiligt wurden. Die Planungen im westlichen Bereich, die teilweise im Plan zur 4. Änderung dargestellt ist, war uns bislang unbekannt. Auch für diesen Bereich wäre das o.g. Vorgehen notwendig. Wir bitten daher um Klärung weshalb die Beteiligung nicht erfolgte, Mitteilung des Planungsstandes und Zusendung der entsprechenden Planunterlagen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

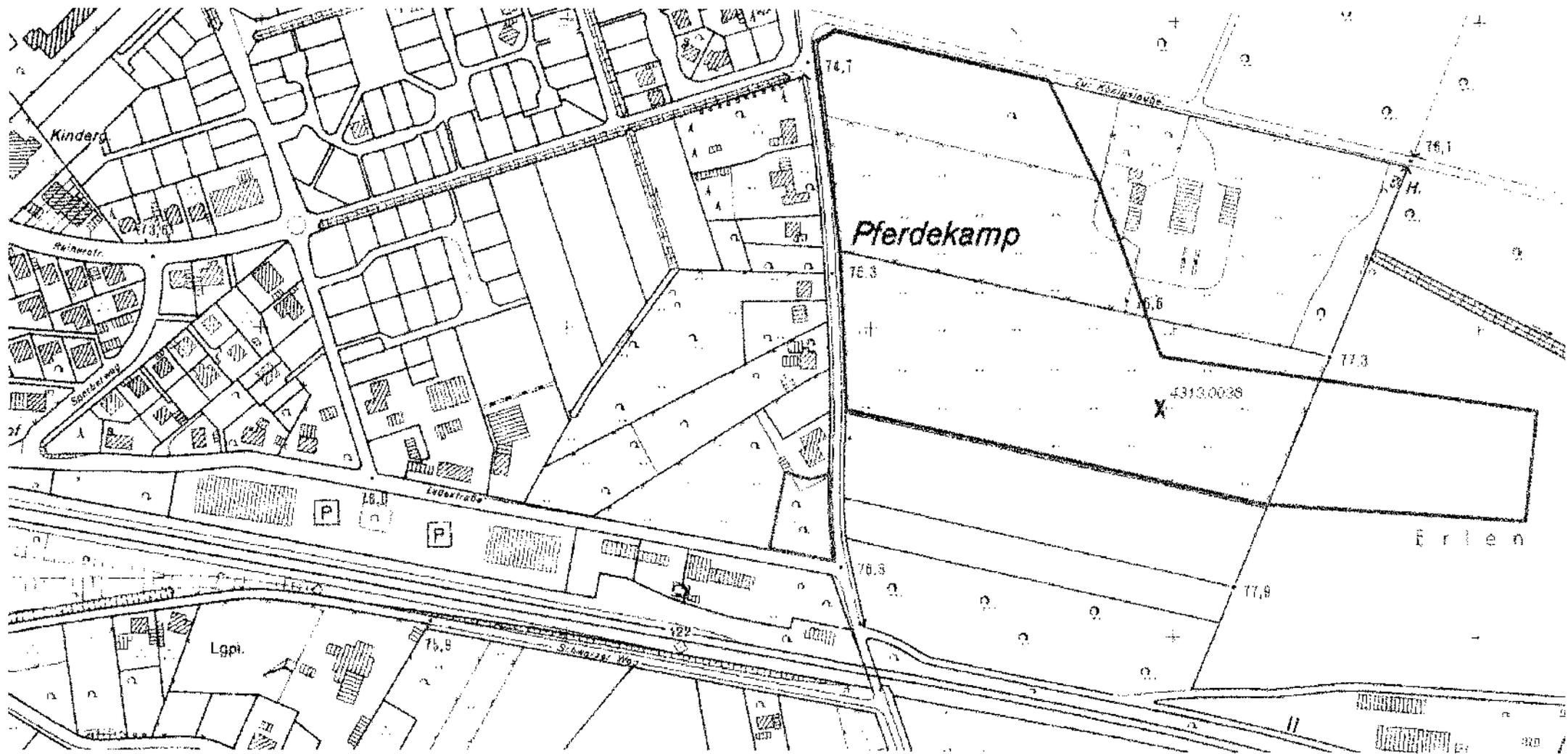
Im Auftrag
gez.
Prof. Dr. Michael Baales
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.
M. Röring B.A.

Anmerkung zum letzten Absatz auf Seite 2 des Schreibens des LWL:

Der LWL war aufgrund des fehlenden Lückenschlusses zwischen dem Bebauungsplan Nr. 11 im Norden und der Ladestraße im Süden davon ausgegangen, dass für diesen Bereich noch kein Bebauungsplan vorliegt bzw. erst jüngst aufgestellt wurde und eine Beteiligung der LWL-Archäologie nicht erfolgt ist.

Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB) im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 23 erfolgte im Jahre 2003; somit zu einem Zeitpunkt, wo der Landschaftsverband Westfalen Lippe zwar beteiligt wurde - insbesondere das Westfälische Amt für Denkmalpflege -, es jedoch noch keine separate Berücksichtigung des Bereiches „Archäologie“ erfolgte. Die Erweiterung der TöB-Liste diesbezüglich erfolgte erst zu einem späteren Zeitpunkt. Die Sachlage wurde bereits mit dem LWL telefonisch erörtert.



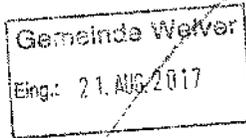
4313.0038 Neolithische Lesefundstelle





Kreisstelle Soest - Ostinghausen (Haus Düsse) - 59505 Bad Sassendorf

Gemeinde Welver
-Bau / Planung / Umwelt-
Postfach 47
59511 Welver



Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen

Kreisstelle Soest

Ostinghausen (Haus Düsse)
59505 Bad Sassendorf
Tel.: 02945 989-400, Fax -533
Mail: soest@lwk.nrw.de

www.landwirtschaftskammer.de

Auskunft erteilt: Frau Franke
Durchwahl: (0 29 45) 9 89 - 5 30
Fax: (0 29 45) 9 89 - 5 33
Mail: elisabeth.franke@lwk.nrw.de
Ihr Schreiben: 61-26-21/23-04
vom: 14.08.2017
Welver 18.08.2017
Bad Sassendorf 18.08.2017

Zu T 09 -- Landwirtschaftskammer

Anregungen werden nicht vorgetragen.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

Vierte vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladestraße“

Zu Ihrem Amtshilfeersuchen in der o. a. Angelegenheit nehme ich aufgrund der mir übergebenen Unterlagen als Träger des öffentlichen Belangs Landwirtschaft wie folgt Stellung.

Die vorliegende Planung sieht vor, dass der zur Zeit gültige Bebauungsplan um ca. 700 qm nach Osten hin erweitert werden soll. Laut vorliegendem Punkt 6 „Bewertung des Eingriffs“ fallen keine zusätzlichen Kompensationsmaßnahmen an. Durch die geplante Änderung des Bebauungsplanes „Ladestraße“ wird der öffentliche Belang Landwirtschaft nicht beeinträchtigt.

Im Auftrag

(Franke)

Qualitätsmanagementsystem zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2008

Konten der Hauptkasse der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen:

WGZ-Bank Münster BLZ 400 600 00 Konto-Nr. 403 213 IBAN: DE97 4006 0000 0000 4032 13, BIC/SWIFT: GENO DE 33
Volksbank Bonn Rhein-Sieg eG BLZ 380 601 88 Konto-Nr. 2 100 771 015 IBAN: DE27 3806 0186 2100 7710 15, BIC/SWIFT: GENO DE 31 BRS

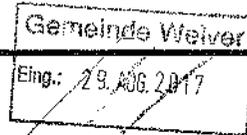
Ust.-Id.-Nr.: DE 126116293 Steuer-Nr. 337/5914/0780

Grosse, Dirk

Betreff:



WG: 4. Änderung B-Plan Nr. 23, Welver



Von: Oscar.FanecaSantos@strassen.nrw.de [mailto:Oscar.FanecaSantos@strassen.nrw.de]

Gesendet: Dienstag, 29. August 2017 12:22

An: Grosse, Dirk

Betreff: 4. Änderung B-Plan Nr. 23, Welver

4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladestraße“, Zentralort Welver

Behördenbeteiligung gem. § 13 BauGB

Sehr geehrter Herr Große,

im Hinblick auf die 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladestraße“ im Zentralort Welver bestehen seitens des Landesbetriebes Straßenbau NRW, vertreten durch die Regionalniederlassung Sauerland-Hochstift, keine Anregungen und Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Oscar Santos

--



Straßen.nrw.

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Regionalniederlassung Sauerland-Hochstift
Abteilung Betrieb und Verkehr | Planungen Dritter
Lanfertsweg 2 | 59872 Meschede
Telefon: 0291 298 141 | Fax: 0291 298 216 | Mobil: 0172 8521034
E-Mail: oscar.fanecasantos@strassen.nrw.de | Internet: www.strassen.nrw.de

Zu T_10 – Landesbetrieb Straßenbau NRW – Straßen NRW

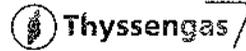
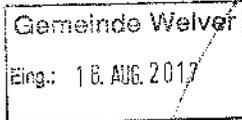
Anregungen werden nicht vorgetragen.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.



Thyssengas GmbH, Postfach 10-40-42, 44040 Dortmund

Gemeinde Welver
Postfach 47
59511 Welver



**Liegenschaften und
Geoinformation/ Dokumentation**

Ihre Zeichen 61-26-21/23-04
Ihre Nachricht 14.08.2017
Unsere Zeichen N-L-D/An 2017-TÖB-0843
Name Herr Anke
Telefon +49 231 91291-6431
Telefax +49 231 91291-2266
E-Mail Leitungsauskunft
@thyssengas.com

Dortmund, 17. August 2017

**Vierte vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 „Ladestraße“,
Zentralort Welver**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrer Nachricht vom 14.08.2017 teilen Sie uns die o. g. Maßnahme/n mit:

- Durch die o. g. Maßnahmen werden keine von Thyssengas GmbH betreuten Gasfernleitungen betroffen.
- Neuerlegungen in diesem Bereich sind von uns zz. nicht vorgesehen.
- Die uns übersandten Unterlagen senden wir Ihnen wunschgemäß zurück.

Gegen die o. g. Maßnahme bestehen aus unserer Sicht keine Bedenken.

**Bitte beachten Sie unsere neue Anschrift:
Thyssengas GmbH, Emil-Moog-Platz 13, 44137 Dortmund**

Freundliche Grüße

Thyssengas GmbH

i. V. Radtke
i. V. Radtke

i. V. Anke
i. V. Anke

Thyssengas GmbH

Emil-Moog-Platz 13
44137 Dortmund

T +49 231 91291-0
F +49 231 91291-2012
I www.thyssengas.com

Geschäftsführung:
Bernhard Dahmen

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Prof. Dr.-Ing. Klaus Homann

Sitz der Gesellschaft:
Dortmund
Eingetragen beim
Amtsgericht Dortmund -
Handelsregister-Nr.
HRB 21273

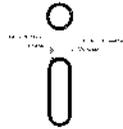
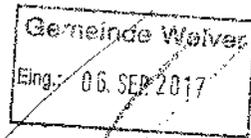
Bankverbindung:
Commerzbank Essen
BLZ 360 400 39
Kto.-Nr. 140 280 800
IBAN:
DE84 3604 0039 0140 2908 00
BIC: COBADEFFXXX

USt.-IdNr. DE 119497835

Zu T 11 – Thyssengas

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Anregungen werden nicht vorgetragen.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.



Zu T 12 – Westnetz

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Anregungen werden nicht vorgetragen.

Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

Westnetz GmbH - Hellefelder Str. 8 - 59821 Arnsberg

Gemeinde Welver
- Gemeindeentwicklung -
Am Markt 4
59514 Welver

Regionalzentrum Arnsberg

| | |
|----------------|-----------------------------|
| Ihre Zeichen | 61-26-23/23-04 |
| Ihre Nachricht | 14.08.17 |
| Unsere Zeichen | DRW-D-AP-W-Ko/l6 |
| Name | Ralf Kotewitsch |
| Telefon | 02931/84-7335 |
| E-Mail | ralf.kotewitsch@westnetz.de |

Arnsberg, 5. September 2017

Vierte vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 "Ladestraße", Zentralort Welver - Beteiligung der Behörden und anderen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bestehen unsererseits keine Bedenken, Anregungen oder eigene Planungen.

Im Gebiet der Gemeinde Welver betreibt die Innogy Netze Deutschland GmbH als Eigentümerin und die Westnetz GmbH als Pächterin

- Gas-Hochdruckanlagen und die zugehörigen Fernmelde/Steuerkabel
- Strom-Hochspannungsverteilnetzanlagen
- Gas- und Strom-Verteilnetzanlagen.

Weiter betreibt die BS Netz GmbH & Co. KG als Eigentümerin und die Westnetz GmbH als Pächterin Gas- und Strom-Verteilnetzanlagen. Diese Stellungnahme ergeht für die betroffenen Anlagen der Verteilnetze Gas und Strom im Auftrag der o. g. Netzeigentümer. Die Gas-Hochdrucknetze und Strom-Hochspannungsverteilnetzanlagen verlaufen mit ausreichendem Abstand zum vorliegenden Plangebiet und sind somit nicht betroffen.

Im vorliegenden Bereich können auch noch andere Netzbetreiber tätig sein. Bitte informieren Sie sich evtl. bei der Gemeinde, wer im Gemeindegebiet noch Leitungen betreiben kann.

Mit freundlichen Grüßen

Westnetz GmbH

R. A. Kotewitsch

I. A. Künemund

| | | | |
|--|---|------------------------------|--------------------------|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | | |
| | Fachbereich 3 Gemeindeentwicklung Az.: 61-26-21/29 | Sachbearbeiter/in: Datum: | Herr Große 19.09.2017 |

| | | | |
|-----------------------|------------------------|-------------------|-----------------|
| Bürgermeister | <i>Schulz 19.09.17</i> | Allg. Vertreter | <i>2208 M</i> |
| Fachbereichsleiter/in | <i>21.09.17 G/S</i> | Sachbearbeiter/in | <i>19.09.17</i> |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----------|-------------|---------------------|-----------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| GPNU | <i>6</i> | oef | 04.10.17 | <i>Einstimmig</i> | | | |
| HFA | <i>9</i> | oef | <i>22.11.17</i> | <i>ohne Beschluss</i> | | | |
| Rat | <i>11</i> | oef | <i>13.12.17</i> | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Luisenstraße“, Zentralort Welver
- Bereich der Gärtnerei Hagedorn –
hier: Neufassung des Aufstellungsbeschlusses**

Sachdarstellung zur Sitzung am 04.10.2017:

Der Rat der Gemeinde Welver hat in seiner Sitzung am 22.06.2016 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Luisenstraße“ beschlossen. Das zur Beratung vorgelegte städtebauliche Konzept sah u.a. die Integration einer Teilfläche des Flurstückes 716 vor.

Nachdem nun die Planungskapazitäten des planenden Büros wieder soweit frei sind, dass das Verfahren weiter fortgeführt werden kann, ist zunächst ein entsprechender konkreter Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 29 zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang hat der Eigentümer der Teilfläche des Flurstückes 716 mitgeteilt, dass er nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluss gekommen sei, dass die v.g. Parzelle bei der weiteren Planung nicht weiter berücksichtigt werden soll. Durch die damit einhergehende Veränderung des Geltungsbereiches ist unter Aufhebung des Beschlusses vom 22.06.2016 ein neuer Aufstellungsbeschluss zu fassen. In der Anlage ist der Geltungsbereich Stand 22.06.2016 (Anlage 1) sowie die neu zu beschließende Abgrenzung (Anlage 2) dargestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Planung, Naturschutz und Umwelt empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

1. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 29 „Luisenstraße“ vom 22.06.2016 wird aufgehoben.
2. Der Rat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Luisenstraße“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a BauGB. Betroffen sind die Grundstücke der Gemarkung Meyerich, Flur 2, Flurstücke 656, 676, 715 und 38 tlw. entsprechend der im Plan (Anlage 2) dargestellten Abgrenzung. Der Plan wird zum Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Antragsteller einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen, so dass die Kosten, die im Zuge des Bauleitplanverfahrens entstehen, vom Antragsteller getragen werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, durch den Antragsteller einen Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 29 „Luisenstraße“ erstellen zu lassen und dem Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Planung, Naturschutz und Umwelt zur Beratung vorzulegen.

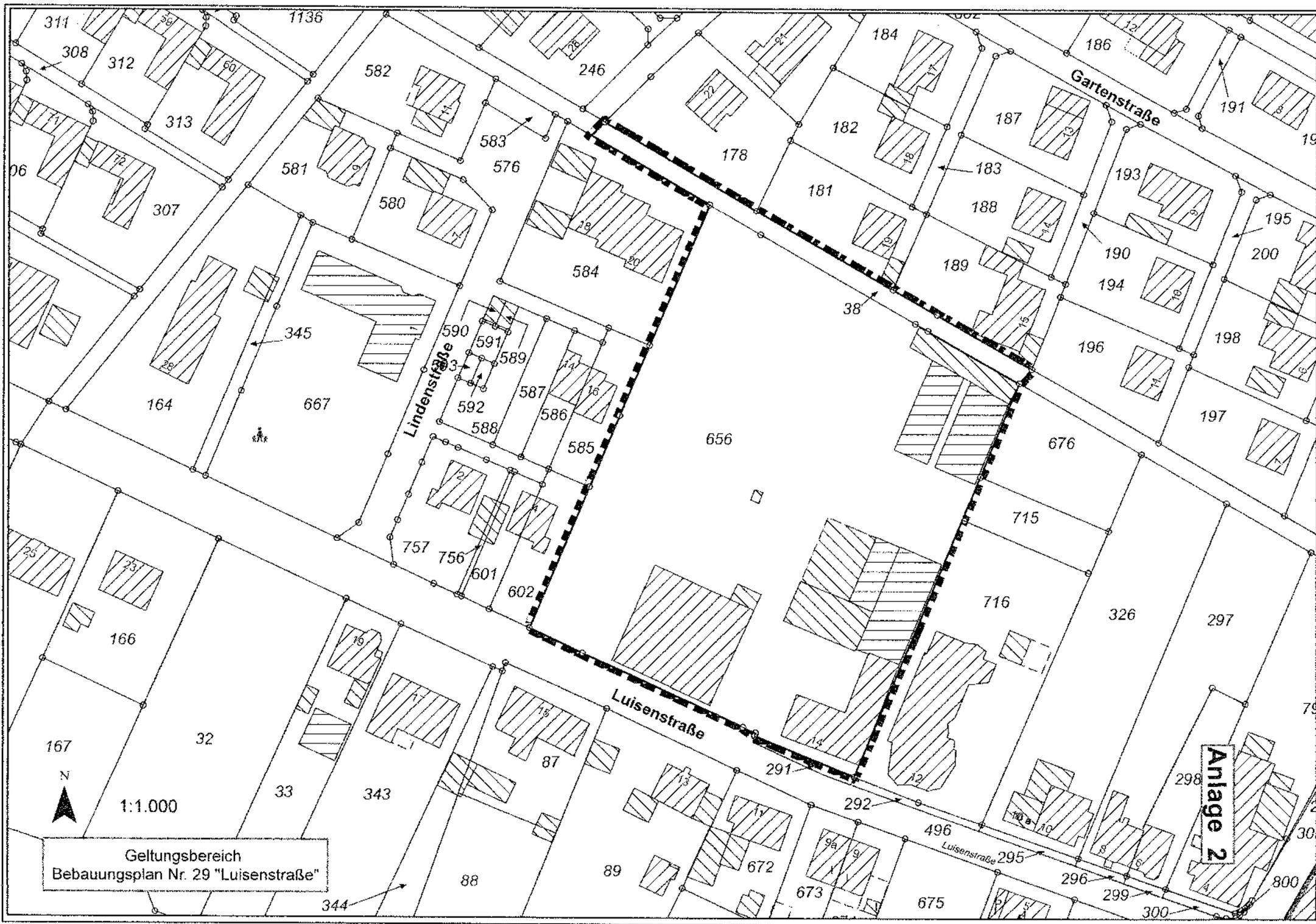
Weitere Sachdarstellung zur Sitzung des HFA am 07.11.2017:

Im Zuge der weiteren Vorarbeiten zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den in Rede stehenden Bereich nördlich der Luisenstraße ist der Eigentümer der Flurstücke 676 und 715 ebenfalls zu der abschließenden Entscheidung gekommen, die v.g. Parzellen nicht baulich zu entwickeln. Insofern sollten auch diese Flurstücke aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes genommen werden. Im Ergebnis wird sich der Bebauungsplan nun nur noch auf das Gelände der Gärtnerei unter Einbeziehung der nördlich angrenzenden Grabenparzelle erstrecken. Modifizierend zur Beschlussempfehlung des GPNU vom 04.10.2017 ergibt sich nun folgender

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

1. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 29 „Luisenstraße“ vom 22.06.2016 wird aufgehoben.
2. Der Rat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Luisenstraße“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a BauGB. Betroffen sind die Grundstücke der Gemarkung Meyerich, Flur 2, Flurstücke 656 und 38 tlw. entsprechend der im Plan (Anlage 2) dargestellten Abgrenzung. Der Plan wird zum Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Antragsteller einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen, so dass die Kosten, die im Zuge des Bauleitplanverfahrens entstehen, vom Antragsteller getragen werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, durch den Antragsteller einen Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 29 „Luisenstraße“ erstellen zu lassen und dem Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Planung, Naturschutz und Umwelt zur Beratung vorzulegen.



Geltungsbereich
Bebauungsplan Nr. 29 "Luisenstraße"

Anlage 2

| | | | |
|--|---|------------------------------|--------------------------|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | | |
| | Fachbereich 3 Gemeindeentwicklung Az.: 61-26-25/19 | Sachbearbeiter/in: Datum: | Herr Große 18.09.2017 |

| | | | |
|-----------------------|---------------------|-------------------|-----------------|
| Bürgermeister | <i>Sdm 27.09.17</i> | Allg. Vertreter | <i>2203A</i> |
| Fachbereichsleiter/in | <i>24.09.17</i> | Sachbearbeiter/in | <i>18/09.17</i> |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----------|-------------|---------------------|------------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| GPNU | <i>7</i> | oef | 04.10.17 | <i> einstimmig</i> | | | |
| HFA | <i>10</i> | <i>oef</i> | <i>22.11.17</i> | <i> ohne Beschluss</i> | | | |
| Rat | <i>12</i> | <i>oef</i> | <i>13.12.17</i> | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

**Erweiterung des Innenbereiches für den Ortsteil Stocklarn
 – Ergänzungssatzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB –
 hier: Antrag vom 19.07.2017**

Sachdarstellung zur Sitzung am 04.10.2017:

- Siehe beigefügten Antrag vom 19.07.2017!

Die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles Stocklarn sind im Jahre 1987 unter Berücksichtigung der damals vorhandenen Bebauung festgelegt worden. Durch die gesetzlich zwischenzeitlich geschaffene Möglichkeit der Ergänzungssatzung, sind die einzelnen Randbereiche neu zu bewerten. Der Gesetzgeber eröffnet die Möglichkeit, durch § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB einzelne Außenbereichsflächen in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil einzubeziehen, wenn die einbezogene Fläche durch die bauliche Nutzung des angrenzenden Bereiches entsprechend geprägt ist.

Die in Rede stehenden Flurstücke 13, 78 und 108 liegen im Süden der Ortslage Stocklarn (siehe auch beigefügte Karte!). Der Rat hat zuletzt im Jahre 2012 über die bauliche Entwicklung des Ortsteiles Stocklarn aufgrund gleichgelagerter Anträge beraten. Die zu der Zeit vorgelegenen Anträge wurden abgelehnt. Der Antragsteller des nun erneut gestellten Antrages geht irrtümlicherweise davon aus, dass die damalige Ablehnung baulicher Ergänzungen alleine mit der Problematik der Abwasserbeseitigung begründet wurde. Hier spielten vielmehr infrastrukturelle und städtebauliche Aspekte eine Rolle, so dass der Rat nach einer ganzheitlichen Betrachtung der örtlichen Situation, entsprechende Anträge per Beschluss vom 12.12.2012 abgelehnt hat.

Sowohl hinsichtlich der abwassertechnischen, als auch der städtebaulichen Situation hat sich seit 2012 keine andere Beurteilungslage ergeben, so dass zu empfehlen ist, auch den nun aktuell vorliegenden Antrag abzulehnen.

Zur weiteren Erläuterung nachfolgend ergänzende Informationen zu den antragsgegenständlichen Flurstücken:

Flurstück 13:

Das Flurstück 13 liegt ohne direkte räumliche Anbindung an den Innenbereich im Außenbereich und ist im Flächennutzungsplan als „Fläche für die Landwirtschaft“ dargestellt. Des Weiteren liegt es im Vogelschutzgebiet Hellwegbörde. Die Voraussetzungen für eine Ergänzungssatzung liegen auch ungeachtet der Schutzgebietausweisung nicht vor.

Flurstück 78:

Das Flurstück 78 liegt mit dem bebauten Teilbereich bereits im Geltungsbereich der Innenbereichssatzung (Auf dem Felde). Die östlichen, nicht bebauten Flächen liegen im Außenbereich und sind als „Fläche für die Landwirtschaft“ dargestellt. Eine bauliche Entwicklung wäre nur unter Einbeziehung der angrenzenden Flächen auf der Grundlage eines Bebauungsplanes möglich. Eine Alleinentwicklung als Hinterlandbebauung erfüllt nicht die Voraussetzungen für eine Ergänzungssatzung.

Flurstück 108:

Das ca. 5.600 m² große Flurstück liegt nördlich des Vogelschutzgebietes Hellwegbörde und ist als Acker-Grünland klassifiziert. Im Osten grenzt es an einen nicht ausgebauten Wirtschaftsweg. Ausgehend von diesem Wirtschaftsweg wäre evtl. eine einzeilige Bebauung auf der Grundlage einer Ergänzungssatzung denkbar, wobei das Flurstück 112/18 mit berücksichtigt werden müsste, um so die Verbindung zur bestehenden Innenbereichssatzung herzustellen. Eine Erschließung der gesamten Fläche könnte nur auf der Grundlage eines Bebauungsplanes erfolgen. Mit der Ausweisung von Bauland auf der Grundlage einer Ergänzungssatzung oder durch einen Bebauungsplan sind auch gesteigerte Anforderungen an dauerhaft vorzuhaltende Infrastruktureinrichtungen verbunden. Dies betrifft insbesondere die verkehrliche sowie abwassertechnische Erschließung, also die in diesem Zusammenhang zu unterhaltenden Straßen und Abwassereinrichtungen. Der asphaltierte Bereich der Straße „Auf dem Felde“ endet auf Höhe der vorhandenen Bebauung und verläuft als unbefestigter Weg weiter in südliche Richtung. Zur ordnungsgemäßen verkehrlichen Erschließung müsste hier eine Ergänzung der Straße erfolgen. Hierzu wäre mit dem Antragsteller zur Übernahme der Ausbaukosten ein entsprechender Erschließungsvertrag abzuschließen. Im Ergebnis liegen die Voraussetzungen für die Integration der gesamten Fläche des Flurstückes 108 in den Innenbereich auf der Grundlage einer Ergänzungssatzung nicht vor

Insgesamt drängen sich die Flurstücke 78 und 108 auch unter Berücksichtigung städtebaulicher Aspekte für eine Siedlungsentwicklung nicht auf, da an anderer Stelle geeignete Flächen im Ortsteil Stocklarn vorhanden sind.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Planung, Naturschutz und Umwelt empfiehlt dem Rat, den Antrag auf Erweiterung des Innenbereiches für den Ortsteil Stocklarn abzulehnen.

| | | | |
|--|--------------------------------|------------------------------|-------------------------------|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | | |
| | Fachbereich Az.: 66-20-01/3 | Sachbearbeiter/in: Datum: | Herr Hückelheim 30.11.2017 |

| | | | |
|-----------------------|----------------------|-------------------|--|
| Bürgermeister | <i>Schm 30.11.17</i> | Allg. Vertreter | |
| Fachbereichsleiter/in | <i>Hü 30.11.17</i> | Sachbearbeiter/in | |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----------|-------------|---------------------|----------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| GPNU | 1 | oef | 04.10.2017 | einstimmig | 8 | - | 2 |
| HFA | 11 | oef | 29.11.2017 | Beschlussunfähigkeit | | | |
| RAT | <i>13</i> | oef | 13.12.2017 | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Gemeinde Welver für den Zeitraum 2018 bis 2023

hier: Beschlussfassung über die wesentlichen Inhalte des Abwasserbeseitigungskonzeptes

Sachdarstellung zur Sitzung am 04.10.2017:

Die Gemeinden in NRW sind im Rahmen der Daseinsvorsorge zur ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung verpflichtet. Diese Verpflichtung umfasst u.a. die Aufstellung und Fortschreibung eines s. g. Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK). Das ABK ist nach einem Zeitraum von sechs Jahren fortzuschreiben und die Fortschreibung der Genehmigungsbehörde zwecks Zustimmung vorzulegen. Die letzte Fortschreibung des ABK der Gemeinde Welver erfolgte für den Zeitraum 2012 bis 2017. Somit ist der Genehmigungsbehörde in 2017 eine Fortschreibung des ABK für den Zeitraum 2018 bis 2023 vorzulegen.

Im Juni 2017 wurde das Ingenieurbüro Volker Kresse mit den unterstützenden Arbeiten zur Fortschreibung des ABK beauftragt. Nach bereits erfolgter Datenübernahme wird zurzeit ein Datenabgleich durchgeführt und die entsprechenden Tabellen aktualisiert. Im Rahmen der Sitzung wird Herr Dipl.-Ing. Kresse den Stand der Arbeiten vorstellen und erläutern. Von Seiten der Bez.-Reg. Amsberg erging mit Verfügung vom 11.09.2017 eine Aufforderung zur fristgerechten Vorlage des fortgeschriebenen ABK, die als Anlage beigefügt ist.

Beschlussvorschlag:

Da zunächst die Vorstellung des Sachstandes sowie die anschließende Beratung im Ausschuss abzuwarten ist, ergeht von Seiten der Verwaltung zurzeit kein Beschlussvorschlag.

Beratung in der Sitzung des GPNU am 04.10.2017:

Herr Kresse stellt eingangs der Beratung den Stand der Arbeiten für die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für den Zeitraum 2018 bis 2023 (ABK) vor. Anschließend beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder.

Ergänzend führt FBL Hückelheim aus, dass die im derzeit geltenden ABK noch enthaltenen Kanalisationsmaßnahmen für die Ortsteile Berwicke, Einecke, Klotingen und Stocklarn in der Fortschreibung als „wegfallend“ dargestellt werden sollten. Die Alternative dazu könnte derzeit nur als geplante dezentrale Abwasserbeseitigung mittels Kleinkläranlagen innerhalb der betreffenden Ortsteile überschrieben und die Grenzen dieser Gebiete bestimmt werden. Über Umsetzungszeiträume und Kosten könnten derzeit noch keine Angaben gemacht werden. Bei der Verwendung der Reinvestitionsmittel könnten die betreffenden Ortsteile somit noch nicht berücksichtigt werden. Der eigentlich unzureichende Planungsstand für die betreffenden Ortsteile im Hinblick auf die anstehende Fortschreibung des ABK ließe sich damit begründen, dass die Gemeinde durch die Aufhebung des Ratsbeschlusses durch die Kommunalaufsicht im Zusammenhang mit der Anordnung der sofortigen Vollziehung seit ca. einem Jahr an der Erarbeitung entsprechender Plangrundlagen gehindert ist.

AM Rohe gibt an, dass in der Maßnahmenliste für die ABK-Fortschreibung die abwassertechnische Sanierung in den Ortsteilen Borgeln und Schwefe vorrangig darzustellen sei. FBL Hückelheim, bestätigt, dass bei der Erarbeitung des ABK-Entwurfes die Ortsteile Borgeln und Schwefe in der Priorisierung der Sanierungsmaßnahmen vorrangig sind.

Beschluss des GPNU vom 04.10.2017:

Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Planung, Natur und Umwelt beschließt mit

8 Ja-Stimmen und
2 Enthaltungen,

den vorgestellten Stand der Arbeiten für die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für den Zeitraum 2018 bis 2023 zu billigen. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf der ABK-Fortschreibung vorzulegen, bei dem die von der Verwaltung in der Sitzung vorgestellten Punkte zu berücksichtigen sind.

Sachdarstellung zur Sitzung des HFA am 29.11.2017:

Im Nachgang zur GPNU-Sitzung am 04.10.2017 fand am 26.10.2017 im Rathaus der Gemeinde Welver ein Behördentermin auf der Arbeitsebene statt. Mit Vertretern der Bezirksregierung Arnsberg, der Unteren Wasserbehörde des Kreises Soest sowie dem beauftragten Ingenieurbüro wurden die erforderlichen Inhalte des Abwasserbeseitigungskonzeptes für den Zeitraum 2018 – 2023 konkretisiert. Bei diesem Gespräch konnte keine Einigung hinsichtlich der abwassertechnischen Darstellung der Ortsteile Berwicke, Einecke, Klotingen und Stocklarn erwirkt werden. Die Bezirksregierung hat in diesem Gespräch bestätigt, dass die Zustimmung zum ABK versagt würde, sofern in den betreffenden Ortsteilen keine Kanalisation als durchzuführende Abwassermaßnahme dargestellt würde. Es dürfte wohl auch nicht mit einer partiellen Zustimmung zum ABK außerhalb der vier Ortsteile gerechnet werden, wie es noch im ABK für den Zeitraum 2006 bis 2011 gehandhabt wurde.

Darüber hinaus fand am 06.11.2017 ein Gespräch mit Herrn Regierungspräsident Hans-Josef Vogel und Herrn Bürgermeister Schumacher auf der Ebene der zuständigen Abteilungsleiter statt. Um das Gespräch hatte Herr Schumacher aufgrund der nach seiner Einschätzung unangemessenen Aufforderung zur Stellungnahme noch vor der eigentlichen Abgabe des ABK gebeten. Herr Vogel hat dieses Gespräch jedoch genutzt, um als Regierungspräsident in aller Deutlichkeit klar zu machen, dass für eine dezentrale Entwässerung mittels Kleinkläranlagen keinerlei Spielräume bestünden. Er ging sogar so weit, die Frage der persönlichen Haftung für den Rat und die Verwaltung im Falle eines Umweltschadens in den Raum zu stellen.

Leider ist nun der zuständige Mitarbeiter des beauftragten Ingenieurbüros, der sich zuvor vollständig in die Aufgaben der ABK-Fortschreibung eingearbeitet hat, bis auf weiteres erkrankt. Es ist somit zu befürchten, dass das ABK bis zur Ratssitzung am 15.12.2017 nicht vollständig erstellt werden kann.

Verwaltungsseitig wird nunmehr versucht, bis zur Sitzung des HFA zumindest die ausgearbeitete Maßnahmenliste für das Abwasserbeseitigungskonzept vorzulegen. Die Maßnahmenliste stellt im ABK das wesentliche Steuerungsinstrument für den zukünftigen Stand der gemeindlichen Abwasserbeseitigung dar. So soll aus der Maßnahmenliste jede vorgesehene Abwassermaßnahme, die grob geschätzten Kosten, der Maßnahmenbeginn und der Umsetzungsstand hervorgehen. Die Maßnahmenliste befindet sich derzeit noch in Bearbeitung. Sobald ein Entwurf vorliegt wird dieser umgehend an die Fraktionen weitergeleitet.

Beschlussvorschlag:

Da zunächst die Vorstellung der Maßnahmenliste zum Abwasserbeseitigungskonzept 2018 – 2023 sowie die anschließende Beratung im Ausschuss abzuwarten sind, ergeht von Seiten der Verwaltung zurzeit kein Beschlussvorschlag.

Sachdarstellung zur Sitzung des Rates am 13.12.2017:

Aufgrund der krankheitsbedingten Verzögerung bei der Erarbeitung der ABK-Fortschreibung für den Zeitraum 2018 bis 2023 wurde mit der Bezirksregierung Arnsberg vereinbart, dass noch in diesem Jahr zumindest die vom Gemeinderat beschlossene Maßnahmenliste, eine planerische Darstellung der Maßnahmen sowie eine Aussage zu der zukünftigen Entwässerung in den Ortsteilen Berwicke, Einecke, Klotingen und Stocklarn, die als Sonderentwässerungsgebiete bezeichnet sind, vorgelegt wird.

Als Verwaltungsvorschlag liegt der Beschlussvorlage eine entsprechende Maßnahmenliste bei. Die Zuordnung der Realisierungskosten je Maßnahme im verbindlichen Ausführungszeitraum I von 2018 bis 2023 erfolgte mit der Zielsetzung, an neuen Maßnahmen jährlich ca. 800.000 Euro zuzüglich bereits begonnener oder verschobener Maßnahmen aus dem bisherigen ABK in Höhe von ca. 1,25 Mio. Euro zu investieren. Somit ergeben sich für die nächsten 6 Jahre bis 2023 insgesamt ca. 4,8 Mio. Euro zzgl. 1,25 Mio. Euro, also ca. 6,05 Mio. Euro (exakt 6,034 Euro). Bereits bekannte Maßnahmen, die in diesem Zeitraum nicht mehr geleistet werden können, sind in den (unverbindlichen) Ausführungszeitraum II von 2024 bis 2029 gelegt worden. Im Ausführungszeitraum II sind Realisierungskosten von insgesamt 3, 379 Mio. Euro dargestellt.

Dem beauftragten Ingenieurbüro ist es trotz des zwischenzeitlichen krankheitsbedingten Ausfalls gelungen, die planerische Darstellung der anstehenden ABK-Maßnahmen zu erarbeiten. So sind zwei Übersichtskarten entstanden, eine für das Kanalnetz und die Sonderbauwerke und eine für die Maßnahmen. Die Plandarstellungen werden gemeinsam mit der Maßnahmenliste in der Sitzung nochmals vorgestellt. Den Fraktionen wurden die beiden Übersichtskarten bereits auf digitalem Wege zur Verfügung gestellt.

In den Sonderentwässerungsgebieten wurden die Maßnahmen zur Beseitigung des Schmutzwassers auf Vorschlag der gemeindlichen Rechtsvertreter möglichst neutral für die Dauer des zurzeit laufenden Rechtsstreits dargestellt. Dazu sind weitergehende textliche Erläuterungen notwendig, die zwischenzeitlich durch die Verwaltung erarbeitet wurden und auch bereits von den Rechtsvertretern in gemeinsamer Abstimmung geprüft werden konnten. Als weitere Anlage ist dieser Beschlussvorlage die geprüfte und von Herrn Prof. Dr. Kotulla verbesserte Ausarbeitung der Erläuterungen zur zukünftigen Schmutzwasserbeseitigung als Entwurf beigefügt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Maßnahmenliste als Maßnahmenprogramm für die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Gemeinde Welver für den Zeitraum 2018 bis 2023.

2. Der Rat beschließt die vorgestellten Übersichtskarten

- a.) Kanalnetz und Sonderbauwerke
- b.) Maßnahmen

als planerische Darstellung des Maßnahmenprogramms für die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Gemeinde Welver für den Zeitraum 2018 bis 2023.

3. Der Rat beschließt die als Anlage beigefügten Erläuterungen zur zukünftigen Schmutzwasserbeseitigung in den Sonderentwässerungsgebieten als Bestandteil des Erläuterungstextes für die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Gemeinde Welver für den Zeitraum 2018 bis 2023.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, das Maßnahmenprogramm, die planerische Darstellung des Maßnahmenprogramms und die Erläuterungen zur zukünftigen Schmutzwasserbeseitigung in den Sonderentwässerungsgebieten als verbindliche Bestandteile der Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Gemeinde Welver für den Zeitraum 2018 bis 2023 der Bezirksregierung Arnsberg bis zum 31.12.2017 zuzuleiten.



Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Gemeinde Welver 2018 - 2023
Maßnahmenliste

| Bau- beginn | ABK-Nr. | Maßnahmenbezeichnung | Art | Umsetzung | Ausführungszeitraum des vergangenen ABK (Kostenangaben in Tausend Euro) | | | | | | Verbindlicher Ausführungszeitraum I (Kostenangaben in Tausend Euro) | | | | | | Ausführungs- zeitraum II |
|----------------|----------|---|-----|---------------|--|------|------|------|------|------|--|------|------|------|------|------|-----------------------------|
| | | | | | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 - 2029 |
| 2012 | B 1.0.1 | SW Kanal, Gartenstraße | 3 | abgeschlossen | 50 | | | | | | | | | | | | |
| 2013 | B 1.5.8 | Anschluss Liethe 1a mittels DRLT. | 1 | abgeschlossen | | 19 | | | | | | | | | | | |
| 2012 | B 4.1 | Gewerbegebiet Scheidingen RRB / RKB | 1 | abgeschlossen | 773 | | | | | | | | | | | | |
| 2013 | B 15.9 | Schwefe, PW Zum Vulting (BÜ lb), Erneuerung der Maschinentchnik | 3 | abgeschlossen | | 32 | | | | | | | | | | | |
| 2013 | B 4.3 | Sanierung MW-Kanal Kreisverkehr Am Zollbaum / Heckenbrei L 669 / L 795 | 3 | abgeschlossen | | 50 | | | | | | | | | | | |
| 2013 | C 8.2 | Anschluss an vorh. DRLT.: Schföhholz und Buchenstraße | 1 | abgeschlossen | | 100 | | | | | | | | | | | |
| 2012 | E 1.5.15 | Ortsteil Schwefe, Kanalbefahrung n. SöwVO Abw | 16 | abgeschlossen | | 54 | | | | | | | | | | | |
| 2013 | E 1.5.4 | Ortsteil Scheidingen, Kanalbefahrung n. SöwVO Abw | 16 | abgeschlossen | | 69 | | | | | | | | | | | |
| 2013 | E 1.6.14 | ZAP Ortsteil Borgeln, inkl. Fremdwasser- und Kanalsanierungskonzept | 16 | abgeschlossen | | 70 | | | | | | | | | | | |
| 2013 | E 1.6.15 | ZAP Ortsteil Schwefe, inkl. Fremdwasser- und Kanalsanierungskonzept | 16 | abgeschlossen | | 66 | | | | | | | | | | | |
| 2014 | E 1.6.4 | ZAP Ortsteil Scheidingen, inkl. Fremdwasser- und Kanalsanierungskonzept | 16 | im Bau | | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 32 | | | | | | |
| 2014 | B 14.8.1 | Sanierung Kanalnetz Borgeln gemäß ZAP, 1. BA MW Kanal Bahnkreuzung (Entwurfs- und Ausführungsplanung) | 3 | im Bau | | | 5 | 5 | 10 | | 50 | 50 | | | | | |
| 2014 | B 14.8.2 | Sanierung Kanalnetz Borgeln gemäß ZAP, 1. BA MW Kanal Diedr.-Dülm.-Straße | 3 | abgeschlossen | | | | 142 | | | | | | | | | |
| 2018 | B 14.8.3 | Sanierung Kanalnetz Borgeln gemäß ZAP, 1. BA Kellerstr. Schachtsanierung | 3 | verschoben | | | | | | | 50 | | | | | | |
| 2014 | B 5.1 | Flerke, Pappelallee, Verlegung der Einleitungsstelle E 5.2 | 13 | abgeschlossen | | | 85 | | | | | | | | | | |
| 2013 | B 6.2a | SW- Kanal Dinker Berg | 3 | abgeschlossen | | 135 | | | | | | | | | | | |
| 2013 | B 6.2b | RW- Kanal + Sanierung Vorflut Dinker Berg | 3 | abgeschlossen | | 190 | | | | | | | | | | | |
| 2013 | B 7.6c | Am Tempel / Köhner Weg Druckentwässerungsnetz | 1 | abgeschlossen | | | 785 | | | | | | | | | | |
| 2014 | E 1.6.1a | ZAP Zentralort Süd, inkl. Fremdwasser- und Kanalsanierungskonzept | 16 | im Bau | | | 25 | 25 | 25 | 25 | 35 | | | | | | |
| 2014 | E 1.6.1b | ZAP Zentralort Nord, inkl. Fremdwasser- und Kanalsanierungskonzept | 16 | im Bau | | | 10 | 10 | 10 | 10 | 5 | | | | | | |
| 2015 | A 9.1 | RW-Kanal Brunnenstraße | 3 | abgeschlossen | | | | 8 | | | | | | | | | |
| 2015 | B 4.4.1 | Sanierung des RÜ Scheidingen, Landwehrbach E 4.1 Genehmigungsplanung | 3 | abgeschlossen | | | | 15 | | | | | | | | | |
| 2016 | B 4.4.2 | Sanierung des RÜ Scheidingen, Landwehrbach E 4.1 Bauausführung | 3 | abgeschlossen | | | | | 480 | | | | | | | | |
| 2015 | B 6.5 | Dinker, PW Schwannemühle, Erneuerung der Maschinentchnik | 3 | abgeschlossen | | | | 75 | | | | | | | | | |
| 2016 | C 7.2a | Anschluss a vorh. DRLT.: Rübekamp 10 | 1 | abgeschlossen | | | | | 15 | | | | | | | | |
| 2015 | E 1.5.1a | Zentralort Süd, Zweite Kanalbefahrung n. SöwVO Abw | 16 | abgeschlossen | | | | 120 | | | | | | | | | |
| 2016 | E 1.5.1b | Zentralort Nord, Zweite Kanalbefahrung n. SöwVO Abw | 16 | abgeschlossen | | | | | 87 | | | | | | | | |
| 2015 | E 1.5.6 | Ortsteil Dinker, Zweite Kanalbefahrung n. SöwVO Abw | 16 | abgeschlossen | | | | 39 | | | | | | | | | |
| 2015 | E 1.5.7 | Ortsteil Vellinghausen / Eilmsen, Zweite Kanalbefahrung n. SöwVO Abw | 16 | abgeschlossen | | | | 29 | | | | | | | | | |
| 2018 | B 1.5.10 | Anschluss Schwarzer Weg 35 mittels DRLT. | 1 | im Bau | | | | | | | 7 | | | | | | |
| 2017 | B 1.5.11 | RW-Kanal Eichenstraße | 2 | abgeschlossen | | | | | 100 | | | | | | | | |
| 2018 | B 1.5.9 | Anschluss Heideweg 4 mittels DRLT. | 1 | im Bau | | | | | | | 9 | | | | | | |
| 2018 | B 14.7.1 | Anschluss Bördestr. 25 mittels DRLT. | 1 | im Bau | | | | | | | 15 | | | | | | |
| 2018 | B 14.7.2 | Anschluss Bördestr. 57 mittels DRLT. | 1 | im Bau | | | | | | | 10 | | | | | | |
| 2018 | B 14.7.3 | Anschluss Bördestr. 29a mittels DRLT. | 1 | im Bau | | | | | | | 15 | | | | | | |
| | B 14.8.4 | Sanierung Kanalnetz Borgeln gemäß ZAP, 2. BA (Ersetzt durch B 14.8.4.1 - 3 + 9) | 3 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| 2018 | B 6.4.1 | RKB / RRB Dinker Genehmigungsplanung / Grunderwerb | 9 | verschoben | | | | | | | 60 | | | | | | |
| 2018 | B 6.4.2 | RKB / RRB Dinker Bauausführung | 9 | verschoben | | | | | | | 550 | | | | | | |
| 2018 | B 7.9 | Domenkamp 5 und gegenüberliegende Baugrundstücke mittels DRLT. | 1 | im Bau | | | | | | | 15 | | | | | | |
| | C 29.6 | DRL, Anschluss Sägemühlenweg 11 an MW-Kanal | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| 2018 | E 1.5.5 | Ortsteil Flerke, Zweite Kanalbefahrung n. SöwVO Kan | 16 | im Bau | | | | | | | 29 | | | | | | |
| 2016 | E 4.1 | RÜB I Sko Landwehrbach Wasserstandsmessung | 16 | abgeschlossen | | | | | 12 | | | | | | | | |
| | B 14.8.5 | Sanierung Kanalnetz Borgeln gemäß ZAP, 3. BA (Ersetzt durch B 14.8.5.10 - 15) | 3 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |



Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Gemeinde Welver 2018 - 2023
Maßnahmenliste

| Bau- beginn | ABK-Nr. | Maßnahmenbezeichnung | Art | Umsetzung | Ausführungszeitraum des vergangenen ABK (Kostenangaben in Tausend Euro) | | | | | | Verbindlicher Ausführungszeitraum I (Kostenangaben in Tausend Euro) | | | | | | Ausführungs- zeitraum II |
|----------------|-------------|---|-----|------------|--|------|------|------|------|------|--|------|------|------|------|------|-----------------------------|
| | | | | | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 - 2029 |
| | B 15.7 | Schwefe, Systementflechtung Trenn- und Mischwasserkanalisation (Ersetzt durch B.15.10.1.1) | 2 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| 2013 | B 15.10.1.1 | Schwefe ZAP, 1 BA Fremdwasser Gräben Soestweg (Ersetzt durch B.15.7) | 5 | im Bau | | | 15 | 5 | | | | 260 | | | | 172 | |
| 2019 | E 1.4 | Emissionsbetrachtungen für Netze und Einleitungsstellen, Ing.-Kosten | 16 | verschoben | | | | | | | | | 15 | | | | |
| 2018 | E 1.5.3 | Ortsteil Illingen, Erste Kanalbefahrung n. SöwVO Kan | 16 | verschoben | | | | | | | | 13 | | | | | |
| | A 2.1 | DRL Strang 2.2 DN 125 Klotingen (Ersetzt durch AB 2.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | A 2.2 | PW Klotingen (Ersetzt durch AB 2.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | A 11.1 | Kläranlage Berwicke / Stocklam (Ersetzt durch AB 11.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | A 11.2 | DRL Strang 4.1 DN 80 Berwicke (Ersetzt durch AB 11.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | A 11.3 | PW Berwicke (Ersetzt durch AB 11.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | A 12.1 | DRL Strang 4.2 DN 80 Stocklam (Ersetzt durch AB 12.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | A 12.2 | PW Stocklam (Ersetzt durch AB 12.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | A 16.1 | DRL Strang 5.2 Einecke (Ersetzt durch AB 16.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | A 16.2 | PW Einecke (Ersetzt durch AB 16.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | AB 2.SW.0 | Entscheidung über die zukünftige SW-Entwässerung im Ortsteil Klotingen (Ersetzt A 2.1, A 2.2, B 2.SW.1 und B2.SW.2, kann aber erst nach abschließender verwaltungsgerichtlicher Entscheidung konkretisiert werden) | 13 | neu | | | | | | | | | | | | | |
| | AB 11.SW.0 | Entscheidung über die zukünftige SW-Entwässerung im Ortsteil Berwicke (Ersetzt A 11.1, A 11.2, A 11.3, B 11.SW.1 und B11.SW.2, kann aber erst nach abschließender verwaltungsgerichtlicher Entscheidung konkretisiert werden) | 13 | neu | | | | | | | | | | | | | |
| | AB 12.SW.0 | Entscheidung über die zukünftige SW-Entwässerung Ortsteil im Stocklam (Ersetzt A 12.1, A 12.2, B 12.SW.1 und B 12.SW.2, kann aber erst nach abschließender verwaltungsgerichtlicher Entscheidung konkretisiert werden) | 13 | neu | | | | | | | | | | | | | |
| | AB 16.SW.0 | Entscheidung über die zukünftige SW-Entwässerung Ortsteil Einecke (Ersetzt A 16.1, A 16.2, B 16.SW.1, B 16.SW.2 und B 16.SW.3, kann aber erst nach abschließender verwaltungsgerichtlicher Entscheidung konkretisiert werden) | 13 | neu | | | | | | | | | | | | | |
| 2021 | B 1.0.2 | RRB I + RRB IIIb, Baugbiet im Hagen; mit Regenwasserbehandlung | 10 | neu | | | | | | | | | | | | 200 | |
| 2020 | B 1.0.3 | Regenklärung Kat. II der Einleitungsstelle E 1.14 | 9 | neu | | | | | | | | | | | | 50 | |
| 2020 | B 1.0.4 | Regenklärung Kat. II der Einleitungsstelle E 1.31 | 9 | neu | | | | | | | | | | | | 50 | |
| 2024-2029 | B 1.1.1 | RRB 2, Gestaltung des Klosterteiches (zurückgestellt zwecks Berücksichtigung des ZAP Zentralort) | 10 | verschoben | | | | | | | | | | | | | 220 |
| 2021 | B 1.1.2 | ZAP Zentralort Kanalsanierung (Pauschalansätze) | 3 | neu | | | | | | | | | | | | 250 | 300 |
| 2024-2029 | B 1.2.1 | RRB Grüne Aue (zurückgestellt zwecks Berücksichtigung des ZAP Zentralort) | 10 | verschoben | | | | | | | | | | | | | 300 |
| 2022 | B 1.4.6 | MW-Kanal Hachenstraße | 2 | neu | | | | | | | | | | | | | 38 |
| 2022 | B 1.4.8a | MW-Kanal Werler Straße | 2 | verschoben | | | | | | | | | | | | | 50 |
| 2022 | B 1.4.9c | Sickermulde "Smiths Aue", E1.33 | 12 | neu | | | | | | | | | | | | | 25 |
| 2024-2029 | B 2.RW.1 | Teil-EZG Klotingen Zur Bonnekoh | 9 | verschoben | | | | | | | | | | | | | 28 |
| 2024-2029 | B 2.RW.2 | Teil-EZG Klotingen süd und östl Bereich Breite Straße | 9 | verschoben | | | | | | | | | | | | | 30 |
| | B 2.SW.1 | DRLt. Entwässerung Klotingen Ortslage (Ersetzt durch AB 2.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | B 2.SW.2 | DRLt. Entwässerung Klotingen Bonnekoh (Ersetzt durch AB 2.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| 2022 | B 4.2 | Ausgleichsmaßnahmen im Gewässer für die überlastete Einleitung E 4.1 | 11 | neu | | | | | | | | | | | | | 42 |
| 2021 | B 4.4 | ZAP Scheidingen Kanalsanierung (Pauschalansätze) | 3 | neu | | | | | | | | | | | | 100 | 100 |
| 2024-2029 | B 7.8 | Balthornweg / Westholz Druckentwässerungsnetz | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 215 |
| 2024-2029 | B 11.RW.1 | Teil-EZG Berwicke Schmidestraße und süd. Hüftenstraße | 9 | verschoben | | | | | | | | | | | | | 62 |
| 2024-2029 | B 11.RW.2 | Teil-EZG Berwicke westl. Stichweg der K 6 Merschstr + westl. Klosterstraße | 9 | verschoben | | | | | | | | | | | | | 20 |
| 2024-2029 | B 11.RW.3 | Teil-EZG Berwicke nördl. Hüftenstraße und mittel. Bereich Klosterstraße | 9 | verschoben | | | | | | | | | | | | | 26 |



Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Gemeinde Welver 2018 - 2023
Maßnahmenliste

| Bau- beginn | ABK-Nr. | Maßnahmenbezeichnung | Art | Umsetzung | Ausführungszeitraum des vergangenen ABK (Kostenangaben in Tausend Euro) | | | | | | | Verbindlicher Ausführungszeitraum I (Kostenangaben in Tausend Euro) | | | | | Ausführungs- zeitraum II | |
|----------------|---------------|--|-----|------------|--|------|------|------|------|------|------|--|------|------|------|------|-----------------------------|-----|
| | | | | | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 - 2029 | |
| 2024-2029 | B 11.RW.4 | Teil-EZG Berwicke östl. Klosterstraße und nördl. Kaiserweg | 9 | verschoben | | | | | | | | | | | | | | 59 |
| | B 11.SW.1 | DRLI. Entwässerung Berwicke Ortslage "Ost" (Ersetzt durch AB 11.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | | |
| | B 11.SW.2 | DRLI. Entwässerung Berwicke Ortslage "West" (Ersetzt durch AB 11.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | | |
| 2024-2029 | B 12.RW.1 | Teil-EZG Stocklam südl. Bereich Stocklamer Straße | 9 | verschoben | | | | | | | | | | | | | | 177 |
| 2024-2029 | B 12.RW.2 | Teil-EZG Stocklam nordwestl. Bereich Ringstraße | 9 | verschoben | | | | | | | | | | | | | | 61 |
| 2024-2029 | B 12.RW.3 | Teil-EZG Stocklam östl. Bereich Ringstraße | 9 | verschoben | | | | | | | | | | | | | | 19 |
| | B 12.SW.1 | DRLI. Entwässerung Stocklam "In der Helle / Bruchstraße" (Ersetzt durch AB 12.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | | |
| | B 12.SW.2 | DRLI. Entwässerung Stocklam "Ortslage" (Ersetzt durch AB 12.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | | |
| | B 14.3 | RRB Borgeln, Standort nördlich der Bahn (Ersetzt durch B 14.8.6.18) | 10 | entfallen | | | | | | | | | | | | | | |
| | B 14.4 | Staukanal Am Butterkamp/Butterberge, Kanalaustauraum (dafür als Alternative B 14.8.4.9 eingestellt) | 2 | entfallen | | | | | | | | | | | | | | |
| 2018 | B 14.8.3.4 | Borgeln ZAP, 1. BA Haupt MW-Sammler vom RÜB (Sko) bis zur Bahn | 2 | im Bau | | | | | | | | 200 | | | | | | |
| 2020 | B 14.8.3.5 | Borgeln ZAP, 1. BA Vorflutregelung nördl. Und parallel Bahn | 4 | im Bau | | | | | | | | | | 40 | | | | |
| 2020 | B 14.8.3.6 | Borgeln ZAP, 1. BA Haupt MW-Sammler im vorh. Bahndurchlass / Verdämmung DL | 2 | im Bau | | | | | | | | | | 240 | | | | |
| 2021 | B 14.8.3.7 | Borgeln ZAP, 1. BA Haupt MW-Sammler Weg z. Bahn bis Diedr.-Dülm.-Straße | 2 | im Bau | | | | | | | | | | | 80 | | | |
| 2020 | B 14.8.4.1 | Borgeln ZAP, 2. BA E-Schieber (Drossel RÜB) | 2 | neu | | | | | | | | | | 14 | | | | |
| 2020 | B 14.8.4.2 | Borgeln ZAP, 2. BA Verbindung DN 200 Achterkämpfe / Am Bahnhof | 2 | neu | | | | | | | | | | 6 | | | | |
| 2020 | B 14.8.4.3 | Borgeln ZAP, 2. BA Beseitigung Verbindung SW-Kanal zum RÜB | 2 | neu | | | | | | | | | | 3 | | | | |
| 2018 | B 14.8.4.9 | Borgeln ZAP, 2. BA MW-Sammler Kelterstraße | 2 | neu | | | | | | | | 265 | | | | | | |
| 2020 | B 14.8.5.10 | Borgeln ZAP, 3. BA Umschlüsse RW Hammer Straße L 670 | 9 | neu | | | | | | | | | | 15 | | | | |
| 2020 | B 14.8.5.11 | Borgeln ZAP, 3. BA RW Kanal Oststraße (Entflechtung) | 2 | neu | | | | | | | | | | 30 | | | | |
| 2020 | B 14.8.5.12 | Borgeln ZAP, 3. BA RW Kanal Bereich Kindergarten (Entflechtung) | 2 | neu | | | | | | | | | | 35 | | | | |
| 2020 | B 14.8.5.13 | Borgeln ZAP, 3. BA RW Kanal Schützenhalle / FWGH (Entflechtung) | 2 | neu | | | | | | | | | | 60 | | | | |
| 2020 | B 14.8.5.14 | Borgeln ZAP, 3. BA RW Kanal Auf'm Loh / Bördestr (Entflechtung) | 2 | neu | | | | | | | | | | 39 | | | | |
| 2020 | B 14.8.5.15 | Borgeln ZAP, 3. BA RW Kanal Blumenstraße Erneuerung | 2 | neu | | | | | | | | | | 80 | | | | |
| | B 14.8.6 | Sanierung Kanalsatz Borgeln gemäß ZAP, 4. BA (Ersetzt durch B 14.8.6.18-20) | 3 | entfallen | | | | | | | | | | | | | | |
| 2020 | B 14.8.6.15.1 | Borgeln ZAP, 4. BA RW-Kanal Jahnstraße Erneuerung | 9 | neu | | | | | | | | | | 50 | | | | |
| 2022 | B 14.8.6.18 | Borgeln ZAP, 4. BA RRB/RÜB Borgeln u. Verbesserung der Gewässerstrukturgüte | 11 | neu | | | | | | | | | | | 200 | | | |
| 2023 | B 14.8.6.19 | Borgeln ZAP, 4. BA RRB u. Verbesserung der Gewässerstrukturgüte | 11 | neu | | | | | | | | | | | | | 150 | |
| 2019 | B 14.8.6.20 | Borgeln ZAP, 4. BA Evtl. Erhöhung der Schwelle BÜ Borgeln | 8 | neu | | | | | | | | | 8 | | | | | |
| | B 14.9 | Borgeln, Regenklärung Kat. II / III der Einleitungsstelle E 14.1 (Ersetzt durch B 14.8.6.19) | 10 | entfallen | | | | | | | | | | | | | | |
| 2019 | B 14.9.1 | ZAP Borgeln Kanalsanierung nach TV Untersuchung 1. BA | 3 | neu | | | | | | | | | 110 | | | | | |
| 2020 | B 14.9.2 | ZAP Borgeln Kanalsanierung nach TV Untersuchung 2. BA | 3 | neu | | | | | | | | | | 90 | | | | |
| 2022 | B 15.8 | Schwefe, Ausgleich im Gewässer für überlastete Einleitungen E 15.3, 15.4, 15.6 | 11 | neu | | | | | | | | | | | | 55 | | |
| 2019 | B 15.10.1.2 | Schwefe ZAP, 1 BA Fremdwasser Sägemühlenweg (Abkopplung Gräben Schwefe Str.) | 5 | neu | | | | | | | | | 76 | | | | | |
| 2019 | B 15.10.1.3 | Schwefe ZAP, 1 BA Erneuerung RW Kanal Sägemühlenweg | 5 | neu | | | | | | | | | 53 | | | | | |
| 2018 | B 15.10.2.1 | Schwefe ZAP, 2 BA Umbau PW Schwefe Nord (Sägemühlenweg) | 8 | neu | | | | | | | | 100 | | | | | | |
| 2018 | B 15.10.2.2 | Schwefe ZAP, 2 BA Umbau PW Schwefe Mitte (Zum Vulting) | 8 | neu | | | | | | | | 80 | | | | | | |
| 2019 | B 15.10.2.3 | Schwefe ZAP, 2 BA BÜ Ib Umbau Tauchwand (PW Schwefe Mitte) | 8 | neu | | | | | | | | | | 10 | | | | |
| 2019 | B 15.10.2.4 | Schwefe ZAP, 2 BA RÜ Ib Umbau Tauchwand (PW Soestweg) | 8 | neu | | | | | | | | | | 14 | | | | |
| 2019 | B 15.10.2.5 | Schwefe ZAP, 2 BA RÜ Ia Umbau Tauchwand / Bauwerk (Wohlmeine) | 8 | neu | | | | | | | | | | 17 | | | | |
| 2019 | B 15.10.2.6 | Schwefe ZAP, 2 BA Aufhebung des RÜ Ib | 8 | neu | | | | | | | | | | 55 | | | | |
| 2019 | B 15.10.3.1 | Schwefe ZAP, 3 BA Erneuerung MW-Kanal Zum Vulting | 2 | neu | | | | | | | | | | 140 | | | | |



Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Gemeinde Welver 2018 - 2023
Maßnahmenliste

| Bau- beginn | ABK-Nr. | Maßnahmenbezeichnung | Art | Umsetzung | Ausführungszeitraum des vergangenen ABK (Kostenangaben in Tausend Euro) | | | | | | Verbindlicher Ausführungszeitraum f (Kostenangaben in Tausend Euro) | | | | | | Ausführungs- zeitraum II |
|-----------------------------|-------------|--|-----|---------------|--|------|------|------|------|------|--|------|------|------|------|------|-----------------------------|
| | | | | | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 - 2029 |
| 2019 | B 15.10.3.2 | Schwefe ZAP, 3 BA ZumVulting 10, 12, 14 Umstellung Misch- auf Trennsystem | 5 | neu | | | | | | | | 62 | | | | | |
| 2019 | B 15.10.4.1 | ZAP Schwefe Kanalsanierung nach TV Untersuchung 1. BA | 3 | neu | | | | | | | | 110 | | | | | |
| 2020 | B 15.10.4.2 | ZAP Schwefe Kanalsanierung nach TV Untersuchung 2. BA | 3 | neu | | | | | | | | | 90 | | | | |
| 2018 | B 15.11 | Sanierung PW Schwefe (Soestweg) | 3 | neu | | | | | | | 27 | | | | | | |
| 2024-2029 | B 16.RW | Teil-EZG Einecke nördl. Bereich Einecker Straße und Im Hufeisen | 9 | verschoben | | | | | | | | | | | | | 73 |
| | B 16.SW.1 | DRLt. Entwässerung Einecke "Ortslage" (Ersetzt durch AB 16.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | B 16.SW.2 | DRLt. Entwässerung Einecke "Auf der Höhe" (Ersetzt durch AB 16.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| | B 16.SW.3 | DRLt. Entwässerung Einecke "Am Birnbaum" (Ersetzt durch AB 16.SW.0) | 1 | entfallen | | | | | | | | | | | | | |
| 2024-2029 | C 3.1 | Entwässerungsgebiet Kaltenhagen, Scheidingen, DRLt. | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 70 |
| 2015 | C 3.2 | Entwässerungsgebiet Wambeler Straße 23, 23a Scheidingen, DRLt. | 1 | abgeschlossen | | | | 35 | | | | | | | | | |
| 2019 | C 7.1 | Anschluss an vorh. DRLt.: Hasselfeld Nr. 3 | 1 | neu | | | | | | | | 40 | | | | | |
| 2019 | C 8.3 | Kornmühle 3, Dorfwelver an DRLt. | 1 | neu | | | | | | | | 12 | | | | | |
| 2024-2029 | C 11.2 | Entwässerungsgebiet Westholz, Eilmsen-Vellinghausen DRLt. | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 84 |
| 2024-2029 | C 11.3 | Vellinghäuser Str. 12 u. 14, Vellinghausen DRLt. | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 23 |
| 2024-2029 | C 12.2 | Oittrup 36 u. 38, Vellinghausen DRLt. | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 48 |
| 2024-2029 | C 13.1 | Entwässerungsgebiet Kettlerholz, Dorfwelver DRLt. | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 170 |
| 2024-2029 | C 27.2 | Entwässerungsgebiet Huer, Borgeln/Berwicke, DRLt. | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 104 |
| 2024-2029 | C 30.1 | Entwässerungsgebiet Am Krausen Garten u. Baukeweg, DRLt. Schwefe | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 112 |
| 2024-2029 | C 30.2 | Entwässerungsgebiet Ölmühlenweg, Schwefe DRLt. | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 83 |
| 2024-2029 | C 33.1 | Entwässerungsgebiet Borgeler Linde 16 + 18 | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 63 |
| 2024-2029 | C 33.4 | Hammer Landstraße 1 u. 3, Borgeln DRLt. | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 52 |
| 2024-2029 | D 14.8.16 | Borgeln ZAP, SW/RW-Kanal nördl. Bördestraße / Baugebietenweiterung | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 60 |
| 2024-2029 | D 14.8.17 | Borgeln ZAP, Baulandenweiterung Bördestraße Erschließung | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 66 |
| 2024-2029 | D 14.8.9.1 | Borgeln ZAP, Erschließung B.-Plan Nr. 4 Am Butterberge / Butterweg | 1 | neu | | | | | | | | | | | | | 210 |
| 2018 | E 1.7 | Nachrüstung aller Pumpwerke mit einer Fernüberwachung, soweit noch nicht vorhanden | 16 | neu | | | | | | | | 30 | | | | | |
| 2024-2029 | E 1.8 | Zentralort, dritte Kanalbefahrung n. SÜwVO Abw | 16 | neu | | | | | | | | | | | | | 200 |
| 2024-2029 | E 3.1 | Nachrüstung mit Mess- und Regeltechnik, Illingen | 16 | verschoben | | | | | | | | 7 | | | | | |
| 2019 | E 3.2 | Fremdwasserkonzept, Ausw. TV-Unters. einschl. Sanierungskonzept, Illingen | 16 | neu | | | | | | | | 20 | | | | | |
| 2024-2029 | E 3.3 | Illingen, zweite Kanalbefahrung n. SÜwVO Abw | 16 | neu | | | | | | | | | | | | | 25 |
| 2023 | E 4.2 | Scheidingen, dritte Kanalbefahrung n. SÜwVO Abw | 16 | neu | | | | | | | | | | | | 90 | |
| 2019 | E 5.3 | Fremdwasserkonzept, Ausw. TV-Unters. einschl. Sanierungskonzept, Flerke | 16 | neu | | | | | | | | 20 | | | | | |
| 2024-2029 | E 5.4 | Flerke, dritte Kanalbefahrung n. SÜwVO Abw | 16 | neu | | | | | | | | | | | | | 35 |
| 2020 | E 6.1 | Fremdwasserkonzept, Ausw. TV-Unters. einschl. Sanierungskonzept, Dinker | 16 | neu | | | | | | | | | 20 | | | | |
| 2023 | E 6.2 | Dinker, dritte Kanalbefahrung n. SÜwVO Abw | 16 | neu | | | | | | | | | | | | 50 | |
| 2019 | E 7.1 | Fremdwasserkonzept, Ausw. TV-Unters. einschl. Sanierungskonzept, Vellingh.-Eilmsen | 16 | neu | | | | | | | | | 20 | | | | |
| 2023 | E 7.2 | Vellinghausen / Eilmsen, dritte Kanalbefahrung n. SÜwVO Abw | 16 | neu | | | | | | | | | | | | 55 | |
| 2024-2029 | E 14.1 | Borgeln, dritte Kanalbefahrung n. SÜwVO Abw | 16 | neu | | | | | | | | | | | | | 90 |
| 2019 | E 15.1 | Fremdwasserkonzept, Ausw. TV-Unters. einschl. Sanierungskonzept, Schwefe | 16 | verschoben | | | | | | | | 10 | | | | | |
| 2023 | E 15.2 | Schwefe, dritte Kanalbefahrung n. SÜwVO Abw | 16 | neu | | | | | | | | | | | | 59 | |
| Summen (in Tausend Euro) | | | | | 623 | 790 | 323 | 513 | 899 | 445 | 1.857 | 849 | 912 | 862 | 810 | 804 | 3.379 |
| | | | | | 3.243 | | | | | | 6.034 | | | | | | 3.379 |



Abwasserbeseitigungskonzept der Gemeinde Welver

Fortschreibung für den Zeitraum 2018 bis 2023

Erläuterungen zur zukünftigen Schmutzwasserbeseitigung in den Sonderentwässerungsgebieten:

I. Ausgangslage

Auf dem Gebiet der Gemeinde Welver befinden sich die vier räumlich abgegrenzten Ortsteile Berwicke, Einecke Klotingen und Stocklarn. Es handelt sich dabei jeweils um im Zusammenhang bebaute Ortsteile im Sinne des Baugesetzbuches (BauGB) und des Landeswassergesetzes NRW (LWG) mit planungsrechtlichen Innenbereichssatzungen gemäß § 34 Abs. 4 BauGB. Die Einwohnerzahlen belaufen sich zum Stand September 2017 für Berwicke mit 250 Einwohnern mit Hauptwohnsitz (HW) / 23 Einwohnern mit Nebenwohnsitz (NW), für Einecke mit 163 (HW) / 6 (NW) Einwohnern, für Klotingen mit 286 (HW) / 10 (NW) Einwohnern sowie für Stocklarn mit 180 (HW) / 9 (NW) Einwohnern. Alle betreffenden Ortsteile sind durch die Landwirtschaft und das Wohnen geprägt, produzierendes Gewerbe ist gar nicht oder kaum vorhanden.

Die Beseitigung des häuslichen Schmutzwassers erfolgt derzeit noch durch die Grundstückseigentümer in eigener Verantwortung auf der Grundlage des § 51 LWG (Übergangsregelung). Dafür betreiben die Eigentümer Kleinkläranlagen, die nach Kenntnis der Gemeinde weitestgehend dem Stand der Technik entsprechen. Die Untere Wasserbehörde des Kreises Soest hat den Grundstückseigentümern für den Betrieb der Anlagen Einleitungserlaubnisse erteilt, die in der Regel kausal befristet sind. So gelten die Erlaubnisse für die meisten Kleinkläranlagen bis zur Möglichkeit des Anschlusses an die öffentliche Kanalisation oder bis zur möglichen Übernahme des Schmutzwassers durch die Gemeinde. Die Erlaubnisse können zwar widerrufen werden, sind jedoch nicht an ein fixes Enddatum gebunden.

Soweit keine Einleitung ins Grundwasser vorgenommen wird, erfolgen die Einleitungen aus den Kleinkläranlagen in den Ortsteilen Einecke, Klotingen und Stocklarn in diverse Vorfluter, in Berwicke in den Soestbach. Der Gemeinde sind aufgrund der Einleitungen aus den privat betriebenen Kleinkläranlagen keine wasserwirtschaftlichen Missstände bekannt.

II. Zielsetzung der Gemeinde

Die Gemeinde favorisiert für die betreffenden Ortsteile eine dezentrale Entwässerung. Dazu hat der Gemeinderat bereits am 28.09.2016 eine Absichtserklärung beschlossen und den Bürgermeister beauftragt, zur Vorbereitung der textlichen Fassung einer dezentralen Schmutzwasserbeseitigung mittels Kleinkläranlagen innerhalb der ABK-Fortschreibung ein externes Gutachten in Auftrag zu geben. Darin sollte herausgearbeitet werden, ob und unter welchen Voraussetzungen es rechtlich möglich ist, eine gemeindliche dezentrale Schmutzwasserbeseitigung zu betreiben.

Ziel ist es, in den betreffenden Sonderentwässerungsgebieten dezentrale Systeme zu implementieren. Dabei wird in besonderem Maße auf die hinreichende Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Betriebssicherheit der einzelnen Anlagen zu achten sein. Sofern noch abflusslose Gruben existieren, sind diese durch moderne dezentrale Anlagen zu ersetzen. Über die grundsätzliche Zulässigkeit einer derartigen Beseitigungslösung besteht zwischen der Gemeinde Welper und der zuständigen Kommunalaufsicht Dissens. Aus diesem Anlass ist derzeit ein Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgericht Arnsberg (Az. 12 K 419/17) rechtshängig.

III. Darstellung im Abwasserbeseitigungskonzept

Aufgrund der gesetzlich geltenden Fristen ist das ABK für den Zeitraum 2018 bis 2023 verbindlich fortzuschreiben. Allerdings bleibt durch die Klage gegen den aufsichtsbehördlichen Verwaltungsakt zurzeit abzuwarten, ob das Eingreifen der unteren staatlichen Kommunalaufsicht tatsächlich zulässig war. Solange besteht ein faktisches Moratorium und der Gemeinde ist es in dieser Phase nicht möglich, verbindliche Aussagen zur zukünftigen Schmutzwasserbeseitigung in den Ortsteilen Berwicke, Einecke, Klotingen und Stocklarn zu treffen.

Vor diesem Hintergrund werden in der Maßnahmenliste die folgenden Maßnahmen als zukünftig wegfallend gekennzeichnet, nur um sich zunächst von der früheren Zielsetzung der Kanalisierung wieder zu lösen und eine neutrale, technikhabhängige Kennzeichnung zu erreichen:

Als künftig wegfallende Maßnahmen gekennzeichnet:

Äußere Erschließung:

- A.2.1 - Klotingen - DRL Strang 2.2 DN 125
- A 2.2 - Klotingen - Pumpwerk
- A 11.1 - Kläranlage Berwicke/Stocklarn -
- A 11.2 - Berwicke - DRL Strang 4.1 DN 80
- A 11.3 - Berwicke - Pumpwerk
- A 12.1 - Stocklarn - DRL Strang 4.2 DN 80
- A 12.2 - Stocklarn - Pumpwerk
- A 16.1 - Einecke - DRL Strang 5.2 DN 80
- A 16.2 - Einecke - Pumpwerk

Innere Erschließung:

- B.2.SW.1 - Klotingen - DRL-Entwässerung "Ortslage"
- B.2.SW.2 - Klotingen - DRL-Entwässerung "Bonnekoh"
- B.11.SW.1 - Berwicke - DRL-Entwässerung "Ost"
- B.11.SW.2 - Berwicke - DRL-Entwässerung "West"
- B.12.SW.1 - Stocklarn - DRL-Entwässerung "In der Helle / Bruchstraße"
- B.12.SW.2 - Stocklarn - DRL-Entwässerung "Ortslage"
- B.16.SW.1 - Einecke - DRL-Entwässerung "Ortslage"
- B.16.SW.2 - Einecke - DRL-Entwässerung "Auf der Höhe"
- B.16.SW.3 - Einecke - DRL-Entwässerung "Am Birnbaum"

Anstelle der kanalisationsbezogenen Maßnahmen rücken in der Maßnahmenliste nun Maßnahmen mit der neutralen Bezeichnung:

Entscheidung über die zukünftige SW-Entwässerung im Ortsteil xxx (Ersetzt die Maßnahmen xxx, kann aber erst nach abschließender verwaltungsgerichtlicher Entscheidung konkretisiert werden)

Folgende Maßnahmen wurden ersatzweise neu aufgenommen:

AB 2.SW.0 - Klotingen -
ersetzt die Maßnahmen A 2.1, A 2.2, B 2.SW.1, B 2.SW.2

AB 11.SW.0 - Berwicke -
ersetzt die Maßnahmen A 11.1, A 11.2, A 11.3, B 11.SW.1, B 11.SW.2

AB 12.SW.0 - Stocklarn -
ersetzt die Maßnahmen A 12.1, A 12.2, B 12.SW.1, B 12.SW.2

AB 16.SW.0 - Einecke -

ersetzt die Maßnahmen A 16.1, A 16.2, B 16.SW.1, B 16.SW.2, B 16.SW.3

Dadurch wird klargestellt, dass die Gemeinde zukünftig die Schmutzwasserbeseitigung in den betreffenden Ortsteilen übernehmen wird, aber erst nach der rechtlichen Auseinandersetzung eine verbindliche Aussage über das „Wie“ abgeben kann.

IV. Vorlage des Abwasserbeseitigungskonzeptes

Der Gemeinde Welper ist bewusst, dass das derzeit zur Prüfung an die obere Wasserbehörde vorzulegende Abwasserbeseitigungskonzept mit Blick auf die vier Sonderentwässerungsgebiete zum jetzigen Zeitpunkt unvollständig sein muss. Unter Berücksichtigung, dass in den Sonderentwässerungsgebieten derzeit weder formale rechtliche noch wasserwirtschaftliche Missstände vorliegen, ist es nach der Einschätzung der Gemeinde Welper vertretbar, vor einer aufsichtsbehördlichen Entscheidung über das ABK im Bereich der Sonderentwässerungsgebiete zunächst den Ausgang des Klageverfahrens abzuwarten.

Welper, den xx.xx.2017

- SCHUMACHER -

| | | | |
|--|--------------------------|--|--|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | | |
| | Bereich: 2.2 Az.: VHS | Sachbearbeiter: Herr Scholz Datum: 09.11.2017 | |

| | | | |
|-----------------------|-----------------------|-------------------|-------------|
| Bürgermeister | <i>Scholz 9.11.17</i> | Allg. Vertreter | |
| Fachbereichsleiter/in | | Sachbearbeiter/in | <i>h...</i> |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----|-------------|---------------------|-------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| Rat | 10 | oef | 22.11.2017 | | | | |
| HFA | 13 | oef | 22.11.17 | ohne Beschluss | | | |
| Rat | 14 | oef | 13.12.17 | | | | |

Betr.: Aktualisierung der VHS-Satzung

Sachdarstellung zur Sitzung am 22.11.2017:

Die Satzung der Volkshochschule Soest wurde am 27.07.1976 zwischen der Stadt Soest und den Gemeinden Bad Sassendorf, Lippetal, Möhnesee und Welver abgeschlossen.

Die zeitgemäße Aktualisierung der bestehenden Satzung ist nach 41 Jahren dringend erforderlich.

Die vorgenommenen Aktualisierungen in der VHS-Satzung begründen sich vorrangig in der Veränderung im § 4 (Zuständigkeiten des Rates), wo in der alten Fassung die Zuständigkeit für die Einstellung der hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeitenden (HPM) beim Rat der Stadt Soest liegt.

Zukünftig obliegt diese Zuständigkeit, wie es die Gemeindeordnung NW vorsieht, dem Bürgermeister der Stadt Soest.

Des Weiteren sind in die aktualisierte Fassung besonders Änderungen von Funktions- und Organisationsbeschreibungen, Rechtsverweise und die Gender-Sprache eingearbeitet worden. So ist die Umsetzung der Vorgaben des Qualitätsmanagements bei den Aufgaben (§ 9) mit eingefügt.

Der § 15 (Ausschluss von Teilnehmenden) ist auf Grund vereinzelt vorgekommener Störungen in Kursen und in Anlehnung an bestehende Regelungen anderer Weiterbildungseinrichtungen zusätzlich aufgenommen worden.

Die Synopse mit alter und aktualisierter Version der VHS-Satzung wurde bereits im September mit den vier Gemeinden beraten und ist als aktualisierte Fassung beigelegt.

Anmerkung:

Damit der Beschluss der Gemeinde Welver in die Sitzung des Rates der Stadt Soest am 14.12.2017 rechtzeitig mit eingebracht werden kann, erfolgt eine Beratung und Beschlussfassung bereits in der Ratssitzung am 22.11.2017.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Gemeinde Welver beschließt die Aktualisierung der VHS-Satzung.

Beschluss des Rates vom 22.11.2017:

Auf Antrag des RM Wagener beschließt der Rat **mehrheitlich** mit

21 Ja-Stimmen,
3 Nein-Stimmen

den Tagesordnungspunkt in den Haupt- und Finanzausschuss am 29.11.2017 zu verweisen und die Tagesordnung hier dementsprechend zu erweitern.

Stadt Soest

Der Bürgermeister

Satzung für die Volkshochschule Soest

Stadt Soest - Gemeinden Bad Sassendorf, Lippetal, Möhnese, Welver vom

.....

Alte Fassung

Der Rat der Stadt Soest hat in der Sitzung vom 27.04.1976 aufgrund des § 4 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1974 (GV. NW. 1975 S. 91), geändert durch Gesetz vom 8. April 1975 (GV. NW. S. 304), aufgrund des § 8 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 26.04.1961 (GV. NW. S. 190), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.07.1969 (GV. NW. S. 514) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1974 (GV. NW. 1975 S. 91), geändert durch Gesetz vom 8. April 1975 (GV. NW. S. 304), sowie §§ 4 und 17 des ersten Gesetzes zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen (Weiterbildungsgesetz - 1. WbG) vom 31.07.1974 (SGV. NW. S. 223) folgende Satzung für die von ihr unterhaltene Volkshochschule beschlossen:

§ 1 Name und Sitz

Die Stadt Soest errichtet und unterhält als Träger die kommunale Volkshochschule mit dem Namen Volkshochschule Soest Stadt Soest - Gemeinden Bad Sassendorf, Lippetal, Möhnese und Welver.

Die Volkshochschule hat ihren Sitz in Soest.

Neue Fassung (aktuelle Version vom 30.05.17)

Der Rat der Stadt Soest hat in der Sitzung vom aufgrund des § 7 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Dezember 1994 (GV NRW S. 666/SGV 2003), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2013 (GV NRW S. 878) und dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 01. Oktober 1979 (GV NRW S. 621), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Oktober 2012 (GV NRW S. 474) und der §§ 4 und 10 des Weiterbildungsgesetzes vom 07. Mai 1982 (GV NRW S. 276) in der Fassung vom 14.04.2000 geändert durch Gesetz vom **15. Februar 2005** folgende Satzung für die von ihr unterhaltene Volkshochschule beschlossen:

§ 1 Name und Sitz

Die Stadt Soest unterhält als Träger die kommunale Volkshochschule mit dem Namen Volkshochschule Soest Stadt Soest - Gemeinden Bad Sassendorf, Lippetal, Möhnese und Welver.

Die Volkshochschule hat ihren Sitz in Soest.

§ 2 Aufgaben der Volkshochschule

- (1) Die Volkshochschule ist eine Einrichtung der Weiterbildung gemäß § 1 Abs. 2, § 2 und § 11 des 1. WbG.
- (2) Die Volkshochschule dient der Weiterbildung von Jugendlichen und Erwachsenen nach Beendigung einer ersten Bildungsphase. Sie arbeitet parteipolitisch und weltanschaulich neutral, sowie unabhängig von Gruppeninteressen. Den Volkshochschuldozenten wird die Freiheit der Lehre gewährleistet; sie entbindet nicht von der Treue zur Verfassung (§ 4 Abs. 3 Satz 2, 1. WbG.).
- (3) Die Arbeit der Volkshochschule ist sowohl auf die Vertiefung und Ergänzung vorhandener Qualifikationen als auch auf den Erwerb von neuen Kenntnissen, Fertigkeiten und Verhaltensweisen der Teilnehmer gerichtet. Zu diesem Zweck bietet die Volkshochschule entsprechend dem Bedarf in der Stadt Soest und in den Gemeinden Bad Sassendorf, Lippetal, Möhnesee und Welver Lehrveranstaltungen (Arbeitsgemeinschaften, Seminare, Kurse, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Studienfahrten, Vorführungen u.a.m.) gemäß § 3, § 4 Abs. 1 und § 13 1. WbG an.
- (4) Die von der Volkshochschule angebotenen Lehrveranstaltungen sind für jedermann zugänglich. Bei abschlussbezogenen Lehrveranstaltungen kann die Teilnahme von bestimmten Vorkenntnissen abhängig gemacht werden. Im Arbeits- bzw. Studienplan der Volkshochschule kann festgelegt werden, dass bei bestimmten Lehrveranstaltungen nur eine begrenzte Teilnehmerzahl zugelassen wird.

§ 2 Aufgaben der Volkshochschule

- (1) Die Volkshochschule ist eine Einrichtung der Weiterbildung **im Sinne des Weiterbildungsgesetzes (WbG) in der jeweils gültigen Fassung.**
- (2) Die Volkshochschule dient der Weiterbildung **gemäß dem WbG.** Sie arbeitet parteipolitisch und weltanschaulich neutral, sowie unabhängig von Gruppeninteressen. **Die VHS als Einrichtung der Weiterbildung hat das Recht auf selbstständige Lehrplangestaltung.** Den VHS Lehrenden wird die Freiheit der Lehre gewährleistet; sie entbindet nicht von der Treue zur Verfassung § 4 Abs. Satz 2, WbG.
- (3) **Das Bildungsangebot umfasst gem. § 3 Abs.1 und 2 WbG Inhalte, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern, die Fähigkeit zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens stärken und die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen helfen. Es umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen sowie Eltern- und Familienbildung ein. Das Bildungsangebot ist nach dem Grundsatz der Einheit der Bildung zu planen und zu organisieren. Auf Anfrage von Interessenten können Auftragsmaßnahmen neben dem veröffentlichten Programm durchgeführt werden.**
- (4) Die von der **VHS** angebotenen Lehrveranstaltungen sind für jedermann zugänglich. Bei abschlussbezogenen Lehrveranstaltungen kann die Teilnahme von bestimmten Vorkenntnissen abhängig gemacht werden. Im **VHS Programm** kann festgelegt werden, dass bei bestimmten Lehrveranstaltungen nur eine begrenzte Teilnehmerzahl zugelassen wird.

§ 3 Rechtscharakter

- 1) Die Volkshochschule ist als nichtrechtsfähige Anstalt des Trägers eine öffentlich Einrichtung im Sinne des § 18 GO.NW.
- (2) Die Volkshochschule unterhält Zweigstellen in Bad Sassendorf, Lippetal, Möhnesee und Welver. Die nebenamtlichen Leiter/innen der Zweigstellen werden durch den Interkommunalen Volkshochschulausschuss auf Vorschlag der Gemeinden bestellt.
- (3) Die Volkshochschule ist dem Bildungsangebot nach in Fachbereiche gegliedert. (§ 18, 1.WbG).

§ 4 Die Zuständigkeiten des Rates

Unbeschadet der nach § 28 GO.NW. getroffenen Zuständigkeitsregelung entscheidet der Rat über alle Angelegenheiten der Volkshochschule, soweit sie nicht nach dieser Satzung dem Volkshochschulausschuss oder dem VHS-Leiter übertragen sind.

Der Rat entscheidet insbesondere über

allgemeine Richtlinien für die Arbeit der Volkshochschule im Rahmen dieser Satzung

Einstellung des Volkshochschulleiters und der hauptamtlichen/hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter

- c) Änderungen dieser Satzung,
- d) Honorarordnung für die VHS,
- e) Gebührenordnung für die VHS,
- f) Benutzungsordnung für die VHS,
- g) den Weiterbildungsentwicklungsplan

Der Rat kann die Entscheidung über einzelne Angelegenheiten auf den Volkshochschulausschuss übertragen.

§ 3 Rechtscharakter

- (1) Die Volkshochschule ist eine öffentliche Einrichtung des Trägers nach § 1 dieser Satzung im Sinne des § 8 der Gemeindeordnung NW.
- (2) Die Volkshochschule unterhält Zweigstellen in Bad Sassendorf, Lippetal, Möhnesee und Welver. Die nebenamtlichen Leitungen der Zweigstellen werden durch den Interkommunalen Volkshochschulausschuss auf Vorschlag der Gemeinden bestellt.
- (3) Die Volkshochschule ist dem Bildungsangebot nach in Fachbereiche gegliedert.

§ 4 Die Zuständigkeiten des Rates

Die Zuständigkeit des Rates der Stadt Soest für Angelegenheiten der Volkshochschule ergibt sich aus den jeweils gültigen Fassungen der Gemeindeordnung, des Weiterbildungsgesetzes, der Hauptsatzung §18 ff und der Zuständigkeitsordnung der Stadt Soest.

Der Rat entscheidet insbesondere über

- a) Einstellung oder Besetzung der VHS Leitung
- b) Änderungen dieser Satzung,
- c) Honorarordnung für die VHS,
- d) Gebührenordnung für die VHS,

Der Rat kann die Entscheidung über einzelne Angelegenheiten auf den Fachausschuss übertragen.

§ 5 Volkshochschulausschuss und Interkommunaler Ausschuss

- (1) Der Volkshochschulausschuss berät über Angelegenheiten der Volkshochschule soweit Entscheidungen des Rates erforderlich werden und verabschiedet den Entwurf des Arbeitsplanes.
- (2) Nach § 5 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird ein Interkommunaler Ausschuss gebildet. Die Zusammensetzung des Ausschusses und seine Aufgaben bestimmen sich nach der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung in der jeweils geltenden Fassung.

§ 6 Stadtdirektor

Der Stadtdirektor ist

- a) Dienstvorgesetzter des Volkshochschulleiters, der hauptamtlichen / hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter, der Mitarbeiter für den Verwaltungsdienst und der sonstigen Mitarbeiter der VHS;
- b) Vorgesetzter des Volkshochschulleiters, soweit er nicht nach § 51 Abs. 2, Satz 1 der Gemeindeordnung für diese Eigenschaften von dem zuständigen Beigeordneten/Dezernenten vertreten wird.

§ 7 Bedienstete des Trägers

VHS-Leiter, hauptamtlich/hauptberufliche pädagogische Mitarbeiter, Mitarbeiter für den Verwaltungsdienst und sonstige Mitarbeiter der VHS sind Bedienstete des Trägers.

§ 8 VHS-Leiter

- (1) Die Volkshochschule wird durch einen hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter geleitet. Er ist verantwortlich für die Arbeit der Volkshochschule. Er trägt die Amtsbezeichnung „Volkshochschuldirektor“.

§ 5 Fachausschuss und Interkommunaler VHS Ausschuss (IVHSA)

- (1) Der **Fachausschuss** berät über Angelegenheiten der Volkshochschule **in eigener Sache** oder soweit Entscheidungen des Rates erforderlich werden und verabschiedet den Entwurf **des VHS-Programms**.
- (2) Nach § 5 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird ein Interkommunaler VHS Ausschuss gebildet. Die Zusammensetzung des Ausschusses und seine Aufgaben bestimmen sich nach der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung in der jeweils geltenden Fassung.

§ 6 Bürgermeister

Der Bürgermeister ist

- a) Dienstvorgesetzter **der VHS Leitung**, der hauptamtlich pädagogischen Mitarbeitenden, der **Mitarbeitenden** für den Verwaltungsdienst und der sonstigen **Mitarbeitenden** der VHS;
- b) Vorgesetzter **der VHS Leitung**, soweit er nicht in diesen Eigenschaften von dem zuständigen Beigeordneten/Dezernenten vertreten wird.
- c) Der **Bürgermeister entscheidet im Rahmen seiner Organisationshoheit gem. § 73 GO über die Einstellung der hauptamtlich Mitarbeitenden**.

§ 7 Bedienstete des Trägers

VHS-Leiter/ -in, hauptamtlich/hauptberuflich pädagogische **Mitarbeitende**, **Mitarbeitende** für den Verwaltungsdienst und sonstige **Mitarbeitende** der VHS sind Bedienstete des Trägers.

§ 8 VHS-Leiter/-in

- (1) Die Volkshochschule wird durch einen hauptamtlich pädagogischen **Mitarbeitenden** geleitet. **Dieser trägt die Amtsbezeichnung Volkshochschulleiter/-in und** ist verantwortlich für die Arbeit der Volkshochschule.

(2) Der Volkshochschulleiter hat vorzubereiten und durchzuführen:

- a) langfristige Planung des Weiterbildungsangebotes (Erwachsenenbildung);
- b) Aufstellung des Arbeitsplanes nach Maßgabe des § 2 dieser Satzung;
- c) Verpflichtung der nebenamtlichen/nebenberuflichen pädagogischen Mitarbeiter;
- d) Öffentlichkeitsarbeit und Werbung;
- e) Vorbereitung des Haushaltsvoranschlages (Unterabschnitt Volkshochschule);
- f) Verfügung über die im Haushaltsplan für den Betrieb der Volkshochschule bereitgestellten Mittel nach Maßgabe der dafür gegebenen Regelungen;
- g) Verwaltung der Räume, Ausstattung und Einrichtung der Volkshochschule;
- h) Ausübung des Hausrechts im Auftrag des Stadtdirektors.

(3) Der Volkshochschulleiter ist Vorgesetzter der hauptamtlichen/hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter der Volkshochschule sowie der Mitarbeiter für den Verwaltungsdienst und sonstigen Mitarbeiter. Zur Planung und Durchführung der VHS-Arbeit führt er regelmäßig Besprechungen mit den hauptamtlichen/hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeitern und dem für die Verwaltung verantwortlichen Mitarbeiter durch.

(4) Der Volkshochschulleiter nimmt an den Sitzungen der Volkshochschulausschusses teil.

§ 9 Hauptamtliche/hauptberufliche pädagogische Mitarbeiter

- (1) Nach Maßgabe des Stellenplanes werden hauptamtliche, hauptberufliche pädagogische Mitarbeiter eingestellt.
- (2) Die Mitarbeiter sind verantwortlich für die Arbeit in den ihnen übertragenen Abteilungen/ Fachbereichen/Zweigstellen. Sie wirken an der Planung und Durchführung von Lehrveranstaltungen mit:

(2) Der VHS-Leiter/ die VHS-Leiterin verantwortet die folgenden Aufgaben:

- a) langfristige Planung der gesamten Bildungsarbeit
- b) Aufstellung des VHS-Programms nach Maßgabe des §2 dieser Satzung;
- c) Verpflichtung der nebenamtlichen/nebenberuflichen pädagogischen Mitarbeiter/innen;
- d) Öffentlichkeitsarbeit und Werbung;
- e) Vorbereitung des Haushaltsplanes (Budget der Volkshochschule);
- f) Bewirtschaftung der im Haushaltsplan für den Betrieb der VHS bereitgestellten Mittel nach Maßgabe der allgemeinen Regelungen;
- g) Verwaltung der Räume, Ausstattung und Einrichtung der VHS;
- h) Ausübung des Hausrechts in Vertretung des Bürgermeisters.
- i) Umsetzung der Vorgaben des Qualitätsmanagements.

(3) Der VHS-Leiter/ die VHS-Leiterin ist Vorgesetzte/r der hauptamtlich pädagogischen Mitarbeitenden, der Mitarbeitenden für den Verwaltungsdienst und sonstigen Mitarbeitenden. Zur Planung und Durchführung der VHS-Arbeit werden regelmäßige Besprechungen durchgeführt.

(4) Der VHS-Leiter/ die VHS-Leiterin nimmt an den Sitzungen des Fachausschusses teil, soweit es um Belange der Volkshochschule geht.

§ 9 Hauptamtlich/hauptberuflich pädagogische Mitarbeitende

- (1) Nach Maßgabe des Stellenplanes werden hauptamtlich pädagogische Mitarbeitende eingestellt.
- (2) Sie sind verantwortlich für die Arbeit in den ihnen übertragenen Fachbereichen/Zweigstellen. Sie wirken an der Planung und Durchführung von Lehrveranstaltungen mit:

- a) durch Aufstellung des Arbeitsplanentwurfes für ihre Abteilung/ihren Fachbereich;
 - b) durch eigene Lehrveranstaltungen.
- (3) In den Sitzungen des Volkshochschulausschlusses können neben dem VHS-Leiter auch die Leiter der Zweigstellen/Abteilungen/Fachbereiche zu Ausschussvorlagen gehört werden.

§ 10 Nebenamtliche/nebenberufliche pädagogische Mitarbeiter

- (1) Die Durchführung von Lehrveranstaltungen kann entsprechend vorgebildeten pädagogischen Mitarbeitern übertragen werden, die nebenamtlich oder nebenberuflich tätig sind.
- (2) Die Aufgaben der Mitarbeiter richten sich nach dem mit ihnen abgeschlossenen Werkvertrag (Dozentenvertrag). Sie wirken (entsprechend § 4 Abs. 4, 1. WbG.) an der Planung von Lehrveranstaltungen mit durch:
- a) Vorschläge für die Arbeitspläne;
 - b) Teilnahme an gemeinsamen Besprechungen des pädagogischen Personals auf Einladung des Volkshochschulleiters.
- (3) Die nebenamtlichen/nebenberuflichen pädagogischen Mitarbeiter haben das Recht für jeweils ein Jahr einen Sprecher und einen Stellvertreter je Fachbereich der Volkshochschule zu wählen. Der Volkshochschulleiter hat zu der erforderlichen Wahlversammlung einzuladen. Die Sprecher haben das Recht, zur Vorbereitung des Arbeitsplanes von den Leitern der betreffenden Fachbereiche angehört zu werden.

§ 11 Mitarbeiter für den Verwaltungsdienst und sonstige Mitarbeiter.

- (1) Nach Maßgabe des Stellenplanes werden Mitarbeiter für den Verwaltungsdienst der Volkshochschule und sonstige Mitarbeiter eingestellt.
- (2) Sie unterstützen den Volkshochschulleiter in der Planung und Durchführung der Organisation der Volkshochschularbeit oder sonstiger, mit dem Betrieb der Volkshochschule unmittelbar zusammenhängender Angelegenheiten.

- a) durch Aufstellung des Programmentwurfes für ihre Fachbereiche;
 - b) durch eigene Lehrveranstaltungen.
- (3) In den Sitzungen des Fachausschusses können neben der VHS Leitung auch die Fachbereichs- und Zweigstellenleitungen zu Ausschussvorlagen gehört werden.

§ 10 Nebenamtlich/nebenberuflich pädagogisch Lehrende

- Die Durchführung von Lehrveranstaltungen kann entsprechend vorgebildeten pädagogischen Mitarbeitenden übertragen werden, die nebenamtlich oder nebenberuflich tätig sind.
- (2) Die Aufgaben der Lehrenden richten sich nach dem mit ihnen abgeschlossenen Dozentenvertrag. Sie wirken an der Planung von Lehrveranstaltungen mit durch:
- a) Vorschläge für das VHS Programm)
 - b) Teilnahme an gemeinsamen Besprechungen des pädagogischen Personals auf Einladung des VHS-Leiters/ der VHS-Leiterin oder der der Fachbereichsleitungen.
- (3) Das Mitwirkungsrecht der nebenamtlich Mitarbeitenden gemäß § 4 Abs. 3 WbG wird durch das Qualitätsmanagementsystem gewährleistet.

§ 11 Mitarbeitende für den Verwaltungsdienst und sonstige Mitarbeitende

- (1) Nach Maßgabe des Stellenplanes werden Mitarbeitende für den Verwaltungsdienst und sonstige Mitarbeitende der VHS eingestellt.
- (2) Sie unterstützen den VHS-Leiter/ die VHS-Leiterin in der Planung und Durchführung der Organisation oder sonstiger, mit dem Betrieb der VHS unmittelbar zusammenhängender Angelegenheiten.

§ 12 Arbeitsplan

- (1) Der Arbeitsplan der Volkshochschule wird für ein Semester und längstens für ein Jahr aufgestellt. Er ist in geeigneter Weise zu veröffentlichen.
- (2) Im Arbeitsplan wird auf die in § 16 1. WbG. genannten kommunalen Einrichtungen hingewiesen.

§ 13 Zusammenarbeit mit den Einrichtungen des Trägers

- (1) Der Volkshochschulleiter lädt die Leiter der anderen anerkannten Kultureinrichtungen des Arbeitsbereiches der VHS, insbesondere die Leiter der Büchereien, Bildstellen, Musikschulen, Familienbildungsstätten und Jugendbildungsstätten wenigstens einmal in jedem Arbeitsabschnitt der Volkshochschule zu einer gemeinsamen Besprechung ein. In ihr werden Möglichkeiten der Zusammenarbeit erörtert.
- (2) Die Leiter der in Abs. 1 genannten kommunalen Einrichtungen haben sich über ihre Arbeitsabsichten frühzeitig gegenseitig zu informieren und sind gehalten, ihre Planungen gegenseitig zu fördern.

§ 14 Mitwirkungsrecht der Teilnehmer

- (1) Die Teilnehmer der VHS haben das Recht, für die VHS-Kurse (Lehrveranstaltungen mit mindestens 10 Stunden Dauer) je einen Vertreter für die Dauer eines Jahres zu wählen. Die Kursvertreter eines Fachbereichs wählen einen Sprecher. Der VHS-Leiter hat zu der erforderlichen Wahlversammlung einzuladen. Die Sprecher haben das Recht, zur Vorbereitung des Arbeitsplans von den Leitern der betreffenden Abteilungen/des betreffenden Fachbereichs angehört zu werden.

§ 12 VHS Programm

- (1) Das Programm der VHS wird für ein Semester und längstens für ein Jahr aufgestellt. Es ist in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

§ 13 Zusammenarbeit mit den Einrichtungen des Trägers und Sonstigen

Bei der Erfüllung der Aufgaben im Sinne des § 2 dieser Satzung arbeitet die VHS eng mit den städtischen Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie sonstigen Institutionen im Sinne der Erfüllung des WbG zusammen.

14 Mitwirkungsrecht der Teilnehmenden

- (1) Das Mitwirkungsrecht der Teilnehmenden wird gem. § 4 Abs. 3 WbG durch das Qualitätsmanagement gewährleistet.

§ 15 Ausschluss von Teilnehmenden

- (1) Aus wichtigem Grund kann die VHS Teilnehmende von einer Veranstaltung ausschließen. Ein wichtiger Grund liegt in folgenden Fällen vor:
 - a) Gemeinschaftswidriges Verhalten während der Veranstaltung trotz vorangehender Abmahnung und Androhung des Ausschlusses durch den Lehrenden oder die VHS Leitung, insbesondere Störung des Informations- bzw. Veranstaltungsbetriebes durch Lärm- und Geräuschbelästigungen oder durch querulatorisches Verhalten,

§ 15 Gebühren

Für die Teilnahme an Veranstaltungen der Volkshochschule gilt die vom Rat der Stadt für die Volkshochschule erlassene Gebührenordnung.

§ 16 Geltung der gesetzlichen Vorschriften

Im übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften, die sich u. a. ergeben aus folgenden Gesetzen:

Weiterbildungsgesetz, Gemeindeordnung, Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit, Landesbeamtengesetz, Personalvertretungsgesetz.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Soest, den

gez. Unterschrift

Der Bürgermeister

- b) Ehrverletzungen aller Art gegenüber Lehrenden oder anderen Kursteilnehmenden
- c) Diskriminierung von Personen wegen persönlicher Eigenschaften (Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Volks- oder Religionszugehörigkeit etc.)
- d) Missbrauch des Kurses oder der Veranstaltung für parteipolitische oder weltanschauliche Zwecke oder für politische Agitationen aller Art,
- (e) Beachtliche Verstöße gegen die Hausordnung.
- (2) Der Anspruch der VHS auf Zahlung der Gebühren gemäß der Gebührenordnung bleibt bei einem Ausschluss bestehen.

§ 16 Gebühren

Für die Teilnahme an Veranstaltungen der Volkshochschule gilt die vom Rat der Stadt für die Volkshochschule erlassene Gebührenordnung.

§ 17 Geltung der gesetzlichen Vorschriften

Es gelten die gesetzlichen Vorschriften, die sich u. a. ergeben aus folgenden Gesetzen:

Weiterbildungsgesetz, Gemeindeordnung, Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit, Landesbeamtengesetz, Personalvertretungsgesetz.

§ 18 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Soest, den

gez. Unterschrift

Der Bürgermeister

| | | |
|--|--|---|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | |
| | Fachbereich Zentrale Dienste Az.: 1.1 | Sachbearbeiter/in: Herr Scholz Datum: 30.11.2017 |

| | | | |
|-----------------------|------------------------|-------------------|------------------------|
| Bürgermeister | <i>Scholz 30.11.17</i> | Allg. Vertreter | |
| Fachbereichsleiter/in | | Sachbearbeiter/in | <i>Scholz 30.11.17</i> |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----------|-------------|---------------------|-------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| RAT | <i>15</i> | oef | 13.12.2017 | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Nachbesetzung und Umbesetzung von Ausschüssen
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 29.11.2017

Sachdarstellung zur Sitzung am 13.12.2017:

- Siehe beigefügten Antrag der CDU-Fraktion vom 29.11.2017 -

Mit Schreiben vom 29.11.2017 beantragt die CDU- Fraktion die Umbesetzung der Ausschüsse.

In der konstituierenden Sitzung des Rates am 02.07.2014 wurde zu dem Tagesordnungspunkt „Wahl der Ausschussmitglieder und deren Stellvertreter/innen“ ein einheitlicher Wahlvorschlag sowie ein **einstimmiger Beschluss** zur Besetzung der Ausschüsse und der Vertreter/innen gefasst.

Diese Vorgehensweise (Einstimmigkeit) trifft auch auf die Nach- bzw. Umbesetzung von Ausschüssen zu.

Die CDU-Fraktion beantragt die Umbesetzung der Ausschüsse wie in der als Anlage beigefügten Übersicht.

Beschlussvorschlag

Auf Antrag der CDU-Fraktion beschließt der Rat die Umbesetzung der Ausschüsse, wie in der als Anlage beigefügten Übersicht.



CDU

Gemeinde Welver

Eing.: 29. NOV. 2017

Fraktion im Rat der
Gemeinde Welver

Der Vorsitzende

Gemeinde Welver
Am Markt 4
59514 Welver

Welver, den 29. 11. 2017

Nachbesetzung und Umbesetzung von Ausschüssen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU-Fraktion Welver beantragt den TOP „Umbesetzung von Ausschüssen“ in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der Gemeinde Welver am 13. Dezember 2017 aufzunehmen.

Begründung:

Durch das Ausscheiden und Nachrücken von Ratsmitgliedern ist eine Umbesetzung von Ausschüssen des Rates der Gemeinde Welver erforderlich geworden.

Die CDU-Fraktion beantragt, gemäß beigefügter Änderungsliste die Umbesetzungen vorzunehmen.

Die von Umbesetzungen betroffenen Ausschussmitglieder Braun, Buschulte, Eusterholz, Flöing und Schulte sind Mitunterzeichner dieses Antrages und erklären ihr Einverständnis.

Mit freundlichen Grüßen

- Daube -

Anlage: Änderungsliste

Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Welver

Wolfgang Daube / Sperlingsgasse 7 / 59514 Welver

Telefon: 02384-2056 / Mobil: 0172-2953973 / e-Mail: Wolfgang.Daube@web.de

www.cdu-welver.de

Vorschlagsliste der CDU-Fraktion zu Änderungen in Ausschüssen und Gremien

1. Haupt- und Finanzausschuss

Stellvertretendes Mitglied:

alt: Kaiser, Hubert

alt: Eusterholz, Dörthe

neu: Flöing, Ingo

neu: Stellmach, Bernhard

2. Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Planung, Naturschutz, Umwelt

Stellvertretendes Mitglied:

alt: Buschulte, André Theodor

neu: Schlinkert, Heike (s.B.)

3. Ausschuss für Generation, Bildung, Kultur und Soziales

1. Stellvertretende(r) Vorsitzende:

alt: Schröder, Gabriele

neu: Supe Jürgen

Mitglied:

alt: Schröder, Gabriele

neu: Supe, Jürgen

alt: Eusterholz, Dörthe

neu: Berg, Maximilian (s.B.)

Stellvertretendes Mitglied:

alt: Berg, Maximilian (s.B.)

neu: Eusterholz, Dörthe

alt: Supe, Jürgen

neu: Flöing, Ingo

4. Ausschuss für Bau und Feuerwehr

Mitglied:

alt: Schulte, Michael

neu: Flöing, Ingo

Stellvertretendes Mitglied:

alt: Schröder, Gabriele

neu: Strumann, Karsten (s.B.)

alt: Flöing, Ingo

neu: Schulte, Michael

5. Rechnungsprüfungsausschuss

2. Stellvertretende Vorsitzende:

alt: Braun, Andreas

neu: Stellmach, Bernhard

Mitglied:

alt: Braun, Andreas

neu: Stellmach, Bernhard

Stellvertretendes Mitglied:

alt: Schröder, Gabriele

neu: Braun, Andreas

6. Wahlprüfungsausschuss

Stellvertretendes Mitglied:

alt: Schröder, Gabriele

neu: **Loeser, Frederik**

7. Andere Ausschüsse / Gremien mit entsandten Vertretern der Gemeinde Welper

- Interkommunaler Ausschuss der VHS Soest

Stellvertretendes Mitglied:

alt: Schröder, Gabriele

neu: **Braun, Andreas**



| | | | |
|-----------------------|--|-------------------|-----------------------------|
| Bürgermeister | | Allg. Vertreter | <i>[Signature]</i> 20/06/14 |
| Fachbereichsleiter/in | | Sachbearbeiter/in | |

| Beratungsfolge | Top | oef/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----|-------------|---------------------|-------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| RAT | 10 | oef | 02.07.2014 | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Wahl der Ausschussmitglieder und deren Stellvertreter/innen

Sachdarstellung zur Sitzung am 02.07.2014:

Nachdem der Rat die Bildung der Ausschüsse gemäß § 57 GO NRW beschlossen hat, erfolgt die konkret personelle Besetzung entsprechend § 50 Abs. 3 GO NRW.

Für die abgelaufene Wahlperiode lag für die Wahl der Ausschussmitglieder eine von der Verwaltung zu einem Wahlvorschlag zusammengestellte Aufstellung vor.

Nachdem sich die Ratsmitglieder zur Besetzung der Ausschüsse auf diesen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt haben, beschloss der Rat einstimmig die Besetzung der Ausschüsse.

Dieser Vorschlag sah die Benennung der ordentlichen Mitglieder und der Stellvertreter/innen für die jeweiligen Ausschüsse vor.

Der Rat kann auch festlegen, ob sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner in den Ausschuss einziehen, soweit dies nicht ausdrücklich durch gesetzliche Regelungen ausgeschlossen worden ist. In den einzelnen Ausschüssen darf die Zahl der sachkundigen Bürger die Zahl der Ratsmitglieder nicht erreichen. Die Ausschüsse sind nur beschlussfähig, wenn die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden sachkundigen Bürger übersteigt. Dies gilt für sachkundige Einwohner nicht, da ihnen auch kein Stimmrecht eingeräumt wird.

Haben sich die Ratsmitglieder entsprechend § 50 Abs. 3 GO NRW zur Besetzung der Ausschüsse auf einen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt, ist der einstimmige Annahmebeschluss der Ratsmitglieder dieses Wahlvorschlages erforderlich.

Kommt ein einheitlicher Wahlvorschlag nicht zustande, so wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang abgestimmt.

Die Grundsätze der Verhältniswahl beruhen darauf, dass die Ausschusssitze auf die von den Fraktionen und Gruppen des Rates aufgestellten Listen, in denen die zur Wahl vorgeschlagenen Bewerber namentlich aufgeführt sind, nach dem Verhältnis der auf die einzelnen Listen abgegebenen Stimmen verteilt werden. Für dieses Verfahren schreibt § 50 Abs.3 GO NRW das Zählverfahren Hare-Niemeyer vor. Dabei erfolgt die Multiplikation der zu vergebenden Ausschusssitze mit der Stimmenzahl der jeweiligen Fraktion/Gruppe und Teilung durch die Gesamtstimmenzahl (ohne Enthaltungen und ungültige Stimmen). Der Ganzzahlenwert wird als Sitzzahl direkt zugeteilt. Etwaige Restsitze ergeben sich nach der Reihenfolge der höchsten Nach

kommastellen. Bei gleichen Zahlenbruchteilen für die letzte Wahlstelle entscheidet das vom Bürgermeister zu ziehende Los.

Bei der Besetzung der Ausschüsse stimmt der Bürgermeister entsprechend § 40 Abs. 2 GO NRW nicht mit.

Beschlussvorschlag:

Der Rat einigt sich auf den einheitlichen Wahlvorschlag und beschließt die Besetzung der Ausschüsse wie folgt:

| | | | |
|--|-------------------------|--|--|
| Gemeinde Welver Der Bürgermeister  | Beschlussvorlage | | |
| | Bereich: 2.2 Az.: | Sachbearbeiter: Herr Scholz Datum: 01.12.2017 | |

| | | | |
|--------------------|------------------------|-------------------|------------------------|
| Bürgermeister | <i>Scholz 13.12.17</i> | Allg. Vertreter | |
| Fachbereichsleiter | | Sachbearbeiter/in | <i>Scholz 13.12.17</i> |

| Beratungsfolge | Top | oeff/ noe | Sitzungs- termin | Beratungsergebnis | Stimmenanteil | | |
|----------------|-----------|--------------|---------------------|-------------------|---------------|------|-------|
| | | | | | Ja | Nein | Enth. |
| Rat | <i>16</i> | <i>oef</i> | 13.12.2017 | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Betr.: Verschmelzung der RLG-Verkehrsdienst GmbH auf die Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH
hier: Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW

Sachdarstellung zur Sitzung am 13.12.2017:

- Die dringliche Entscheidung wird in der Ratssitzung vorgelegt -

Diese Entscheidung ist gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW dem Rat in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat genehmigt die am 01.12.2017 gefasste dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW.